

7865

# Stenographisches Protokoll

88. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 19. April 1985

## Tagesordnung

1. Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 28. Juni 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle)
2. Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird
3. Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse
4. Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse
5. Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldungen (S. 7867)

Entschuldigungen (S. 7867)

### Tatsächliche Berichtigung

Dr. Veselsky (S. 7928)

### Fragestunde (64.)

#### Soziale Verwaltung (S. 7867)

Ruhaltinger (500/M); Wimmersberger, Leithenmayr

Gabrielle Traxler (501/M); Dr. Kohlmaier, Probst, Dr. Reinhart

Dr. Helene Partik-Pablé (528/M); Elfriede Karl, Dr. Feurstein, Dr. Gugerbauer

Dr. Ettmayer (509/M); Dr. Hafner

Dr. Kohlmaier (510/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Schranz, Dr. Feurstein

Dr. Schranz (502/M); Dr. Kohlmaier, Probst, Renner

### Unterricht, Kunst und Sport (S. 7879)

Bayr (511/M); Dr. Seel, Dipl.-Ing. Dr. Leitner

### Ausschüsse

Zuweisung (S. 7881)

### Verhandlungen

- (1) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Einspruch des Bundesrates (359 d. B.) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 28. Juni 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle) (598 d. B.)

Berichterstatte(rin): Mag. Brigitte Ederer (S. 7882)

#### Redner:

Steinbauer (S. 7882),  
Dr. Nowotny (S. 7886),  
Mag. Kabas (S. 7889),  
Burgstaller (S. 7891),  
Dr. Veselsky (S. 7893) und  
Ingrid Tichy-Schreder (S. 7895)

Annahme eines (neugefaßten) Gesetzentwurfes (S. 7896)

- (2) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (570 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird (599 d. B.)

Berichterstatte(r): Dr. Heindl (S. 7896)

#### Redner:

Dr. Schüssel (S. 7897),  
Ing. Hobl (S. 7900),  
Lußmann (S. 7903),  
Grabher-Meyer (S. 7905),  
Bundesminister Dr. Vranitzky  
(S. 7907) und  
Heinzinger (S. 7909)

Annahme (S. 7912)

### Gemeinsame Beratung über

- (3) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-18 d. B.) betreffend den

541

Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse (601 d. B.)

- (4) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-61 d. B.) betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse (602 d. B.)

Berichterstatter: Mühlbacher (S. 7912)

Redner:

Dr. Steidl (S. 7913),  
Dr. Veselsky (S. 7917),  
Ing. Helbich (S. 7920),  
Grabher-Meyer (S. 7922),  
Bundesminister Dr. Vranitzky (S. 7923),  
Dr. Schüssel (S. 7925) und  
Dr. Veselsky (S. 7928) (tatsächliche Berichtigung)

Kenntnisnahme der beiden Berichte (S. 7929)

- (5) Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (572 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird (604 d. B.)

Berichterstatter: Scheucher (S. 7929)

Redner:

Dr. Lenzi (S. 7930),  
Koppensteiner (S. 7931),  
Haigermoser (S. 7934) und  
Dipl.-Ing. Heinz Grabner (S. 7936)

Annahme (S. 7938)

### Eingebracht wurden

#### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Flughilfsdienst der Gendarmerie am Flugplatz Bad Vöslau (1263/J)

Karas und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Sanierung oder Verkauf der Brandruine in Petzenkirchen (1264/J)

Pischl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Verzögerung mit der Inbetriebnahme der Paßlesegeräte am Brenner (1265/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend unzureichende Beantwortung der Anfrage Nr. 1128/J (1266/J)

Schuster und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend überhöhte Berechnung der „freien Station“ bei Bauernpensionen (1267/J)

#### Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Seel und Genossen (1134/AB zu 1140/J)

des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport auf die Anfrage der Abgeordneten Remplbauer und Genossen (1135/AB zu 1160/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (1136/AB zu 1165/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Nowotny und Genossen (1137/AB zu 1175/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Mag. Minkowitsch**, Dritter Präsident **Dr. Stix**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 86. Sitzung des Nationalrates vom 17. April 1985 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeantwortet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten **Blenk**, **Maria Elisabeth Möst**, **Keimel**, **Hietl**, **Kraft**, **Maria Stangl**, **Veleta**, **Samwald**.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten **Nedwed**, **König**, **Schäffer**, **Gorton**, **Landgraf**, **Jolanda Offenbeck** und **Teschl**.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

#### Bundesministerium für soziale Verwaltung

**Präsident:** 1. Anfrage: Abgeordneter **Ruhaltinger (SPÖ)** an den Bundesminister für soziale Verwaltung.

500/M

Wann werden Sie dem Nationalrat eine Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz vorlegen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter **Ruhaltinger!** Als quasi Vater des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes ist es verständlich (*Zwischenrufe: Vater!*), daß Sie sich für die Weiterentwicklung interessieren.

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir sehr intensiv an einer Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz arbeiten. Diese Arbeit ist aber schwierig, weil es vielfältige Wünsche gibt und das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz in viele andere Gesetze hineinwirkt.

Übrigens ist dieses Gesetz ein weltweites Unikat, ein ähnliches Gesetz gibt es nirgendwo, und ich glaube daher, daß die

Anfangsschwierigkeiten verständlich sind, daß es aber notwendig ist, jetzt abzugrenzen, daß es nicht nur auf die Einzellerschwernis ankommt, sondern daß die kumulative Wirkung von Erschwernissen, wenn sie auch nicht in vollem Umfang wirksam werden, unter Umständen das gleiche Ergebnis wie ein Faktor allein, der die Erschwernis bildet, hat. Wir werden diese Beratungen jetzt intensiv fortsetzen, und ich hoffe, daß es noch in der Herbstsession möglich sein wird, einen Novellentwurf zum Gesetz zuzuleiten. (*Abg. Ruhaltinger:* Danke, Herr Minister!)

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter **Wimmersberger**.

Abgeordneter **Wimmersberger (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Minister! „Arbeit und Wirtschaft“ hat schon im Feber 1983 festgestellt, das Gesetz sei keine Fehlleistung, es wäre aber verbesserungsbedürftig. In den verschiedensten Gremien der Gewerkschaft und auch in den Kammern sind ja Vorschläge gemacht worden.

Welche Berufsgruppen, Herr Minister, sollten als erste in dieses Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz einbezogen werden?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Dallinger:** Herr Abgeordneter! Es geht nicht sosehr darum, neue Berufsgruppen einzubeziehen, sondern darum, von den ursprünglich gedachten einen größeren Kreis zu erfassen. Während wir seinerzeit angenommen haben, daß etwa 75 000 Arbeiter unter das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz fallen werden, waren es dann tatsächlich 12 500. Das ist offensichtlich nicht in vollem Umfange wirksam geworden, und auf Grund des Zusammenwirkens verschiedener Erschwernisse, die ich eben geschildert habe, soll das Ausmaß der Wirksamkeit vermehrt werden.

Darüber hinaus gibt es aber auch Wünsche anderer bisher noch nicht erfaßter Gruppierungen, wie etwa der Bergarbeiter, die im Tagbergbau arbeiten: die generelle Einbeziehung aller Bergarbeiter. Es gibt Wünsche auf dem Gebiet des Krankenpflegepersonals, der feuerungstechnischen Bauarbeiter, der Steinarbeiter, wie erwähnt, des Bergbaues unter Tag, unabhängig davon, ob es sich um Nachtschicht oder Tagschicht handelt, was unter Tag ja kaum erkennbar ist. Es gibt eine Viel-

**Bundesminister Dallinger**

zahl von Wünschen, die aber auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen.

Diese Erschwernisse müssen in einem Gesetz konkret ausgedrückt werden — das ist die ganz große Schwierigkeit dabei —, aber Sie können gewiß sein, Herr Abgeordneter, daß ich bestrebt bin, gerade bei diesem Gesetz, diese Verhandlungen rasch zu einem Abschluß zu bringen und die Novelle dem Hohen Hause zuzuleiten.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Leithenmayr.

**Abgeordneter Leithenmayr (SPÖ):** Herr Bundesminister! Die Vorarbeiten und Untersuchungen zur Erarbeitung dieser Novelle auf einer breiteren Basis ziehen sich doch schon geraume Zeit hin.

Welche Umstände sind es konkret, die dazu geführt haben, daß diese Gespräche noch nicht zielführender sind? Wo liegen die Hauptschwierigkeiten?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Die Hauptschwierigkeiten liegen in der Erzielung einer Übereinstimmung, was als Nachtschicht-Schwerarbeit zu bezeichnen ist und was noch dieser Nachtschicht-Schwerarbeit zuzuordnen ist. Im besonderen möchte ich gar nicht leugnen, daß es natürlich auf Unternehmerseite eine Fülle von Schwierigkeiten gibt, weil man meint, daß man bei diesem Gesetz schon beim letzten Mal bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist, was ich persönlich leugne, was eben auf die relativ geringe Zahl der Betroffenen zurückgeht.

Die konzentrierten Bemühungen meines Ministeriums, jetzt zu einem Abschluß zu kommen und die noch offenen Fragen zu klären, werden sicherlich dazu führen, daß wir, wie ich erwähnte, im Herbst diese Vorlage machen können. Ich verspreche Ihnen jedenfalls, daß ich mich in diesem Sinne bemühen werde.

**Präsident:** Anfrage 2: Frau Abgeordnete Gabrielle Traxler (SPÖ) an den Herrn Minister.

501/M

Wie ist der Stand der Verhandlungen zur Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die sogenannten 29 Punkte bezüglich der Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, die fälschlicherweise in der öffentlichen Diskussion immer mir als Urheber zugeschrieben werden, tatsächlich aber Wünsche des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Österreichischen Arbeiterkammertages sind, werden derzeit von den Sozialpartnern beraten. Meine Hoffnung, daß es dabei zu einer Übereinstimmung kommt, ist allerdings sehr gering, weil gerade der jetzt laufende Wahlkampf zu den Handelskammerwahlen nahezu ausschließlich über diese Materie geführt wird und weil insbesondere der Wirtschaftsbund der Österreichischen Volkspartei diese Forderungen, die immer fälschlicherweise als „Dallinger-Vorschläge“ gehandelt werden, vehement ablehnt.

Ich glaube daher, daß zunächst einmal das Ergebnis der Sozialpartnerverhandlungen, das jetzt in Aussicht steht, abzuwarten ist. Ich werde dann in den frühen Sommermonaten beginnen, einen Antrag für das Hohe Haus vorzubereiten. Ich will mich jedenfalls bemühen, die Wünsche der österreichischen Arbeitnehmer auch tatsächlich in einem Gesetz unterzubringen.

Da von verschiedenen politischen Gruppierungen darauf hingewiesen wird beziehungsweise wurde, daß sie aus diesen oder jenen Erwägungen diese Novellenvorschläge ablehnen, möchte ich daran erinnern, daß diese Vorschläge alle auf einstimmigen Beschlüssen im Österreichischen Gewerkschaftsbund basieren, der ja als überparteiliche Institution alle Arbeitnehmer, die in der Wirtschaft tätig sind, vertritt. Ich glaube, daß diese Arbeitnehmer ein Recht darauf haben, daß ihre Fragen im Parlament behandelt und ihre Vorschläge zumindest in überwiegender Form auch in der Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz berücksichtigt werden.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordnete Gabrielle Traxler:** Herr Minister! Bei der Einführung neuer Technologien kommt es in den Betrieben sehr oft zu großen Veränderungen. Die Arbeitnehmervertreter werden davon sehr spät verständigt. Insbesondere wenn es sich um Kontrollmaßnahmen handelt, die die Arbeitnehmer betreffen, hat das sehr oft negative Folgen.

Glauben Sie, wird es Ihnen angesichts der politischen Tatsachen, die Sie eben erwähnt haben, gelingen, die Mitwirkungsrechte der

**Gabrielle Traxler**

Betriebsräte auf diesem Gebiet zu erweitern? Und glauben Sie, daß die Arbeitgebervertreter nach den Wahlen Gesprächsbereit sind?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Auf diesem Gebiet, Frau Abgeordnete, kann ich nicht glauben, sondern nur hoffen, daß sich die bessere Einsicht durchsetzt, daß die Vernunft und die soziale Haltung der Partnerschaft nicht nur in deklamatorischen Erklärungen zum Ausdruck kommen, sondern in konkreten Handlungen, nämlich in der Zustimmung zur Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz.

Die beiden Punkte, die Sie angeführt haben, Frau Abgeordnete, sind der Hauptgrund für eine Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, weil es ja gilt, die seit der Schaffung des Gesetzes im Jahre 1974 eingetretenen Veränderungen, insbesondere auf technologischem Gebiet, zu berücksichtigen und den Arbeitnehmervertretern schon bei der Planung neuer Technologien ein Mitsprache- und Mitwirkungsrecht einzuräumen. Es geschieht nicht — das möchte ich ausdrücklich feststellen —, um die Einführung neuer Technologien zu verhindern oder unmöglich zu machen, sondern damit die Betriebsräte im Interesse der von ihnen Vertretenen auch die Möglichkeit haben, gestalten mitzuwirken, wenn notwendig Sozialpläne vorzubereiten und die Betroffenen auf die Umstellung ein wenig hinzuweisen.

Kurz und gut, das soll nicht gegen die Arbeitnehmer, sondern mit den Arbeitnehmern geschehen.

Bezüglich der Kontroll- und Überwachungssysteme möchte ich sagen, daß auf dem Gebiet der sogenannten Personalinformation Neuerungen eingetreten sind, die in sehr vielen Fällen gegen die Menschenwürde verstoßen; also wenn Fragen des Intimbereiches von Arbeitnehmern, insbesondere von Frauen, gespeichert werden. Ich glaube, daß wir dem Betriebsrat sogar ein gewisses Veto-recht gegen solche Personalinformationssysteme einräumen müssen, sofern diese menschenunwürdig sind.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordnete Gabrielle Traxler:** Herr Minister! Ich kann Ihnen versichern, daß die Arbeitnehmervertreter sehr auf diese Novelle warten, weil noch eine Reihe von Problemen anstehen. Zum Beispiel ist es durch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes

heute so, daß, wenn ein Betrieb einen Arbeitnehmer kündigt, soziale Gründe nicht ins Treffen geführt werden können. Es wäre dringend notwendig, daß auch auf diesem Gebiet die Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gleichgestellt werden!

Herr Minister! Können Sie sagen, wie weit die Verhandlungen auf diesem Gebiet gediehen sind und ob die Arbeitgeberinteressenvertretungen wenigstens in diesem Punkt ihre Zustimmung geben werden?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Im Gegenteil! Gerade dieser Punkt wird von den Unternehmervertretern insbesondere inkriminiert. Ich habe das Bestreben, diese soziale Interessensabwägung in die Novelle hineinzubringen, wodurch eben klargestellt werden soll, wem etwas mehr zuzumuten ist: dem Unternehmer die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers oder dem Arbeitnehmer das Ausscheiden aus dem Betrieb.

Da es sich hier nicht um eine einseitige Maßnahme handelt, die von irgend jemandem mit Gewalt durchgedrückt werden könnte, sondern da ja dazu objektive Gerichte beziehungsweise Institutionen, wie das Einigungsamt, zur Beurteilung herangezogen werden sollten, glaube ich, daß das ein fairer Vorschlag ist.

Ich möchte allerdings nicht versäumen, neuerlich darauf hinzuweisen, daß gerade dieser Punkt ununterbrochen in Publikationen von den Unternehmervertretungen abgelehnt wird, daß gegen diesen Stellung bezogen wird, sodaß ich meine: Man muß die Öffentlichkeit über die Themen und über die Fragestellungen informieren, damit eine wirklich objektive Aufklärung darüber erfolgt.

Jede Unterstützung, die in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung und Durchführung dieser Novelle gemacht wird, dient, glaube ich, der Sache, und ich wäre daher sehr froh, wenn man diese eher einseitige Diskussion zwischen dem Sozialminister und dem Wirtschaftsbund der ÖVP auf eine breitere Basis bringen würde und wenn die Betroffenen von sich aus zum Ausdruck bringen würden, was sie wünschen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kohlmaier.

**Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ich zähle mich auch zu den

**Dr. Kohlmaier**

Arbeitnehmervertretern, sehe die Dinge jedoch nuanciert anders — aber das ist jetzt nicht Gegenstand meiner Frage.

Die Koalitionsregierung wurde offensichtlich unter dem Gesichtspunkt einer politischen Arbeitsteilung gebildet: Die SPÖ betreut die Arbeitnehmer, die Freiheitliche Partei betreut die Wirtschaft, dann haben wir die ganze Bevölkerung. Aber so geht es ja nicht!

In der FPÖ hat sich Vizekanzler Steger selbst einmal als „Anti-Dallinger“ bezeichnet. Darf ich Sie fragen:

Hat der Dallinger die Punktation, über die er mit den Sozialpartnern verhandelt, mit dem „Anti-Dallinger“ oder mit einem anderen freiheitlichen Spitzenpolitiker abgestimmt oder, wie man das so schön nennt, koordiniert oder vereinbart?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Zunächst, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Es gibt die von Ihnen insinuierte Arbeitsteilung in der Regierung nicht. Die Regierung ist eine Gesamregierung, und auch der Sozialminister — das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen — ist ein Sozialminister für alle Österreicher, auch für die Unternehmer, auch für die Bauern. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das höre ich gerne!)*

Zahlreiche Veränderungen gerade in den letzten Monaten und Jahren, die jetzt auch im Wahlkampf für die Handelskammerwahlen eine Rolle spielen, wo jetzt jede Gruppierung das auf ihre Fahnen heftet, was auf diesem Gebiet neu und fortschrittlich gemacht worden ist — auch die Verbesserungen bei den Bauern —, was über das Sozialressort erfolgt ist, sind ja nicht gegen meinen Willen, sondern mit meiner Zustimmung, meiner Mitwirkung, sogar oft auf meine Initiative hin vorgenommen worden.

Bezüglich der Vorschläge möchte ich darauf hinweisen, daß es die Ministerverantwortlichkeit gibt, daß ich im Rahmen meines Ressorts entsprechende Vorschläge mache, die mir von den Betroffenen zugemittelt werden.

Ich habe, wenn Sie das im Detail interessiert, den Koalitionspartner natürlich über meine Vorstellungen informiert, und es wird sicherlich mit dem Koalitionspartner nach Vorliegen des Ergebnisses der Sozialpartnergespräche auch noch weitere Kontaktierun-

gen geben. Ich glaube, wenn sich Notwendigkeiten seitens meines Ressorts ergeben, eine solche Novelle in Vorschlag zu bringen, wird der freiheitliche Koalitionspartner keine Einwände gegen soziale und fortschrittliche Novellierungsvorschläge erheben.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

**Abgeordneter Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es ist doch immer wieder erstaunlich festzustellen, wie das heiße Bemühen, das Wunschdenken der ÖVP, die Koalition doch noch sprengen zu können, deren Phantasie beflügelt. Das belebt Sie offensichtlich! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Dafür sorgt die Koalition schon selber!)*

Herr Bundesminister! Der Nationalrat hat vor kurzem das Gesetz über die Sozialgerichtsbarkeit beschlossen. Wir Freiheitlichen haben immer — auf Grund vorhandener Unzukömmlichkeiten — die darin vorgesehene Eingliederung der Schiedsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit gefordert.

Herr Bundesminister! Welche Veranlassungen werden Sie treffen, die den Einigungsämtern verbliebenen Aufgaben in geeignete Organisationsformen zu bringen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Es ist richtig, daß durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit nunmehr in bezug auf die Einigungsämter eine Neuregelung notwendig ist. Ich werde mich bemühen, eine Regelung zu erzielen, die nur mehr eine einzige Behördenorganisation für diese Notwendigkeiten für zuständig erklärt. Ich bin jetzt dabei, die notwendigen Verhandlungen zu führen. Ich habe kein Interesse daran, das zu zersplittern oder für die Betroffenen schwer durchschaubar zu machen. Ich werde jedenfalls bemüht sein, ohne Bedachtnahme auf reine Ressortinteressen im Interesse der Betroffenen eine Regelung zu finden, die klar, eindeutig und praktikabel ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Reinhart.

**Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ):** Herr Bundesminister! Die Verselbständigung mancher Betriebe ist das Ziel mancher Unternehmenskonzepte. Die Folge davon ist, daß die betroffenen Betriebe aus der betriebsörtlichen Betreuung herausfallen. Eine Lösung

**Dr. Reinhart**

für dieses Problem wäre — so nach Auffassung in gewerkschaftlichen Kreisen und in Kreisen der Arbeiterkammer — die Schaffung eines Konzernbetriebsrates.

Darf ich Sie fragen, ob die Schaffung eines derartigen Betriebsrates in der neuen Arbeitsverfassung vorgesehen ist.

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** In der Novelle, die ich im Auge habe, ist eine solche Regelung vorgesehen und meines Erachtens sogar dringend notwendig, weil immer mehr Firmen, vor allem ausländischer Herkunft, dazu übergehen, wenn die Zahl der Mitarbeiter die 300-Grenze erreicht und somit größere und stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates vorgesehen wären, einen neuen Betrieb zu gründen. Wir haben die groteske Situation, daß ein Handelsbetrieb ausländischer Herkunft, der sehr stark auf österreichischem Bundesgebiet wirkt, aus einer Vielzahl von Teilbetrieben besteht, daß zum Beispiel die Buchhaltung oder andere Abteilungen, wenn sie einen größeren Umfang erreicht haben, ein selbständiger Betrieb werden und damit die Mitsprachemöglichkeiten, die jetzt im Arbeitsverfassungsgesetz vorhanden sind, unterlaufen werden. Aber es gibt auch andere Überlegungen auf dem industriellen Sektor, die schon Platz gegriffen haben.

Ich bin daher sehr daran interessiert, daß das Mitspracherecht der Betriebsräte nicht derogiert wird, und werde vorschlagen, durch die Schaffung eines quasi — jetzt arbeitstitelmäßig — Konzernbetriebsrates die Mitwirkung der Betriebsräte in Betrieben, die das gleiche Ziel und die gleichen Interessenlage haben und einem Konzern angehören, nicht zu vermindern, sondern zumindest auf dem jetzigen Stand zu halten, wenn nicht diese Unterlaufung passiert.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Frau Abgeordnete Partik-Pablé (FPÖ) an den Herrn Minister.

528/M

Was ist beabsichtigt, um die offenen Fragen der Förderung von Behinderten, die sich aus der Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern ergeben, einer Lösung zuzuführen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zur Lösung noch offener Fragen der Förderung von Behinderten, die

sich aus der Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern ergeben, finden zwischen Vertretern der Gebietskörperschaften laufend Gespräche statt. So wird im Rahmen der kommenden Konferenz der Landessozialreferenten am 25. und 26. April die Frage der konkurrierenden Subsidiarität von Leistungen für Behinderte behandelt werden.

Auch das umfassende Behindertenkonzept, an dessen Entwicklung zusammen mit den Ländern gearbeitet wird, wird die Lösung von noch offenen Fragen der Behindertenförderung zum Ziele haben. Zu diesem Zweck wurde über Anregung meines Ministeriums von den Ländern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus den Landessozialreferenten aus Wien, Salzburg und Vorarlberg besteht. Diese Arbeitsgruppe wird in einer nächsten Woche stattfindenden Konferenz die Wünsche der Länder für die Gestaltung des Behindertenkonzepts vorlegen. Einen der Schwerpunkte dieses Konzepts wird der weitere Abschluß von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Koordinierung der behindertenrechtlichen Vorschriften sowie von Staatsverträgen nach Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes bilden.

Ich möchte nicht leugnen, daß die jetzige Situation, die verfassungsmäßig eben gegeben ist, zu vielen Schwierigkeiten, zum Teil auch zu Ungerechtigkeiten führt und daß wir wirklich mit starker Konzentration darauf hinarbeiten müssen, zu einer Übereinstimmung zwischen dem Bund und den Ländern, aber auch innerhalb der Länder zu gelangen, weil ja auch da die Voraussetzungen von Land zu Land in sehr vielen Fällen unterschiedlich sind.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé: Sehr geehrter Herr Minister! Was sollen diese von Ihnen genannten Staatsverträge, die zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossen werden sollen, zum Gegenstand haben?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Es soll insbesondere danach getrachtet werden, eine Vereinheitlichung der Leistungen auf dem Gebiet der Rehabilitation herbeizuführen. Zwecks rascher und unbürokratischer Erledigung von Rehabilitationsanträgen soll das Verfahren vereinfacht werden. Wesentlich scheint mir auch eine Regelung über die Vorfinanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen zu sein, um

**Bundesminister Dallinger**

den Behinderten noch vor einer Entscheidung über die Frage, welcher Rehabilitationsträger im Einzelfall zuständig ist, rascher und damit wirkungsvoller helfen zu können.

Weitere Punkte müßten meines Erachtens die gegenseitige Anerkennung von Sachverständigengutachten und eine gesetzliche Verankerung der bereits bestehenden Landesrehabilitationsteams sein.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé:** Sehr geehrter Herr Minister! Ich habe Sie seinerzeit ersucht, zur Regelung oder überhaupt zur Aufarbeitung der Fragen, die die Behinderten sehr betreffen und die eben wegen Kompetenzschwierigkeiten noch nicht geklärt sind, eine Enquete zu veranstalten, an der Behindertenvertreter, Vertreter der Länder und auch Vertreter des Bundes teilnehmen sollen. Es hat zwar in der Zwischenzeit eine Arbeitstagung der ARGE-Rehabilitation in Salzburg stattgefunden, aber eine Enquete, wie Sie sie mir zugesagt haben, hat noch nicht stattgefunden.

Ist mit einer solchen Abhaltung zu rechnen beziehungsweise wann? (*Abg. Steinbauer: Da schau her, Dallinger hält Versprechungen nicht! Das kann es doch nicht geben!*)

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sie werden gleich beruhigt werden, Herr Abgeordneter Steinbauer. Das gibt es tatsächlich nicht. Dieses Versprechen ist insofern eingehalten worden, als wir die erste gemeinsam mit der ARGE-Rehab gehabt haben, daß wir jetzt noch diese Gespräche mit den Landessozialreferenten abwarten und daß wir dann zu einem geeigneten Zeitpunkt, wahrscheinlich noch in der ersten Jahreshälfte, eine solche Enquete oder ein Symposium ins Auge fassen, um diese Frage wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen. — Ist das für Sie befriedigend, Herr Kollege Steinbauer? (*Abg. Steinbauer: Ob es das auch für die Frau Kollegin Partik-Pablé ist, das ist wichtig!*) Die Frau Abgeordnete hat das ja nicht inkriminiert! (*Abg. Probst: Das versteht er nicht!*)

**Präsident:** Nächste Frage: Frau Abgeordnete Karl.

Abgeordnete **Elfriede Karl (SPÖ):** Herr Bundesminister! Eines der Probleme, auf die von Behinderten und von ihren Organisationen immer wieder hingewiesen wird, ist die

Tatsache, daß nach den Behindertengesetzen der Länder die Geldleistungen stark unterschiedlich sind. Das gilt vor allem für die Pflegegelder und für die Blindenbeihilfen.

Ich möchte Sie nun fragen: Sehen Sie eine Möglichkeit, im Rahmen der Verhandlungen über ein Rehabilitationskonzept, die allenfalls zum Abschluß eines Staatsvertrages nach Artikel 15 a der Bundesverfassung führen sollen, auch auf dieses Problem hinzuweisen und darauf hinzuwirken, daß die Bundesländer ihre schon oft abgegebene Willenserklärung, hier zu einer Harmonisierung zu kommen, verwirklichen und allenfalls auch untereinander Staatsverträge zu diesem Thema abschließen, um hier zu einer Vereinheitlichung zu kommen und den doch sehr unbefriedigenden Zustand zu beenden?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Solche Bestrebungen, Frau Abgeordnete, gibt es, und ich habe für die schon erwähnte Konferenz der Landessozialreferenten, die nächste Woche stattfindet, auf diesem Gebiet einen konkreten Antrag an die Konferenz vorbereitet, um zumindest zu einer Vereinheitlichung der Richtsätze zu kommen und die für den Bürger nicht verständliche Unterscheidung von Land zu Land einmal zu beseitigen. Ich hoffe, daß es gelingt, eine Übereinstimmung herbeizuführen. Ich glaube, daß das der erste notwendige Schritt auf diesem Gebiet ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ich bin auch Ihrer Meinung, daß es dringend notwendig ist, mit den Ländern in Gespräche einzutreten, um gewisse Ungereimtheiten zu beseitigen. Aber noch wichtiger wäre es, Herr Minister, daß man im Bundesbereich beginnt, zwischen Ihrem Ministerium, dem Finanzministerium, dem Verkehrsministerium und so weiter zu koordinieren und zusammenzuarbeiten.

Ich darf Ihnen ein kleines Beispiel nennen. Wenn ein Behinderter einen Ausweis braucht, damit er auf den Behindertenparkplätzen parken kann, braucht er eine Bestätigung vom Amtsarzt. Wenn er zum Finanzamt geht und eine Sonderausgabe geltend machen will, braucht er eine Bestätigung von einem anderen Arzt. Wenn er in Ihrem Ministerium die Rückvergütung der erhöhten Mehrwertsteuer beantragt, braucht er eine Bestätigung von wieder einem anderen Arzt, von einem dritten



**Dr. Feurstein**

Arzt. Und so passiert es einem Behinderten, daß er in einem Jahr über die gleiche Behinderung fünf verschiedene ärztliche Bestätigungen braucht. Jedesmal wird genau das gleiche bestätigt, aber jedesmal ist es ein anderer Arzt, der bestätigen muß.

Was tun Sie, damit dieser bürokratische Aufwand, dem Behinderte ausgesetzt sind, und zwar im Bundesbereich ausgesetzt sind, endlich einmal beseitigt wird?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Ich habe meine Mitarbeiter in der zuständigen Sektion und die Leiter der Landesinvalidenämter angewiesen, jetzt einmal klarzustellen, in welcher Weise eine Vereinheitlichung erfolgen kann. Ich stehe in keiner Weise an, das als richtig zu erklären, was Sie hier geschildert haben. Ich meine, man muß auch auf diesem Gebiet eine Vereinheitlichung herbeiführen.

Aber Sie wissen, wie schwierig es von der medizinischen Seite her ist, daß alle Gutachten jeweils im eigenen Haus neuerlich gemacht werden. Das geht bis hin zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet der Behindertenmaßnahmen.

Es ist mein Wille und meine Absicht und auch die Absicht der Bundesregierung, auf diesem Gebiet eine Vereinheitlichung und eine Erleichterung herbeizuführen, weil es nicht der Sinn der Hilfe für Behinderte sein kann, sie so zu verkomplizieren, daß der Behinderte noch größere Schwierigkeiten hat als der normale Bürger, der keiner Behinderung unterworfen ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gugerbauer.

**Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ):** Herr Bundesminister! Besonders wichtig und erfolgreich ist die Tätigkeit vieler geschützter Werkstätten auch in den Bundesländern.

Gibt es da Erfahrungsberichte über die Art der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern bei dieser geschützten Arbeit?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Ich bin sehr froh, Herr Abgeordneter, daß ich gerade auf diesem Gebiet über eine hervorragende Zusammenarbeit der Länder und des Bundes berichten kann. Es ist das, glaube ich, ein Beispiel dafür, daß es gelingen kann, wenn alle

Seiten wollen, ohne große Schwierigkeiten eine gemeinsame Lösung zu finden.

Ich gebe zu, daß die geschützten Werkstätten erst eine Schöpfung der neueren Zeit sind und man daher die Dinge von einer anderen Ausgangsbasis in Angriff genommen hat, daß also nicht schon vorhandene Bestimmungen und Gesetze da waren, die jetzt zu vereinheitlichen sind. Aber auf dem Gebiet der geschützten Werkstätten und der Betreuung der Behinderten auf diese Art gibt es eine ideale Zusammenarbeit, die da und dort noch verbessert oder verfeinert werden könnte; aber die Erfahrungswerte sind ausgezeichnet.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Minister.

509/M

Gibt es eine Untersuchung über angebliche Unregelmäßigkeiten durch Karl Sekanina bei der Wiener Gebietskrankenkasse?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Weder mir noch der Wiener Gebietskrankenkasse ist etwas von Unregelmäßigkeiten bekannt, die der seinerzeitige Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse Karl Sekanina in Ausübung seines Amtes begangen haben soll. Es wird daher auch weder durch die Aufsichtsbehörde noch durch die Wiener Gebietskrankenkasse eine diesbezügliche Untersuchung durchgeführt.

Im übrigen war Karl Sekanina vom 17. Dezember 1965 bis 15. Dezember 1979 Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, ist also seit nahezu sechs Jahren in dieser Funktion nicht mehr tätig gewesen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Ettmayer:** Herr Bundesminister! Von einigen Medien wurde allerdings der Verdacht geäußert — ich sage bewußt Verdacht, keine Beweise —, daß Sekanina auch in seiner Tätigkeit als Obmann der Gebietskrankenkasse eben Unregelmäßigkeiten begangen habe.

Ich frage Sie daher: Haben Sie untersucht, ob Firmen, die jetzt laufend im Zusammenhang mit Sekaninas Tätigkeit als Bautenminister genannt werden, in der erwähnten Zeit, als Sekanina Obmann der Gebietskrankenkasse war, Aufträge erhalten haben?

7874

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Dr. Ettmayer****Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Herr Abgeordneter! Zu einer solchen Untersuchung ohne konkrete Anhaltspunkte besteht meines Erachtens keinerlei Veranlassung. Überdies hat der Rechnungshof in der Zeit vom 20. Feber bis 14. Mai 1975 den Zeitraum 1967 bis 1975 geprüft und von Oktober 1984 bis Jänner 1985 eine Prüfung über die Zeiträume 1976 bis 1984 in Form einer mehrwöchigen routinemäßigen Einschau durchgeführt.

Es sind keine Anhaltspunkte für irgendwelche Unregelmäßigkeiten vorhanden gewesen, sodaß es von mir aus keine Veranlassung gibt, eine weitere Untersuchung vorzunehmen.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Ettmayer:** Herr Bundesminister! Immerhin hat der neue Bautenminister von sich aus festgestellt, daß er das Ministerium nach der Übernahme nach Sekanina säubern müsse und daß er jetzt um eine saubere Amtsführung bemüht sei.

Ich frage Sie daher: Glauben Sie nicht, daß es notwendig wäre, daß Sie als Aufsichtsorgan der Gebietskrankenkasse hier neuerlich Schritte unternehmen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Über die Aussagen des Herrn Bautenministers müssen Sie ihn selber befragen.

Auf meinen Bereich bezogen, auf die Sozialversicherung, habe ich Ihnen gesagt, daß sowohl die internen Prüfungen der Wiener Gebietskrankenkasse stattfanden, als auch der Rechnungshof für den gesamten Zeitraum, wo Sekanina Obmann dieser Anstalt gewesen ist, Prüfungen durchgeführt hat und keine Beanstandungen feststellte.

Im übrigen obliegt die Geschäftsführung von Sozialversicherungsträgern den Verwaltungskörpern und somit Kollegialorganen der Selbstverwaltung, in denen sowohl die Unternehmer- als auch die Arbeitnehmervertreter tätig sind und eine staatliche Aufsicht vorhanden ist.

Eine selbständige Entscheidungsbefugnis in Ausnahme von Notfällen ist nicht gegeben, sodaß also auch von dieser Seite her für mich keine Veranlassung zu einer weiteren Untersuchung besteht.

**Präsident:** Eine weitere Frage? — Herr Abgeordneter Dr. Hafner.

**Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP):** Herr Minister! Die Beitragseinnahmen der Wiener Gebietskrankenkasse sind viel, viel höher als die durchschnittlichen Beitragseinnahmen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Trotzdem wurden etwa 100 Millionen Schilling mehr in den gesamtösterreichischen Ausgleichsfonds der Krankenversicherung von der Steiermark, von den steirischen Dienstgeberbeiträgen und Dienstnehmerbeiträgen eingezahlt.

Für die steirischen Dienstgeber und Dienstnehmer ist es nicht ganz verständlich, da hier eine weitaus schwierigere wirtschaftliche Situation vorliegt als etwa im Wiener Zentralraum.

Sind Sie bereit, dahin gehend Untersuchungen anzustellen, worauf diese Differenzen zurückzuführen sind und ob das auch auf die Führung durch die Obmannschaft Sekaninas zurückzuführen ist?

**Präsident:** Herr Abgeordneter! Die Frage ist sehr weit hergeholt, aber der Herr Minister wird Antwort geben.

**Bundesminister Dallinger:** Im übrigen haben Sie auf diesem Gebiet eine schriftliche Anfrage gestellt, Herr Abgeordneter. Ich werde Ihnen zum gegebenen Zeitpunkt darauf antworten.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP) an den Herrn Minister.

510/M

Warum steigt die Zahl der Armen in Österreich?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Frage kann ich in der gestellten Form nicht beantworten, da de facto die Zahl der von Armut Betroffenen gesunken ist.

Beispielsweise ist die Zahl der Ausgleichszulagenbezieher seit 1972 um 96 000 oder 25 Prozent zurückgegangen, wenngleich die Ausgleichszulagenrichtsätze zwölfmal außerordentlich angehoben worden sind. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Kampf gegen die Armut ist seit 1970 immer ein zentraler Programmpunkt der

**Bundesminister Dallinger**

österreichischen Bundesregierung gewesen. Sofern mit den Mitteln der staatlichen Sozial- und Gesellschaftspolitik eingegriffen werden kann, wurden in diesem Zeitraum für armutgefährdete Familien, unvollständige Familien, Behinderte, Maßnahmen gesetzt, die eine wesentliche Besserstellung dieser Gruppen in unserer Gesellschaft zur Folge hatten.

Die bedeutendste Maßnahme war und ist die Beschäftigungspolitik der österreichischen Bundesregierung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Damit, Herr Abgeordneter, will ich aber keineswegs behaupten, daß der Kampf gegen die Armut gewonnen ist. Jeder weiß, daß dieser Kampf auch nicht endgültig zu gewinnen ist, sondern eine permanente Aufgabe darstellt. Die Armut ist etwas Relatives in bezug auf die gesamte Gesellschaft und wechselt mit der gesellschaftlichen Entwicklung ihr Gesicht. Mit Stolz können wir darauf hinweisen, daß die sogenannte alte Armut, das heißt, die Hungerarmut, in Österreich beseitigt ist.

Daß dies nicht selbstverständlich ist, beweist eine Studie über den Hunger in den Vereinigten Staaten, dem reichsten Land der Welt. Schätzungsweise 20 Millionen US-Bürger hungern. Das Hungerproblem hat die Ausmaße einer Epidemie angenommen, und auf Unterernährung beruhende Dritte-Welt-Krankheiten grassieren wieder in den Vereinigten Staaten, sagt die „Frankfurter Rundschau“ in einer Mitteilung vom 28. Feber.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundesminister! Kehren wir nach Österreich zurück.

Ich zweifle keine Sekunde daran, daß Sie sich redlich bemühen, mit dem Phänomen Armut fertig zu werden. Ich bezweifle aber sehr Ihre Meinung, daß die Armut gesunken ist. Es wäre sehr schön. Wir glauben nicht daran und wir empfehlen, die Augen nicht zu verschließen. Die Ausgleichszulagenbezieher sind weniger geworden, weil die neu zuerkannten Pensionen höher sind, aber der Mikrozensus 1983 hat 813 000 Menschen ergeben, die in der Ausgleichszulageneinkommenshöhe etwa leben.

Frage, Herr Bundesminister: Wenn der Aufwand für Sozialhilfe in Wien von 1984 auf 1985 von 935 Millionen auf 1,148 Milliarden Schilling erhöht werden mußte — deutet das nicht eher auf eine Verschärfung der Situation als

auf die von Ihnen erhoffte Verringerung der Armut hin?

**Präsident:** Herr Minister. (Abg. Dr. Schranz: „Verbesserung der Sozialhilfe in Wien“ müssen Sie eigentlich sagen, und Mietenbeihilfen! — Abg. Dr. Kohlmaier: Nicht einsagen!) Herr Minister, bitte!

**Bundesminister Dallinger:** Herr Abgeordneter! Wir müssen die Sache sicher differenziert sehen. Die Aufgaben der Sozialhilfen in den einzelnen Ländern sind unterschiedlich. Sie haben in Wien ein Ausmaß erreicht, das sich aus den eben geschilderten Verbesserungen sowohl der Ausmaße der Sozialhilfe als auch der Mietenbeihilfen ergibt. Sie sind auch unter den Ausgabenverpflichtungen zu sehen, die in der Flüchtlingsbetreuung, in der Flüchtlingshilfe bestehen, wo 70 Prozent der Gesamtaufwendungen der Republik auf Wien entfallen, was daher ein besonderes Problem darstellt.

Ich möchte in keiner Weise verkleinern, daß es viele Menschen in diesem Lande gibt, die unter sehr schwierigen Lebensbedingungen ihr Dasein verbringen, und ich möchte gar nicht leugnen, daß naturgemäß von solchen schwierigen Lebensumständen besonders Familien mit mehreren Kindern betroffen sind. Hier ist es ja unser Bemühen, durch die Direktförderung, etwa durch die Erhöhung der Familienbeihilfen und auf anderen Gebieten, konkrete direkte Hilfen zu gewährleisten.

Aber wenn wir uns darauf einigen können, daß wir nicht verbal und nicht aus Gründen, die nur der öffentlichen Herabsetzung auf dem Gebiet dienen, versuchen, sukzessive dort, wo echte Not vorhanden ist, diese zu beseitigen, werden Sie mich sicher an Ihrer Seite und auch bereit finden, mit den einzelnen Ländern und den betroffenen Behörden Gespräche zu führen, um gezielte konkrete Maßnahmen zu setzen, um im bestimmten Bereich eine besondere Hilfe zu gewährleisten.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundesminister! Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß Vollbeschäftigungspolitik, also Wirtschaftspolitik im weitesten Sinn, Kampf gegen die Armut ist. Ich habe von Ihnen aber sehr interessante Äußerungen, daß Sie doch einen starken Schwerpunkt auch auf Umverteilung legen.

Sie haben am 5. Oktober 1983 in der „Fur-

7876

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Dr. Kohlmaier**

che“ einen Artikel publiziert, wo Sie sagen: Damit die Krisenlast nicht die sozial Schwächsten trifft, muß die Umverteilung wieder — wieder! — in den Vordergrund der politischen Bemühungen gestellt werden.

Und die „Kleine Zeitung“ vom 27. Feber 1984 berichtet — hier heißt es: Jusos jubeln, Kampfbündnis mit Minister Dallinger —, daß Sie bei einer Tagung der Sozialistischen Jugend gesagt haben, daß der Klassenkampf in einem gewissen Sinn eher noch schärfere Formen als seinerzeit annimmt und daß man bei der Umverteilung leider nicht immer erfolgreich gewesen ist.

Frage: Legen Sie einen persönlichen Schwerpunkt beim Kampf gegen die Armut auf allgemein wirtschaftsfördernde Maßnahmen, oder werden Sie einen Schwerpunkt in der Richtung setzen, wie Sie selbst mehrmals markiert haben: doch mehr Umverteilung im Sinne gesellschaftsverändernder Maßnahmen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe beide Fragen zu Schwerpunkten erklärt. Ich werde sowohl die Wirtschaft fördern, um aus den Erträgen der Wirtschaft eine Umverteilung herbeizuführen, und im Kampf um die Umverteilung bin ich mir ja Ihrer Unterstützung sicher. Als Obmann des ÖAAB, des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, werden Sie ja im Interesse Ihrer Mitglieder auch dafür eintreten, daß eine Umverteilung innerhalb der Gesellschaft zugunsten der Arbeitnehmer erfolgen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Frau Abgeordnete Partik-Pablé.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Herr Minister! Die Notstandshilfe ist eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen die Armut.

Herr Minister! Können Sie einen Überblick geben, wie sich die Zahl der Notstandshilfebezieher im Laufe der Zeit entwickelt hat?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Frau Abgeordnete! Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist leider eine umgekehrte wie bei den Ausgleichszulagenbeziehern, weil — wie auch gestern in der Fragestunde deutlich zum Aus-

druck kam — die Zahl der Langzeitarbeitslosen angestiegen ist.

Die Notstandshilfebezieher haben im Jahr 1980 insgesamt 6 500 ausgemacht, und ihre Zahl ist im Jahre 1984 auf 27 000 angestiegen.

Allerdings ist nicht eine absolute Gleichsetzung von Armut und Bezug von Notstandshilfe gegeben, weil ja dafür verschiedene Kriterien zur Anwendung kommen. Aber es ist interessant festzustellen — gerade bei dieser Frage möchte ich mir diesen Hinweis erlauben —, daß auf der einen Seite von einer Überversorgung gesprochen wird und man meint, man müsse hier die Gesetze revidieren, und es auf der anderen Seite ein Ansteigen der Zahl der Notstandshilfebezieher gibt. Die Maßnahmen, die wir gestern in der Fragestunde besprochen haben, die der Arbeitsplatzhaltung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen, sind ein geeignetes Mittel, diese Zahl der Notstandshilfebezieher wieder auf ein „normales“ — unter Anführungszeichen — Niveau herabzusenken.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schranz.

Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ): Im Bereich der Sozialversicherung ist die Armut auch dadurch erfolgreich bekämpft worden, daß das Problem der landwirtschaftlichen Zuschußrenten von der sozialistischen Regierung am Ende der siebziger Jahre gelöst worden ist und nicht, wie in tatsächlichen Berichtigungen behauptet wurde, von der ÖVP. Es ist dies ein wichtiger Fortschritt für Zehntausende Bezieher von Leistungen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung.

Herr Minister! Teilen Sie diese meine Ansicht?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Diese Ansicht, Herr Abgeordneter, teile ich, weil wir ja Anfang der siebziger Jahre die Bauern in das Ausgleichszulagenrecht einbezogen haben. Heuer werden knapp 2 Milliarden Schilling an Ausgleichszulagen aus Bundesmitteln für die Bauern aufgewendet.

Mit Jänner 1977 wurden die landwirtschaftlichen Zuschußrenten in Übergangspensionen umgewandelt. Der Bundesbeitrag zu den Bauernpensionen beträgt in diesem Jahr mit 6,5 Milliarden Schilling das Neunfache des Aufwandes des Jahres 1970, der damals 725 Millionen Schilling betrug.

**Bundesminister Dallinger**

Sie sehen — ich habe das ja vorhin erwähnt, als die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier im Raum stand, ob die Bundesregierung und der Sozialminister für alle Bevölkerungsteile wirken —, daß gerade auf diesem Gebiet eine Hilfe gewährt wird, die für den gesamten Bauernstand von existentieller Bedeutung ist. Ich glaube, man sollte das einmal auch gebührend würdigen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Auch wenn der Herr Abgeordnete Dr. Schranz es immer wieder bestreitet: Es ist eine Tatsache, daß die Pensionsregelung für Bauern, für Landwirte, unter der ÖVP-Regierung im Jahre 1969 eingeführt worden ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: Wann ist das Zuschußrentenproblem gelöst worden?)* Es würde für Sie sprechen, wenn Sie die Fakten endlich einmal zur Kenntnis nehmen würden, meine Damen und Herren von der SPÖ! *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich weiß, daß Sie unruhig werden, wenn solche Dinge festgestellt werden. Geben Sie doch einmal zu, daß wir in der ÖVP-Alleinregierung diesen wesentlichen Schritt in der Pensionsreform gesetzt haben! *(Abg. Dr. Schranz: Geben Sie zu, daß Sie sich geirrt haben! Sie irren sich!)*

Aber zurück zur konkreten Frage, Herr Minister. Sie haben gesagt, daß Sie mit neuen Zuschüssen die Armut bekämpfen wollen. Wir glauben, daß man denjenigen, die arbeiten, und den Pensionisten von dem, was sie erhalten, mehr lassen sollte. Sie wissen, daß die Lohnbesteuerung heute bei einem Lohn von 4 500 S beginnt. Jemand, der 5 000 S verdient, bezahlt schon über 100 S Lohnsteuer.

Herr Minister, was werden Sie tun: Werden Sie mit dem Finanzminister darüber verhandeln, daß zumindest die unteren Einkommensbezieher, die Menschen, die 4 500 S, die 5 000 S verdienen, keine Lohnsteuer bezahlen müssen, daß hier die Besteuerung geändert wird?

**Präsident:** Auch Ihnen, Herr Abgeordneter, muß ich sagen: Die Frage heißt: „Warum steigt die Zahl der Armen in Österreich?“

Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Herr Abgeordneter! Sie haben gestern und vorgestern im Hohen Hause über diese Frage diskutiert.

Natürlich ist das auch für die Pensionisten von großer Relevanz. Falls eine Veränderung kommt, werde ich sicher bestrebt sein, zu trachten, daß insbesondere die unteren Einkommensbezieher bei der Steuerreform berücksichtigt werden.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ) an den Herrn Minister.

502/M

Welche gesetzlichen Maßnahmen planen Sie zur Einschränkung des Einsatzes von Arbeitskräften in Form der „Leiharbeit“?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Schon seit langer Zeit gibt es Bestrebungen, die Leiharbeit einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Wie mir bekannt ist, wurden bereits zwei Anläufe unternommen, Gesetzesvorschläge auf diesem Gebiet auszuarbeiten, die aber im Begutachtungsverfahren nie die Zustimmung der Interessenvertretungen gefunden haben.

Ich erwäge daher im Rahmen von legislativen Maßnahmen eine differenzierte Lösung, die einerseits die sozialpolitisch unerwünschten Folgen und Auswüchse der Leiharbeit hintanhält, andererseits bin ich bestrebt, dort, wo aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen der Verleih von Arbeitskräften notwendig ist, den Arbeitskräfteverleih durch entsprechende Vorkehrungen kontrolliert mehr in den Griff zu bekommen. Deshalb habe ich den Auftrag gegeben, eine Lösung in diesem Sinn unter Einbindung der Sozialpartner auszuarbeiten.

Ergänzend dazu wurde, um die Entscheidung auf umfassende empirische Grundlagen aufbauen zu können, auf meine Veranlassung hin im Rahmen der Betriebsbefragung zur Erstellung der Arbeitsmarktvorschauen in den Jahren 1983 und 1984 eine Sondererhebung über die Beschäftigung von Leiharbeitskräften durchgeführt.

Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, noch im Herbst ein solches Leiharbeitsgesetz dem Hohen Hause zuzumitteln.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schranz: In der Frage der Leiharbeit herrschen manchmal abenteuerliche Zustände, und es gibt dort einen modernen Sklavenhandel.

**Dr. Schranz**

Wie wollen Sie diese krassesten Auswüchse bei der Leiharbeit beseitigen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Jede Regelung über die Leiharbeit müßte auch verbesserte sozial- und arbeitsrechtliche Absicherungen für die verliehene Arbeitskraft beinhalten, damit die wiederholt auftretenden sozialen Ungerechtigkeiten gegenüber den verliehenen Arbeitskräften beseitigt werden. Das ist sicherlich eines der schwierigen Probleme, und hier wird es sicher auch der Solidarität der Mitarbeiter in jenen Betrieben bedürfen, wo diese Leiharbeitskräfte neu tätig sein werden. Das möchte ich gar nicht leugnen.

Ich glaube, daß wir insbesondere danach trachten müssen, daß auch Sozialleistungen, die den in den Betrieben ursprünglich Beschäftigten zukommen, zum Beispiel auch für die Leiharbeitskräfte, die längerfristig dort beschäftigt sind, zugänglich sein müssen.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dr. Schranz:** Herr Minister! Es ist ja eigentlich unverständlich, daß nicht alle Interessenvertretungen dagegen auftreten, daß es solche Zustände wie bei der Leiharbeit heute noch gibt.

Was sind die Gründe, daß, auch unter Bruch einer Solidarität auf der Arbeitgeberseite eigentlich, diese Interessenvertretungen nicht bereit sind, endlich der gesetzlich notwendigen Regelung der Leiharbeit zuzustimmen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Für mich sind diese Gründe nicht immer einsichtig und erkennbar. Tatsache ist, daß bisher etwa 75 000 Leiharbeitskräfte existieren, die zum Teil unter den schlechtesten und schwierigsten Arbeits- und insbesondere Entlohnungsbedingungen arbeiten.

Ich möchte aber aus Gründen der Objektivität zugeben, daß es auch in Unternehmerkreisen unterschiedliche Auffassungen gibt. Während die einen meinen, man müsse das jetzt endlich einmal regeln und den Betroffenen Hilfe gewähren, lehnen die anderen das wiederum sehr strikt ab, weil sie an dem jetzigen ungeregelten Zustand besonders profitieren.

Die Prüfungen, die ich in dieser Frage vorgenommen habe, haben ergeben, daß es nicht sinnvoll erscheint, ein generelles Verbot auszu-

sprechen, sondern daß es besser ist, die Neuregelung der Leiharbeit unter ganz besonderen Bestimmungen oder Bedingungen vorzunehmen. Daher werde ich danach trachten, in dem Gesetz die Möglichkeit zu eröffnen, daß einerseits Leiharbeitskräfte, die wirklich zwingend benötigt werden, auch zur Verfügung stehen, daß aber andererseits diese Leiharbeitskräfte nicht zu Außenseitern in der Arbeitswelt gehören, sondern daß sie im Hinblick auf ihren sozial- und lohnrechtlichen Schutz voll integriert sind.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kohlmaier.

**Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ihre Grundhaltung, Leiharbeit nicht zu verbieten, aber so zu regeln, daß es zu keinen Mißständen kommt, ist sicher richtig und zu akzeptieren.

Mich überrascht allerdings eines: Ich wurde von Mitarbeitern in einem verstaatlichten Betrieb darauf aufmerksam gemacht, daß auch dort die Leiharbeit gang und gäbe ist, obwohl man gerne die sogenannte Gemeinschaft als Vorreiter des sozialen Fortschritts sieht.

Ich habe Ihren Ministerkollegen Lacina gefragt, wie die Situation steht: Er hat mir mitgeteilt, daß 824 Leiharbeitsverhältnisse in der verstaatlichten Industrie bestehen.

Wie beurteilen Sie das oder welche Schlüsse ziehen Sie daraus, daß Leiharbeit auch im Bereich der verstaatlichten Industrie keine Einzelercheinung ist, sondern doch in immerhin nicht unbeachtlicher Form existiert?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Diese Form von Leiharbeit in den verstaatlichten Betrieben hat mich in der Vergangenheit natürlich auch mehrfach beschäftigt. Allerdings sind das überwiegend Leiharbeitskräfte, die auch in dem kommenden neuen Gesetz sicher zugelassen sein werden, weil es sich in sehr vielen Fällen um die Verleihung von hochspezialisierten Kräften, die im technischen Bereich tätig sind, handelt. Zum Teil handelt es sich aber auch — und das möchte ich gar nicht leugnen — um Leiharbeitskräfte, die aus dem Ausland kommen und jetzt vorübergehend dort tätig sind.

Man hat mir eingewendet, daß ohne diese gelegentlich einzusetzenden Arbeitskräfte

**Bundesminister Dallinger**

eine kontinuierliche Tätigkeit auf bestimmten Gebieten nicht zu erreichen sein wird. Dennoch möchte ich sagen, daß die gesetzliche Regelung, die ich ins Auge fasse, im gesamten Umfang natürlich auch für die verstaatlichte Industrie wirksam sein wird und daß diese genau die gleichen Konsequenzen zu tragen haben wird wie die übrige private Wirtschaft.

**Präsident:** Nächste Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Sie haben die neue Regelung angezogen.

Ich würde Sie gerne fragen, wie viele Leiharbeitskräfte von dieser neuen Regelung betroffen wären beziehungsweise: Auf welche Gruppen von Arbeitnehmern wirken sich diese neuen gesetzlichen Regelungen aus?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Wie viele in Zukunft davon betroffen sein werden, hängt natürlich von der Fassung des neuen Gesetzes ab, das mir ja noch nicht vorliegt. Im Augenblick ist, wie vorhin erwähnt, die Zahl gar nicht so gering: 71 000 im gesamten Bundesgebiet, davon sind rund 75 Prozent Arbeiter und 25 Prozent Angestellte. Und die Zahl der Leiharbeitskräfte ist im Wachsen, ist im Zunehmen begriffen, sodaß damit begründet ist, daß eine gesetzliche Regelung, die auf die Details der Leiharbeit, der Beschäftigung und Entlohnung sowie der sozialrechtlichen Bestimmungen und Verhältnisse eingeht, meines Erachtens zwingend notwendig geworden ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter **Renner (SPÖ):** Herr Bundesminister! Kann in Zukunft mit einer entsprechenden Kontrolle der Leiharbeitsverhältnisse gerechnet werden beziehungsweise werden in diesem Zusammenhang auch entsprechend rigorose Strafvorschriften erlassen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dallinger:** Ich halte eine solche Kontrolle für unbedingt notwendig. Das ist auch das Motiv dafür, warum ich die Einbringung eines Gesetzes sehr rasch in Angriff nehmen werde. Es ist meines Erachtens nicht vertretbar, daß, wie vorhin erwähnt, 71 000 Menschen bereits jetzt in diesem Bereich beschäftigt und tätig sind und

mehr oder weniger einer öffentlichen Kontrolle entzogen werden.

Das neue Gesetz über die Leiharbeit wird zwingend vorsehen, welche arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen für die Leiharbeitskräfte Geltung haben. Damit werden auch die Arbeitsinspektorate und alle anderen Prüfbehörden in die Lage versetzt, entsprechende Kontrollen durchzuführen und bei Übergriffen entsprechend einzuschreiten.

**Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport**

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Bayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport.

511/M

Haben Sie in Wien neue Versuche für die Gesamtschule genehmigt?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Moritz:** Sehr verehrter Herr Abgeordneter! In Wien wurde bisher kein Schulversuch für die Gesamtschule genehmigt. Der Stadtschulrat für Wien hat einen Schulversuch Mittelschule beim Ministerium beantragt, dieser Schulversuch soll an sechs Hauptschulen und an zwei allgemeinbildenden höheren Schulen laufen.

Es handelt sich um einen gründlich vorbereiteten Schulversuch, der seit zwei Jahren als Vorversuch mit Lehrerarbeitsgruppen erprobt wird. Dieser Schulversuch ist kein Gesamtschulversuch. Wichtig ist die inhaltlich-methodische Erneuerung. Sein wesentliches Ziel ist die innere Schulreform.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Bayr:** Herr Bundesminister! Es wundert mich sehr, daß Sie sagen, daß dieser Schulversuch kein Schulversuch für die gemeinsame Schule der 10 bis 14jährigen sei. Ich habe hier eine Modellbeschreibung, und da wird als Zielvorstellung angegeben: Gemeinsame Schule für alle 10 bis 14jährigen.

Ich darf Sie daran erinnern, sehr geehrter Herr Minister, daß bei den Schulverhandlungen im Jahre 1982 seitens der SPÖ beabsichtigt war, die Gesamtschule durch die Hintertür einzuführen. Es war weiters beabsichtigt, die Gesamtschulversuche zu prolongieren.

7880

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Bayr**

Die Österreichische Volkspartei war in diesem Punkt nicht kompromißbereit, und es wurde hier mit Zweidrittelmehrheit eindeutig beschlossen, daß die neue Hauptschule installiert wird, die Gesamtschulidee aber begraben wird.

Es wurde weiters mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, daß die Gesamtschulversuche nicht durchgeführt werden.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Werden Sie dem Gesetz entsprechend diese Schulversuche untersagen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Moritz:** Herr Abgeordneter! Die Idee der Gesamtschule werden Sie nicht begraben können. Aber das Gesetz sieht eindeutig vor, wie die Schulen der 10 bis 14jährigen in Zukunft zu organisieren sein werden, und darauf werden wir uns konzentrieren.

Der Wiener Schulversuch ist, ich wiederhole es, ein Schulversuch zur inneren Schulreform. Eine Modellbeschreibung dieser Art ist nicht Gegenstand des Antrages, der gegenwärtig im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport verhandelt wird. Ich darf Ihnen aber versichern, daß der Schulversuch, wenn er genehmigt wird, haargenau den gesetzlichen Vorschriften entsprechen wird.

Ich bitte gerade Sie, meine Damen und Herren gerade von der Österreichischen Volkspartei, eines zu bedenken: Unsere Schulverwaltungsorganisation ist zwar zentral orientiert, sie kennt aber die Einrichtung der Landesschulräte; das ist ein starkes föderalistisches Element. Ich bin entschlossen, die Entscheidungen dieser Landesschulräte immer dann zu respektieren, wenn sie dem Gesetz entsprechen. Dafür werden wir auch bei diesem Wiener Schulversuch sorgen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordneter Bayr:** Herr Minister! Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie hier im Hohen Hause erklären, es liege Ihnen der Antrag für einen Schulversuch vor, der tatsächlich nichts mit einer Gesamtschule zu tun hat. Ich darf aber kritisch anmerken: Wir verfolgen mit großem Mißtrauen diese Bestrebungen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auch Sie, Herr Minister, bei Ihrem Amtsantritt erklärt haben, Sie bekennen sich zu der sozialistischen Zielvorstellung der Einfüh-

rung einer Gesamtschule. Sie tun das, Herr Minister, obwohl die neue Schulreform Neue Hauptschule erst mit September dieses Jahres beginnt und erst 1989 in der Form sozusagen voll zum Tragen kommen wird, weil dann alle Hauptschüler den neuen Schultyp besuchen werden. Bevor also noch diese neue Schule eingeführt ist, wird sie von Ihnen bereits wieder in Frage gestellt.

Ich möchte daher fragen: Werden Sie in Ihren Kreisen darauf dringen, daß wenigstens in dieser Phase, in der die Neue Hauptschule eingeführt wird, alle Bestrebungen hintangestellt werden, neuerlich die Gesamtschule zum Gespräch zu machen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Moritz:** Herr Abgeordneter! Die Frage der Gesamtschule hat für mich eine weite Perspektive, die ich mir auch von Ihnen nicht nehmen lasse. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber ich konzentriere mich auf die Vollziehung des Schulreformgesetzeswerkes von 1982, das die Neue Hauptschule in einer Reform der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule vorsieht. Das ist der Schwerpunkt der Arbeit, die wir leisten werden. Zukunftsdiskussionen werden wir nicht verbieten können. Wir wollen dies auch gar nicht.

Aber seien Sie versichert, daß wir auf dem Boden des Gesetzes handeln werden und daß es sich bei dem von Ihnen so mißtrauisch beobachteten Schulversuch um einen Versuch zur inneren Schulreform handelt, dem ich ganz wesentliche Bedeutung beimessen werde. Er wird, wenn er die rechtlichen Grundlagen erfüllt, genehmigt werden.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

**Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ):** Herr Bundesminister! Ich glaube, die ÖVP sollte sich erstens daran erinnern, daß sie selbst in ihrem Plan „Bildung 1970“ die reformierte Hauptschule als Mittelschule bezeichnen wollte und daß überall dort, wo die Hauptschule als einzige Schulform besteht, sie natürlich tatsächlich Schule für alle 10 bis 14jährigen ist. Ich halte es daher für wichtig und gerechtfertigt, daß man Schulversuche zur Optimierung einer gemeinsamen Schule der 10 bis 14jährigen im Rahmen der Hauptschule durchführt.



**Dr. Seel**

Sie haben darauf hingewiesen, daß die innere Schulreform, der Versuch zur inneren Schulreform im Zentrum steht, wie dies in der 7. Novelle in Auftrag gegeben wurde.

Welche Komponenten, welche Ziele verfolgt der Wiener Schulversuch in diesem Zusammenhang?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Moritz:** Herr Abgeordneter! Das Ziel dieses Versuches ist im einzelnen die Erprobung eines neuen Schulmodells für den Bereich der fünften bis achten Schulstufe, wobei insbesondere eine Verbesserung der Chancengleichheit der Schüler angestrebt wird, das schulische Lernen lebenspraktischer, problemorientierter und verstärkt als selbständiges Handeln verstanden und die Möglichkeit für einen zusammenschauenden Wissenserwerb geschaffen werden soll.

Die Rahmenmodellbeschreibung versteht sich als ein offenes Konzept, welches den einzelnen Schulstandorten Freiräume für konkretere Planungen einräumt und in sich das Element der Revision und der Weiterentwicklung enthält.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben eben erklärt, daß diese Mittelschule in Wien als Schulversuch der inneren Schulreform eingeführt werden soll. Nach meiner Auffassung, soweit mir die Unterlagen bis jetzt bekannt sind, ist dieser Rechtsstandpunkt nicht haltbar, Herr Minister. Es ist nicht möglich, die neue Mittelschule, diesen Versuch als innere Schulreform zu deklarieren, weil es eindeutig um eine Änderung der Organisationsform geht.

Meine Frage an Sie: Wieso kommen Sie zur Auffassung, daß diese Schulversuche an diesen sechs Schulen nach Artikel IV des Schulorganisationsgesetzes durchgeführt werden können?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Moritz:** Herr Abgeordneter! Noch steht nicht fest in allen Details, wie dieser Schulversuch rechtlich begründet werden wird. Das ist Gegenstand der Verhandlungen. Ich versichere Ihnen nochmals, daß dabei die Bestimmungen des Gesetzes präzise eingehalten werden.

Ein Schulversuch nach der 4. Schulorganisations-Novelle kommt ja nicht in Frage, da diese Gesetzesbestimmung mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle ausgelaufen ist. Nach dieser Gesetzesbestimmung werden daher in Wien sicher keine Schulversuche durchgeführt werden.

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

### Einlauf und Zuweisung

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1134/AB bis 1137/AB eingelangt sind.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 141/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Michael Graff, Edith Dobesberger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über eine Amnestie aus Anlaß der vierzigsten Wiederkehr des Tages, an dem die Unabhängigkeit Österreichs wiederhergestellt wurde, und der dreißigsten Wiederkehr des Tages, an dem der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde (Amnestie 1985), weise ich dem Justizausschuß zu.

### Behandlung der Tagesordnung

**Präsident:** Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 3 und 4 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es wird daher zuerst der Berichtstatter seine Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Einspruch des Bundesrates (359 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 28. Juni 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle) (598 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 28. Juni 1984 betreffend 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle.

7882

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Präsident**

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Brigitte Ederer. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Mag. Brigitte Ederer: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Einspruch des Bundesrates in seinen Sitzungen am 11. Oktober 1984 sowie am 9. April 1985 in Verhandlung gezogen.

Im Zuge der Verhandlungen stellten die Abgeordneten Dr. Veselsky und Grabher-Meyer gemäß § 41 Abs. 8 im Zusammenhalt mit § 77 Abs. 1 der Geschäftsordnung einen Abänderungsantrag zu dem beeinspruchten Gesetzesbeschluß.

Bei der Abstimmung wurde der ursprüngliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates in der Fassung des erwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen. Im Sinne des §§ 77 Abs. 1 der Geschäftsordnung liegt somit nunmehr ein neuer Gesetzesvorschlag vor, der wiederum dem Verfahren gemäß Artikel 42 Bundes-Verfassungsgesetz zu unterziehen ist.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich, in der Debatte fortzufahren.

**Präsident:** Ich danke der Frau Berichterstatter für ihre Ausführung. General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Steinbauer.

10.09

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Für viele ist das Konferenzzentrum wie die Fortsetzungen bei „Dallas“ und „Denver Clan“, eine Folge nach der anderen und immer neue Grauslichkeiten. Das muß man leider festhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Die hauptsächliche Grauslichkeit ist aber — und das muß man sehr deutlich sagen, weil das hören die Kollegen von der SPÖ so ungern —, daß hier ganz einfach Steuergeld

verbetoniert wird für etwas, wo zunehmend herauskommt, daß es eine ständige Defizitmaschine wird und bleiben wird. Bitte, Vranitzky selber gibt schon ein Defizit von 100 Millionen Schilling jährlich als sicher an. Es ist wahrscheinlich auch noch arg, wenn es nur 80 Millionen Schilling jährlich sind.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Die Geschichte der „Serie Konferenzzentrum“ ist wirklich traurig. Sie ist vielfach traurig. Sie war die Geschichte der Verhöhnung der Bürger durch die SPÖ-Mehrheit. Sie war immer eine Spekulation auf die Hörigkeit des SPÖ-Klubs, dessen Mitglieder oftmals für etwas aufstehen mußten, was sie nicht verstanden haben.

Die Ausrede, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie wußten nicht, was Sie getan haben, gilt nur sehr bedingt, denn wir haben Ihnen immer wieder Fakten auf den Tisch gelegt, und inzwischen sind diese Fakten bestätigt worden. Sie haben keine Ausrede! Es war Hörigkeit, daß Sie dieses Konferenzzentrum durchgepaukt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

In diese Hörigkeit miteinbezogen wird später auch noch der Appendix-Partner der Regierung, denn seit neuestem sind auch die Freiheitlichen jederzeit bereit, für dieses Konferenzzentrum jede Kondition hinzunehmen, auch die schlechteste. Sie haben, was Sie wollten, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen! (Abg. Probst: Wegen dem Konferenzzentrum wäre die ÖVP nie in eine Koalition mit den Sozialisten gegangen!) Probst, der Pillendreher. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Probst.)

Meine Damen und Herren von der Regierungsmehrheit! Sie werden auch heute wieder darauf bestehen, daß dieses Konferenzzentrum zu ungünstigen Konditionen fertiggestellt wird. Sie werden es auch heute wieder durchdrücken. Aber lassen Sie mich Sie daran erinnern, daß es gut ist, daß wir heute darüber noch einmal diskutieren, denn eines ist inzwischen nachweislich eingetreten: Hätte es den Einspruch des Bundesrates durch die ÖVP-Mehrheit nicht gegeben, dann wäre der Vertrag, von dem man Ihnen heute erzählt, daß er so ungleich besser ist, als er vorher war, mit all den Fehlern, die man angeblich — ich komme darauf noch zurück — jetzt bereinigt hat, schon damals von Ihnen in Hörigkeit mit Mehrheit durchgezogen worden. Sie haben der ÖVP zu danken, daß heute ein angeblich besserer Vertrag vorliegt! (Beifall bei der ÖVP.)

**Steinbauer**

Weil ich gesagt habe, diese Mehrheit wurde gezwungen oder wurde hineingeredet, die Bürger zu verhöhnen, bringe ich doch ein paar Erinnerungspunkte, damit es nicht ganz so leicht wird für meinen Nachredner von der SPÖ.

Sie müssen sich bei dem Konferenzzentrum doch immer wieder in Erinnerung rufen, daß die SPÖ die verbindliche — so war das Wort — Zusage plakatiert hat, es werde nicht gebaut. Dann ist es gebaut worden. Der Parteiführer der SPÖ von damals hat das Volksbegehren vorher als eine Spekulation — hier ist die Maske heruntergefallen — auf die Dummheit der Bürger angesprochen. Das war „vollendete“ Demokratie, wie sie die Sozialisten empfinden. Es sagte damals der Parteivorsitzende: Das Volksbegehren wird eine Spekulation auf die Dummheit der Menschen sein. So schätzen offensichtlich sozialistische Führer die Bürger, die Wähler ein!

Der ehemalige Klubobmann und jetzige Koalitionsreferent der SPÖ, Dr. Fischer, sagte lange vor dem Volksbegehren: Es hat keinen Sinn, denn die Kuh ist längst aus dem Stall. — So gehen Sozialisten mit demokratischen Grundeinrichtungen um!

Als dann das Volksbegehren mit 1,4 Millionen Unterschriften das größte in der Geschichte der Republik wurde, haben Sie es mit der gleichen Ruhe weggeschoben, wie Sie gestern eine Untersuchung über Ihren gestürzten Bautenminister weggeschoben, mit der gleichen Ruhe, wie Sie gerade einen unliebsamen Sozialdemokraten aus Ihren Reihen ausgeschlossen haben. Das ist gelebter Sozialismus, was die Demokratie betrifft! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als dann das Volksbegehren auf dem Tisch lag, haben Sie unter Verhöhnung der Bürger angekündigt, Sie werden es ausführlich im Parlament prüfen lassen. Als der Ausschuß zum erstenmal zusammentrat — auch das ist gelebte sozialistische Demokratieauffassung —, als der Ausschuß das erstemal tagte, führen gleichzeitig die Baumaschinen und Bagger hinaus, und es wurde mit dem Bau begonnen.

Meine Damen und Herren! Das Konferenzzentrum wird eines Tages eröffnet werden. Es wird immer ein Erinnerungsstück an die sozialistische Vorgangsweise sein, die in vielen Stationen belegt, daß der Satz Ihres Programms von 1958: „Sozialismus ist vollendete Demokratie“, ein Satz ist, den Sie nicht leben, den Sie vielleicht irgendwo im Programm

haben, den Sie aber durch ganz konkrete Aktionen manchmal sogar täglich — von gestern sind zwei Fälle bekannt — verhöhnen, den sie fast täglich als Unwahrheit dokumentieren, denn Ihre Auffassung von Demokratie ist mit dem Wort „Vollendung“ wirklich nicht zu umschreiben.

Dann haben Sie den Menschen eingeredet, daß es sich hier um viele Arbeitsplätze handeln wird. Gestern stand in den Zeitungen, daß der Finanzstadtrat von Wien, Mayr, bei Bautenminister Übleis vorsprechen mußte, weil die Wiener Bauwirtschaft einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht hat.

Meine Damen und Herren! Den Österreichern haben Sie gesagt, durch das Konferenzzentrum werde es ungeheuer viele Arbeitsplätze im Wiener Raum geben. Für die Bauwirtschaft wurde das damals verkündet; lesen Sie es nach in der „Arbeiter-Zeitung“! Der Grund, warum Stadtrat Mayr gestern zu Übleis gegangen ist, ist wohl nicht mehr damit zu erklären, daß dort angeblich so viele Arbeiter tätig sind.

Es ist eingetreten, was wir Ihnen immer gesagt haben: Es werden die großen Maschinen dort sein, wie es bei einem Großbau üblich ist. Es wird die Milliarde keine Arbeitsplätze von großer Intensität schaffen. Wir haben Ihnen damals vorgerechnet, was Stadterneuerung, was Wohnbau, was andere Projekte an Arbeitsplätzen geschaffen hätten. Sie haben das weggewischt und sind bei den 200 oder 300 Arbeitsplätzen geblieben. Mehr waren es selbst beim Höchststand an diesem Bau nicht. Sie haben es vermieden, ein paar Tausende von Arbeitsplätzen zu errichten, die man mit dieser Milliarde an Steuergeldern leicht hätte schaffen können.

Dann haben Sie den Leuten eingeredet, daß das alles so wichtig sei. Heute kann man sagen, weil man es ja schon sieht, daß es ungeheuer schwierig sein wird, diese Konferenzmaschine zu füllen. Sie ist schlicht zu groß. Sie ist schlicht eine Konkurrenz zu bestehenden Wiener Einrichtungen. Heute wird sichtbar, was wir Ihnen auch immer wieder gesagt haben. Wir haben Ihnen nämlich gesagt, daß 1981 18 Konferenzen in der Größenordnung von Kagran auf der ganzen Welt stattfanden. Wir haben Ihnen damals gesagt, daß es ein Glückstreffer sein muß, eine oder zwei solcher Konferenzen nach Wien zu bringen.

Meine Damen und Herren! Inzwischen zeigt sich ja schon, was mit dem Kagraner

7884

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

Steinbauer

Großkonferenzmonster passieren wird. Sie haben zwei Konferenzen an Land gezogen — Auracher hat das gestern wieder gesagt —: die KSZE-Konferenz, von der wir wissen, daß sie auch in kleineren Sälen locker tagen könnte, und einen Medizinkongreß.

Auracher, Ihr Mann, der Mann, der jetzt sein großes Comeback feiert, weil ja die Androsch-Partie wieder mehr das Sagen hat, verkündete gestern, was das wirkliche Dilemma ist. Er hat angekündigt, es bestehe die Gefahr, daß die Stadthalle und die Hofburg auf einmal einen Konkurrenten bekommen, und gesagt — von der Stadthalle wissen wir, daß sie ein Defizit hat —, daß auch der Hofburg, eines der letzten gewinnbringenden Konferenzzentren der Welt, nun die Gefahr eines Defizits drohe.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht nur sozialistische Demokratieauffassung, das ist nicht nur sozialistische Auffassung, wie man mit dem Geld der Steuerzahler umgeht, das ist auch sozialistische Wirtschaftlichkeit!

Man errichtet ein großes Monster, man konkurrenziert eigene Einrichtungen — die Stadthalle darf man doch wohl als eigene Einrichtung angesichts der Gemeinde Wien, die dort federführend ist, betrachten —, und Sie stehen nun vor dem Dilemma, zugeben zu müssen, Schritt um Schritt, das Monster konkurrenziere die anderen ins Defizit hinein, sei nicht zu füllen und werde 100 Millionen, oder sollen es 80 Millionen sein, jährlich an Defizit schaffen.

Sie haben die Bürger mehrfach verhöhnt, wenn ich an die Meldungen in Ihrem eigenen Zentralorgan denke. Daran kann man erst ablesen, was da wohl täglich an falschen Meldungen drinsteht. Sie sollten das eigene Zentralorgan nicht so gläubig lesen, wie Sie es tun. Ihr eigenes Zentralorgan hat damals vom 4-Prozent-Zinssatz geschrieben. Bitte, es war ein Aufmacher.

Hobl und Reinhart, die gewohnt sind, jede Zeile zu glauben, die sie in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP*), werden sich infolge der inzwischen eingetretenen Entwicklung (*Abg. Graf: Herr Reinhart! Wickeln Sie sich ein damit! Das wäre sehr geschickt!*) an neue Ziffern gewöhnen müssen.

Folgendes sei nur einmal für jene gesagt, die wirklich Vollgläubige sind. Ich würde Kollegen Reinhart, der ja einer der wirklich Vollgläubigen ist, wirklich empfehlen, zwei Aus-

schnitte der „Arbeiter-Zeitung“ nebeneinander zu legen: Einmal jenen, der von 4 Prozent spricht, und einmal jenen, der vor einigen Wochen verschämt von 6 Prozent sprach. Dann, Kollege Reinhart, müssen Sie sich sagen, beide Ziffern stimmen nicht, es wird in Wirklichkeit nicht 6 Prozent, sondern ungefähr doppelt so viel kosten.

Man hat versucht, das alles den Bürgern einzureden.

Wir haben den jetzigen Finanzminister gefragt, wie er denn eigentlich zu diesem ganzen Abschluß stehe, ob er es als wirtschaftlich günstige Form ansehe.

Man könnte Shakespeare hier zitieren, der sagte: „Dreimal haben wir ihn gefragt, dreimal hat er sich verweigert.“ Er hat ganz einfach bis zur Stunde weder in Ausschüssen noch hier im Plenum nicht über die Lippen bringen können, daß das ein guter Vertrag ist. Vranitzky in Ehren, er hat es vorgezogen, elegant zu schweigen, er hat es vorgezogen, manchmal herumzustottern, aber er hat es vorgezogen, bei der Wahrheit zu bleiben. Dies ist kein guter Vertrag, er ist nicht wirtschaftlich.

Wäre er nämlich wirtschaftlich, Herr Professor Nowotny — Sie sind ja, glaube ich, der Wirtschaftsexperte in der Nachfolge des Kollegen Tull —, müßten Sie ja der erste sein, der darauf hinweist: „Selbst Vranitzky hat dies als einen besonders guten Vertrag empfunden.“ Sie haben dieses Zitat nicht, es ist nicht vorhanden. (*Abg. Dr. Reinhart: Herr Steinbauer! Sie verwechseln das Parlament mit einem Kabarett!*)

Gerade heute habe ich mehr Verständnis als üblich für den Kollegen Reinhart. Ich habe wirklich Verständnis und verstehe seine Erregung.

Aber, Herr Kollege Reinhart, ich weiß ja nicht, welche Schwierigkeiten Sie haben, wenn Sie Bürgern erklären, warum dort unbedingt Milliarden hineingebuttert werden, wenn man ihnen gleichzeitig sagen muß, was Dallinger vor einer Stunde hier sagte: Der Kampf gegen die Armut ist noch nicht gewonnen.

Gleichzeitig haben wir aber das Steuergeld für Araber mit bruchsender Dividende, Steuerfreiheit total. Davon träumen die Österreicher nicht einmal mehr, den ausländischen Freunden haben wir es aber eingeräumt.

**Steinbauer**

Aber was ich als traurig empfinde, ist, daß man Ihnen heute wiederum die Pflicht auferlegt, sich für diesen Konferenzpalast mehrheitlich zu erheben, weil man Ihnen heute wieder einredet, daß jetzt mit der neuesten Fassung alles repariert ist.

Darf ich Ihnen sagen, wie die Wahrheit aussieht. Die „Bruchsicherheit“ der neuesten Fassung können Sie am besten daran erkennen, wenn Sie sich die sogenannten „Richtlinien der Bundesregierung“ ansehen. Danach soll nämlich sichergestellt werden, daß dieses Konferenzzentrum immer und trotz aller internationalen Schwierigkeiten zugänglich bleibt. Sie kennen unsere Bedenken.

Die Richtlinien Nummer eins sagen, daß dies ein Ort der Begegnung zwischen Ländern und Menschen sein und unter Beachtung der Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit und Freundschaft zur Verfügung stehen soll.

Wer ein bißchen Ahnung hat, wie die internationale Freundschaft aussieht, der weiß, daß mit diesen Richtlinien eine aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen längst abgedrehte Konferenz nicht mehr zu erzwingen ist. Es ist natürlich auch in der neuen Konstruktion nach wie vor möglich, durch Hinweis auf bestimmte Gründe die Abhaltung von Konferenzen beliebig zu beeinträchtigen. Es ist nämlich nach wie vor die Tatsache gegeben, daß um ein Drittel des Geldes die Araber die Hälfte des Managements in der IAKW-Gesellschaft besetzen.

Und der Punkt 9 der Geschäftsbedingungen im Syndikatsvertrag ist nach wie vor, daß die beiden Vorstandsdirektoren, der arabische und der österreichische, paritätisch besetzt sind und daß es kein Dirimierungsrecht gibt.

Die Richtlinien der Bundesregierung, sie mögen auch in Marmor gemeißelt dort herumstehen, werden überhaupt kein praktisches Hilfsmittel in etwaigen Auseinandersetzungen sein.

Was mich betrübt und was ich am Schluß als traurigen Ausblick ansehen möchte, ist: Sie beginnen jetzt nicht nur dieses Konferenzzentrum fertigzustellen, sondern auch eine Konstruktion zu erfinden, wonach der Betrieb dieses Konferenzzentrums wirklich nicht den Standards entsprechen wird, die wir an anderen Orten, etwa in der Hofburg, bereits erreicht haben.

Wieso, werden Sie fragen. Die Errichtungs-

gesellschaft, Auracher an der Spitze, wird nun zur Betriebsgesellschaft hochstilisiert. Vor allem die Sozialisten aus den Bundesländern, die auch etwas vom Fremdenverkehr verstehen, werden ja wissen, daß die Berufserfahrungen eines Baumeisters, eines Bauarbeiters und eines Hoteliers doch von jenen eines Konferenzarrangeurs verschieden sind.

Wenn Sie das einmal zu Ende denken, werden Sie draufkommen, daß es eigentlich nicht verständlich ist, warum die Errichtungsgesellschaft, die für einen Bau zuständig war, plötzlich befähigt sein soll, das schwierige internationale Geschäft des Konferenz-an-Land-Ziehens, des Konferenzarrangierens wirklich zustande zu bringen.

Da werden auch Hilfskonstruktionen wie jene, daß der Herr Zolles einen Konsulentenvertrag bekommt, daß das Mittelmanagement mit Know-how, wie man mir sagte, diese Dinge aufgefüllt bekommen soll, nichts helfen. Bitte, das alles wird nicht ersetzen können, daß Sie einige Türen weiter in der Hofburg ein fast weltweites Seltenheitsstück haben, nämlich eine positiv abschließende Konferenzbetriebsgesellschaft.

Aber nein, aus irgendwelchen innersozialistischen Weichenstellungen muß es bei der IAKW bleiben. Die Bau- und Errichtungsleute wechseln die Hüte und werden plötzlich international renommierte Konferenzexperten. Wie das funktionieren soll, kann ich wirklich nur mit dem Wort umschreiben: Das ist sozialistische Wirtschaftlichkeit. So überlegt man halt bei Sozialisten, wie man so ein Monster dann betreibt.

Ich glaube, Sie sollten sich überlegen, ob Sie nicht zumindest hier noch einen Ansatz hätten, die Betriebskosten von 100 Millionen jährliches Defizit auf vielleicht 80 Millionen herunterzuschrauben.

Was unter dem Strich aber bleibt — und damit möchte ich schließen —, ist, daß wir nach wie vor keinen Grund haben, dieser Konstruktion, diesen Vorstellungen für das Konferenzzentrum zuzustimmen. Wir werden heute gegen die IAKW-Gesetz-Novelle stimmen, weil wir zutiefst glauben, daß der Point of no return für dieses Gebäude schon längst überschritten wurde. Dies ist ein Faktum. Wir werden auch mithelfen, wo immer es geht, daß man dort Konferenzen hineinbringt, denn es wird ja irgendwann einmal ein österreichisches Faktum sein. Daher werden wir auch, wenn wir dann die Regierungsverantwortung haben, auch dort alle Bemühungen setzen,

7886

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

Steinbauer

Konferenzen hineinzubringen. (*Abg. R o p p e r t: Wo wollen Sie bei der Eröffnung sitzen?*)

Aber die Grundkonstruktion, die Sie heute noch ändern könnten, ist so unglücklich, daß Sie eine Defizitmaschine hier den Österreichern hingestellt haben und daß Sie leider diesen G'spaß Ihres ehemaligen Herrn Parteivorsitzenden mit den Geldern, mit den Milliarden der österreichischen Steuerzahler auch dort bezahlen müssen, wo Sie dem österreichischen Steuerzahler eingeredet haben, daß es arabische Gelder sind, daß es ihn gar nichts kostet. Es ist leider ein Faktum, daß mehr Überlegung und mehr Respekt vor dem Willen des Volkes, das sich immerhin im größten Volksbegehren dagegen ausgesprochen hat, ein besseres Ergebnis für Österreich erbracht hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*) 10.31

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

10.31

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist schon richtig, die parlamentarische Geschichte des Konferenzentrums ist inzwischen zu einer epischen Breite angewachsen. Ich würde sie trotzdem nicht mit „Dallas“ vergleichen. Dazu ist Kollege Steinbauer viel zu wenig dämonisch, da würde ich schon andere Rollen für ihn und andere Sendungen wissen, aber darüber möchte ich mich hier nicht näher auslassen.

Ich möchte mich auf jeden Fall hier im Gegensatz zu dieser Melodramatik, mit der Kollege Steinbauer dieses Thema behandelt, ganz nüchtern an die Fakten halten. Was heute neu ist, ist, daß wir hier einen Anhang zum Syndikatsvertrag vor uns haben, der zwischen den Gesellschaftern des Konferenzentrums abgeschlossen worden ist. In diesem Anhang ist vorgesehen, daß der Vorstand angewiesen wird, die Aufgaben der Geschäftspolitik, der Planung, des Marketing, der Vorbereitung und der Abhaltung von Konferenzen einer österreichischen Betriebsführungsgesellschaft zu übertragen. Diese Betriebsführungsgesellschaft wird das Gebäude des Konferenzentrums leasen und wird diese Aktivitäten, also die Abhaltung von Konferenzen, durchführen entsprechend den Richtlinien der österreichischen Bundesregierung. Wobei dann auch noch vorgesehen ist, daß diese Fragen, die die Durchführung der Konferenzen betreffen, nicht dem Mehrheitsverhältnissyndikatsvertrag und auch nicht dem Schiedsgericht unterliegen. Das ist ja der harte Kern,

aber in der sehr blumenreichen Rede des Kollegen Steinbauer ist dieser harte Kern überhaupt nicht erwähnt worden. (*Abg. Bergmann: Was ist der harte Kern?*) Der harte Kern ist, daß die Geschäftspolitik des Konferenzentrums, insbesondere eben die Konferenzpolitik, eine uneingeschränkte Frage der österreichischen Souveränität ist.

Erstens: Die entscheidenden politischen Weichenstellungen werden hier auf jeden Fall im österreichischen Interesse getroffen. Es gibt in diesen Fragen kein Vetorecht anderer Partner. Das sind die Fakten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Haben Sie den Vertrag jetzt gelesen, Herr Professor?*)

Dieses Addendum wurde am selben Tag, an dem es abgeschlossen wurde, den Klubs übermittelt. Das hat natürlich Kollegen Steinbauer nicht daran gehindert, sofort vorher zu sagen, daß das ein Geheimvertrag ist. Aber zumindest Kollege Steinbauer hat sein Fernschreiben dann zurückgenommen. Wahrscheinlich dauert es ein bißchen länger, bis von Steinbauer etwas zu Bergmann kommt, aber das soll ja mehrmals passieren. In Ihre klubinternen Probleme wollen wir uns nicht einmischen, da haben Sie genug zu tun. (*Abg. Bergmann: Sie können doch den Vertrag nicht gelesen haben, Herr Professor!*)

Ich möchte auf jeden Fall betonen: Das, was hier vorliegt, ist ja kein neuer Vertrag, aber es ist eine Kodifizierung und Sicherung einer Praxis, die nach unserem Erachten sicherlich auch schon von den ursprünglichen Regelungen zu erwarten gewesen wäre. Ich sage es ganz offen: Wir haben uns um diese Klärstellungen, die wir hier jetzt haben, bemüht, um eben auch der Österreichischen Volkspartei entgegenzukommen, weil es ja auch in unserem Interesse ist, daß für eine Einrichtung, die von so großer sicherheitspolitischer Bedeutung, die von so großer außenpolitischer Bedeutung wie das Konferenzzentrum ist, ein möglichst breiter Konsens geschaffen wird.

Leider ist es aber so, daß die ÖVP trotz dieser Änderungen nicht bereit ist, irgendwelche Reaktionen zu zeigen. Es hat uns enttäuscht, wenn auch nicht sehr überrascht, daß die ÖVP eben trotzdem hier bei ihrem Nein bleibt, offensichtlich nach dem Motte: Scheuklappen fest aufgesetzt, einmal dagegen, immer dagegen, egal, was hier wirklich an Fakten auftaucht.

Ich glaube, man muß doch hier ganz deutlich sagen — das zeigt sich ja auch gerade

**Dr. Nowotny**

wieder an der Rede, die Kollege Steinbauer heute gehalten hat —: Letztlich geht es im Kern um die Problematik, daß die ÖVP eben ab einem bestimmten Zeitpunkt gegen ein Konferenzzentrum bei der UNO-City war, obwohl sie vorher selber ein solches Konferenzzentrum geplant hatte, nur noch sehr viel größer als das, was jetzt tatsächlich errichtet wird. Und hier — das muß man auch bei dieser Gelegenheit sagen — zeigt sich ja deutlich eine durchgehende Linie, die offensichtlich die ÖVP-Politik in letzter Zeit beherrscht: das ist eine volle Analogie zu Zwentendorf. Auch dort die Situation: ursprüngliche Planung durch die ÖVP, ab einem bestimmten Zeitpunkt in der Opposition, dann plötzliches Umschwenken, weil man halt offensichtlich meint, mit einer populistischen Politik besser fahren zu können. Daraufhin auf einmal keinerlei Kompromißbereitschaft, keinerlei Eingehen auf Fakten und damit offensichtlich eine Politik, die letztlich — das, glaube ich, müssen Sie sich sagen lassen — völlig ungläubwürdig ist und mit der Sie sicherlich keine Erfolge erringen werden.

Die Grundfrage lautet: Errichtung eines Konferenzzentrums bei der UNO-City. Ich möchte hier ganz deutlich festhalten, daß dieser Beschluß der österreichischen Bundesregierung, bei der UNO-City ein Konferenzzentrum zu bauen, richtig war, richtig ist und daß sich diese Richtigkeit immer deutlicher herausstellt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bau dieses Konferenzzentrums war und ist richtig, auch in bezug auf die Entwicklung Wiens als dritte UNO-Stadt. Was das bedeutet, geht ja über den engeren Kreis der UNO weit hinaus. Es bedeutet, daß Wien und damit auch Österreich eine wesentlich verstärkte internationale Präsenz bekommt. Wenn Sie wirklich objektiv die Dinge betrachten, so sehen Sie ja, was sich allein in den letzten zehn Jahren in Österreich, in Wien geändert hat, wieviel stärker die internationale Präsenz geworden ist, was sich sowohl im kulturellen Bereich auswirkt als auch im wirtschaftlichen Bereich, wo es bereits eine Fülle von Repräsentanzen, von Handelshäusern hier gibt. All das sind eben Bereiche, die eine Gesamtpolitik darstellen, von der das Konferenzzentrum einen Teil, aber eben einen wichtigen Teil darstellt.

Zweitens: Das Konferenzzentrum war und ist auf Grund wirtschaftlicher Aspekte wichtig, und zwar sowohl in kurzfristiger als auch längerfristiger Betrachtung. Kurzfristig: Konjunkturpolitisch hat das Konferenzzentrum bewirkt, daß in einer sehr kritischen konjunk-

turellen Lage zusätzliche Impulse für die Bauwirtschaft geschaffen wurden.

Das ist natürlich nicht allein ausschlaggebend. Es wäre ja absurd, das zu behaupten. Aber es war eben einer der vielen kleinen Schritte, die dazu geführt haben, daß es uns in Österreich gelungen ist, einen massiven Einbruch in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Es ist einer der vielen kleinen Schritte, die dazu führen, daß wir in Österreich eine Arbeitslosenrate haben, die nur die Hälfte derer in Deutschland beträgt und nur ein Drittel derer in Großbritannien. Das sind eben Fakten, die Sie von der ÖVP immer gerne übersehen, die aber für die Österreicher, für die Zehntausenden Leute, die deshalb Beschäftigung haben, die sie sonst nicht hätten, von Bedeutung ist. Dazu war auch das ein Beitrag. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Über diese unmittelbaren Effekte hinaus hat das Konferenzzentrum natürlich auch weitergehende längerfristige wirtschaftspolitische Wirkungen, nämlich in der Erhöhung der internationalen Präsenz Österreichs, als Anziehungspunkt für den internationalen Konferenztourismus. Es hat erst vor kurzem eine Studie ergeben, daß gerade das eine der interessantesten Formen des Tourismus ist, denn da gibt es noch Reserven, während wir ja im übrigen Bereich schon an Kapazitätsgrenzen stoßen. Es ist eine besonders ausgabenintensive Form des Tourismus. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer Studie festgestellt, daß durch das Konferenzzentrum im Fremdenverkehrsreich über 3 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden; Dauerarbeitsplätze, die natürlich wieder mit einer entsprechenden Steuerleistung verbunden sind, wobei diese Steuerleistung wesentlich höher sein wird als die Kosten, die mit dem Betrieb eines Konferenzzentrums anfallen.

Es ist also ganz im Gegensatz zu dem, was der Kollege Steinbauer gesagt hat, keine Defizitmaschine, sondern es ist ein Impuls für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: Das sind ja alles keine theoretischen Überlegungen, sondern das sind Dinge, die Sie völlig praktisch sehen können. Wir haben heute in Wien — Sie brauchen ja nur die Ringstraße entlang zu fahren — einen Hotelbauboom in einem Ausmaß, in dem er in dieser Stadt noch nie geherrscht hat. Das bedeutet, daß ganz offensichtlich das Konferenzzentrum wesentlich in diese Überlegungen eingegangen ist.

7888

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

Dr. Nowotny

Die großen internationalen Konzerne, die in Österreich Hotels bauen, machen das ja nicht der Regierung zuliebe, sondern sie machen das, weil sie wissen, daß aus der Stellung Wiens als Kongreßstadt künftig wesentliche wirtschaftliche Chancen entstehen. Die wissen es, die ÖVP weiß es offensichtlich nicht oder will es nicht wissen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Was die Finanzierung des Konferenzzentrums betrifft, so muß man doch die kleine Anmerkung machen, daß das Volksbegehren, das die ÖVP gestartet hat, immer von einem 10-Milliarden-Projekt gesprochen hat. Die Fakten sind schlicht die, daß es tatsächlich nur ein Drittel dessen kosten wird, was aber von Kollegen Steinbauer in seiner noblen Art natürlich in keiner Weise erwähnt wird.

Ersten: Die Kosten sind wesentlich geringer als das, was ursprünglich angenommen wurde. *(Abg. Ing. Hobl: Das ist ja, was die ÖVP gesagt hat!)* Ja, was sie gesagt hat und womit sie ja noch immer hausieren geht, weil sie sich denkt, zwischen 3 Milliarden und 10 Milliarden Schilling ist offensichtlich kein so großer Unterschied. Für den Kollegen Steinbauer. Aber für Leute, die rechnen können, ist es halt doch ein bißchen ein Unterschied. *(Abg. Ing. Hobl: Das sind ja die mit dem schwarzen Koffer!)*

Ja, aber das hört er sich zur Sicherheit lieber nicht mehr an, denn sein Auftritt ist ja vorbei. Der Schauspieler ist in die Garderobe zurückgegangen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Die Finanzierung selber ist so, daß es sich hierbei um einen Dollar-Kredit *(Abg. Helga Wieser: Ja, Dollar!)* mit einer zumindest 14jährigen Laufzeit handelt; einen Dollar-Kredit mit 6 Prozent Zinsen, wobei die Zinszahlungen in Schilling zu leisten sind. Wenn es sich um einen Schilling-Kredit handelt, kommt eine 25prozentige Prämie dazu. Die Verzinsung, die sich daraus ergibt, beträgt bei 14jähriger Laufzeit 7,1 Prozent, je länger die Laufzeit, desto geringer; bei 20 Jahren würden sich etwa 6,6 Prozent ergeben.

Nun sind von seiten der ÖVP eine Reihe von Einwänden gemacht worden. Interessanterweise heute nicht vom Kollegen Steinbauer, der sich offensichtlich nicht in diese Fakten einlassen will, aber doch immerhin im Ausschuß.

Erster Einwand: die Frage des Kursrisikos. Das ist natürlich richtig. Mit jedem Fremdwährungskredit ist ein Kursrisiko verbunden.

Das gilt aber genauso etwa für einen Fremdwährungskredit, den zum Beispiel, wie gerade jetzt geschehen, die Genossenschaftliche Zentralbank oder die Giro-Zentrale aufnimmt. Und in all diesen Fällen ist es natürlich so, daß eben die Überlegung gemacht wird, ob es denn sinnvoll ist, dieses Risiko eines Fremdwährungskredites mit abzuwägen gegenüber den Vorteilen günstigerer Konditionen. Und so wie bei den großen Banken ist das offensichtlich in diesem Fall geschehen.

Es bleibt damit die Frage der Konditionen. Und wenn wir uns die Zinsenkonditionen anschauen, so können wir feststellen, daß wir hier eine eindeutig günstigere Situation haben als vergleichbare Lösungen.

Ich muß dazu sagen: Die ganze Konstruktion über eine Beteiligungsgesellschaft ist ja nur aus dieser Ratio heraus zu verstehen, daß das eben für die arabischen Partner die Möglichkeit war, diese günstigen Konditionen einzuräumen. Sonst wäre es ja für den arabischen Raum schwierig gewesen, einen unmittelbaren Kredit zu vergeben, der sehr viel günstiger ist als das, was sie sonst auf den Kapitalmärkten tun.

Vergleicht man aber jetzt die Verzinsung dieses österreichischen Kredits mit 6 bis 7 Prozent mit den Zahlen, die sich auf den internationalen Kapitalmärkten ergeben — ich habe hier von der letzten Ausgabe der „Neuen Zürcher Zeitung“ die Liste der aufliegenden Auslandsanleihen, und da sieht man, daß für Auslandsanleihen in Dollar die Verzinsung von etwa zwischen 11 7/8 bis 12 Prozent verlangt wird —, dann ergibt sich folgender Unterschied: auf der einen Seite 11 7/8 bis 12 Prozent, auf der anderen Seite 6 bis 7 Prozent. Wenn das keine deutlich besseren Konditionen sind, dann weiß ich nicht, was Sie noch mehr verlangen wollen.

Drittens: Es wird immer argumentiert, daß diese günstigere Verzinsung aber nur deshalb zustande kommt, weil ja hier auf Steuern und Abgaben verzichtet wird.

Nun muß man ganz klar sehen, daß nach der Bundesabgabenordnung Rechtsgeschäfte auf Grund ihrer wirtschaftlichen Betrachtungsweise zu sehen sind. Und in der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist das natürlich eindeutig ein Kredit, und das jetzige Addendum verstärkt noch diesen Kreditcharakter. Auch wenn eine österreichische Bank — wiederum etwa die Genossenschaftliche Zentralbank — einen Kredit im Ausland aufnimmt, so muß der Kreditgeber keine Steuern



**Dr. Nowotny**

in Österreich zahlen. Das heißt, wir haben hier völlig dieselbe Konstruktion, wir haben völlig dieselbe Situation, wie sie halt bei jedem anderen Auslandskredit gegeben ist.

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt sind finanzierungsseitig hier deutlich günstigere Konditionen festzustellen.

Letzter und meines Erachtens wichtigster Punkt: Der Vertrag, der uns hier vorliegt, ist sicherlich nicht isoliert zu sehen, sondern als Teil einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen Österreich und den arabischen Staaten und darüber hinaus der Dritten Welt insgesamt, in der ja gerade die arabischen Staaten eine erhebliche Rolle spielen.

Das hat unmittelbar Konkurrenzvorteile für das österreichische Konferenzzentrum, weil damit ein Interesse besteht, gerade auch der Dritten Welt, in dieses Konferenzzentrum zu gehen. Ich habe erst vor kurzem in einer Schweizer Zeitung gelesen, daß etwa die Genfer, die ja ebenfalls über ein großes Konferenzzentrum verfügen, gerade wegen dieses Konkurrenzvorteils Österreichs, nämlich der arabischen Beteiligung, sehr beunruhigt sind. Sie eben meinen, das wird für Wien ein Vorteil sein, über den Genf nicht verfügt. Die Genfer wissen das, die ÖVP weiß es offensichtlich nicht.

Darüber hinaus wird diese Zusammenarbeit für die vielen Unternehmen, sowohl für private wie für staatliche, die von der Zusammenarbeit mit dem arabischen Raum, mit der Dritten Welt profitieren, von Bedeutung sein. Das sind hunderte Firmen, die sehr wohl wissen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Die Firmen wissen es, die ÖVP weiß es nicht oder will es halt wieder einmal nicht wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Erstens: Die vorliegenden Verträge sind außen- und sicherheitspolitisch positiv für Österreich. Sie waren das auch schon in der ursprünglichen Fassung. Sie sind jetzt noch exakter, noch sicherer geworden, um der Österreichischen Volkspartei entgegenzukommen, was aber offensichtlich nicht honoriert wird.

Zweitens: Die Finanzierungsregelungen sind eindeutig positiv.

Drittens: Wirtschaftlich bietet dieses Konferenzzentrum eine Chance für die Ausweitung von hochwertigen Dienstleistungen in Österreich und für positive langfristige Kontakte

mit dem arabischen Raum und mit der Dritten Welt.

Insgesamt handelt es sich hier um ein positives Projekt. Wir begrüßen dieses Projekt, wir werden diesem Gesetz zustimmen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) <sup>10.46</sup>

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kabas.

<sup>10.46</sup>

**Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Willen der ÖVP wird heute der 999. Aufguß dieser Debatte hier im Hause abgehalten. (Abg. Dr. Höchtl: Ich glaube, Sie können nicht zählen!) Es hat wirklich schon jeder den Eindruck, daß es der 999. ist, Herr Kollege Höchtl.

Die ÖVP wendet sich nach wie vor — auch heute wieder — gegen dieses Konferenzzentrum. Und das ist doch irgendwo ein Schwund an Realitätssinn dieser Partei.

Ich möchte der ÖVP folgendes Zitat vor Augen halten:

„Nach unserer Auffassung ist die Verbindung von Wien als UN-Sitz oder als Sitz von Sekretariatseinheiten und Wien als Konferenzstadt mit einem der Bedeutung der Bundeshauptstadt angemessenen Konferenzzentrum untrennbar verbunden.“

Dieses eindeutige Bekenntnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, stammt nicht etwa von der Sozialistischen Partei und schon gar nicht von der Freiheitlichen Partei, sondern dieses eindeutige Bekenntnis, daß das Konferenzzentrum untrennbar mit den UNO-Einrichtungen in Wien verbunden ist, stammt von der ÖVP, und zwar aus dem Jahr 1975. Im Minderheitsbericht zum damaligen Untersuchungsausschuß steht dieses Bekenntnis schwarz auf weiß, unterzeichnet von drei ÖVP-Abgeordneten, die jetzt auch noch im Hohen Haus sind, nämlich von Dr. König, Dr. Blenk und Dr. Ermacora. Sie haben ja das Konferenzzentrum unter Bundeskanzler Klaus 1967 erfunden, und Sie haben bis weit in die siebziger Jahre immer wieder dieses Konferenzzentrum gefordert, noch dazu die größte Variante für eine Gesamtkapazität für 8 700 Personen. Sie haben dann Ihre Meinung um 180 Grad geändert und sind jetzt gegen das Konferenzzentrum. Es kann sicher einmal vorkommen, daß man seine Meinung ändert ... (Abg. Dr. Höchtl: Ein oft zu beo-

7890

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Mag. Kabas**

*achtender Prozeß bei der FPÖ!*) Herr Dr. Höcht! Solange der Bau nicht stand, konnte man im theoretischen Raum diskutieren. Aber als dann der Bau stand, wollten Sie davon nichts mehr wissen. Da laufen Sie ins Leere, wenn Sie immer noch fordern, der Bau soll nicht stehen, wenn er schon da ist.

Bei Regierungseintritt fanden wir die Situation vor, daß der Rohbau bereits stand und 1,8 Milliarden Schilling verbaut beziehungsweise rechtswirksam verplant waren. Der heute schon vom Abgeordneten Steinbauer zitierte Point of no return war damals im April/Mai 1983 bereits überschritten.

Steinbauer als Konferenzzentrumssprecher Ihrer Partei hat es erst zwei Monate später erkannt. Er hat eben eine etwas längere Leitung gehabt. Aber die Situation im April/Mai war genauso wie im August 1983, als er sich endlich einmal von sich aus über die Reichsbrücke bequeme, sah, daß der Rohbau schon stand, und sagte: Der Point of no return ist überschritten, es gibt kein Zurück mehr. Trotzdem haben Sie damals gesagt, es soll ein Baustopp verfügt werden. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)* Herr Präsident Graf! Ein Baustopp sollte verfügt werden, und Sie wollten wieder eine Ruine in der österreichischen Landschaft stehen lassen um 1,8 Milliarden Schilling, die bereits verplant und verbaut waren.

Das wäre im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum sicher eine unverantwortliche Politik gewesen. *(Abg. Graf: Was heißt hier: Wieder eine Ruine?)* Weil auch dieses Konferenzzentrum aus Ihrer Alleinregierungszeit stammt, Herr Präsident. Halten Sie sich doch das vor Augen. *(Abg. Graf: Wegen Zwentendorf wenden Sie sich an den Herrn Vizekanzler Steger, an den Energieminister!)*

Wir Freiheitlichen haben in den Regierungsverhandlungen folgendes erreicht — das hat auch in der Regierungserklärung seinen Niederschlag gefunden; ich zitiere jetzt wörtlich die Regierungserklärung —: „Um die Stellung Österreichs als Fremdenverkehrsland und Stätte der internationalen Begegnung zu stärken, wird das von der Bundesregierung 1967 beschlossene Österreichische Konferenzzentrum in der kostengünstigsten Weise fertiggestellt werden.“

Die Regierungserklärung wurde bereits erfüllt. Einerseits wurde beschlossen, die ursprünglich von der ÖVP geplante Gesamtkapazität von 8 700 Personen auf 5 900 Personen zu reduzieren. Andererseits werden die

Baukosten nicht 5 Milliarden Schilling, sondern 3,5 Milliarden Schilling betragen, die Baukosten wurden also um über 30 Prozent reduziert. Das ist tatsächlich ein großer Erfolg der Bundesregierung.

Aber Ihr Abgeordneter Steinbauer hat noch etwas anderes hier in diesem Haus behauptet, und zwar vor nicht ganz zwei Jahren, daß nämlich dieser Bau 10 Milliarden Schilling kosten wird. Und da muß man doch wirklich sagen, daß das vollkommen neben der Realität gelegen ist. Man kann daraus nur den Schluß ziehen, daß dieser Bau den Österreichern so teuer gekommen wäre, wenn die ÖVP etwas zu sagen gehabt hätte.

Auf die Finanzierungsfragen ist mein Vordner Prof. Dr. Nowotny schon sehr ausführlich eingegangen. Ich möchte dieses Thema nur ganz kurz streifen und bemerken, daß man in diese Finanzierungsfragen auch die Umwegrentabilität miteinbeziehen muß, und da schaut das Ganze natürlich etwas anders aus.

Die in der Zwischenzeit stattgefundenen Verhandlungen mit den arabischen Vertragspartnern haben weitere Verbesserungen und Präzisierungen gebracht. Die Souveränitätsrechte Österreichs werden in keiner Weise berührt. Die Aufgaben der Geschäftspolitik, Planung, Marketing, Konferenzvorbereitung und Konferenzabhaltung werden einer österreichischen Betriebsführungsgesellschaft übertragen. Gleichzeitig ist es gelungen, die Haftungen für den Bund zu verringern.

Man muß sich auch vor Augen halten, daß die Errichtung doch sehr wesentliche arbeitsmarktpolitische Impulse ausgelöst hat. Zirka 2 000 Menschen finden hier Arbeit, und das ist natürlich für die Wiener Bauwirtschaft von großer Bedeutung, denn wären dieser Bau und die Folgebauten, zu denen ich gleich kommen werde, jetzt nicht in Arbeit, dann wäre natürlich die Situation für die Wiener Bauwirtschaft noch wesentlich schwieriger.

Durch den zusätzlichen Konferenztourismus können — das hat Prof. Dr. Nowotny schon erwähnt — schätzungsweise mehr als 3 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Es gibt derzeit in Wien einen Hotelbauboom, weil die internationalen Hotelgesellschaften davon ausgehen, daß Wien ein Standort mit zusätzlichem Konferenztourismus wird; man muß dazu sagen, daß das private Kapitalgesellschaften sind, die Marktanalysen angestellt haben und zu dem Schluß gekommen sind: Es zahlt sich aus, hier in Wien in Hotels

**Mag. Kabas**

zu investieren. Es wird hier zweifellos das Beste daraus gemacht. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Obwohl wir Freiheitlichen sicher nicht zu den Vätern dieses Projekts gehören, wir aber, als wir in die Verantwortung einrückten, vor vollendeten Tatsachen standen, bemühen wir uns jetzt, zusammen mit dem Koalitionspartner, das Beste daraus zu machen, weil wir eben Realisten sind und nicht einfach an einem Rohbau vorbeisehen, so wie Sie von der ÖVP. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die derzeit einen sehr negativen Zug in Ihrer Politik verfolgen, begehen jedoch eine Kindesweglegung, und eine Kindesweglegung war noch zu keiner Zeit eine akzeptierte Handlung, daß gilt zweifellos auch für die Politik. Die Steinbauer-ÖVP betreibt politische Kindesweglegung und sieht an der Wirklichkeit vorbei.

Man kann hier wirklich nicht von einer verantwortungsvollen Politik der ÖVP sprechen, weil aus den von mir genannten Gründen dieser Bau einfach eine Realität ist. Weil wir uns demgegenüber bemühen, das Beste daraus zu machen, werden wir auch diesem Finanzierungsgesetz unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* <sup>10.59</sup>

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Burgstaller.

<sup>10.59</sup>

**Abgeordneter Burgstaller (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Einige Sätze zu meinem Vorredner, zum Herrn Abgeordneten Kabas. Herr Abgeordneter! Wenn Sie hier von Kindesweglegung sprechen, so ist das falsch. Die Österreichische Volkspartei respektiert das größte Volksbegehren der Zweiten Republik, dazu stehen wir. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: Auch dann noch, wenn der Bau schon steht!)*

Zum Herrn Professor Nowotny. Herr Professor! Sie sollten eigentlich der Volkspartei sehr dankbar sein, daß sie im Bundesrat diese Finanzierungsvariante beeinsprucht hat, denn nur das hat Ihnen die Möglichkeit gegeben, jene Korrekturen anzubringen, die Sie heute als positiv gepriesen haben. Das hätten Sie zumindest hier sagen sollen, wenn Sie schon davon gesprochen haben, Sie werden die Fakten ganz nüchtern behandeln; ich hatte leider nicht den Eindruck. *(Zwischenruf bei der FPÖ. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mitte Mai 1982 haben 1 361 562 Bürger das Volksbegehren gegen die Errichtung des Konferenzzentrums unterschrieben. Und im April 1985 quälen Sie sich noch immer mit der Finanzierung des Konferenzzentrums herum, eines Konferenzzentrums, das 70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher nicht wollen! *(Abg. Haigermoser: Wieviel Prozent?)* Ich weiß nicht, Herr Kollege, ob Sie bei den 70 Prozent dabei sind. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Haigermoser.)* Sie sollten aber zuhören, denn Ihnen entgeht da sicher etwas! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Rufen wir uns doch die wesentlichen Entscheidungen, die die größte Mißachtung des Volkes seit Bestehen der Zweiten Republik durch die Sozialisten darstellen, in Erinnerung:

Im Jahre 1981 plakatierten der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky und der Bürgermeister Gratz, sie erklären verbindlich, daß das Konferenzzentrum erst in wirtschaftlich besseren Zeiten gebaut wird. *(Abg. Haigermoser: Die sind jetzt da, die besseren Zeiten!)* Da können Sie nicht einmal die Zahlen interpretieren, bitte, schauen Sie doch nach! Noch niemals haben wir soviel Arbeitslose gehabt, Herr Kollege. Das sollten Sie nachlesen! *(Ruf bei der FPÖ: Bessere Zeiten . . .!)*

Knapp vor dem Volksbegehren hat man von der sozialistischen Seite versucht, den Bürgern einzureden, sie brauchen nicht abzustimmen, weil das Konferenzzentrum sowieso nicht gebaut wird.

Und dann, meine Damen und Herren, unterschreiben 1,4 Millionen Österreicherinnen und Österreicher und erteilen diesem Projekt eine sehr deutliche und klare Absage. Kreisky und Fischer sichern eine sachliche und faire Behandlung dieses Volksbegehrens zu.

Und sechs Wochen nach dem größten Volksbegehren der Zweiten Republik gab Dr. Kreisky den Bauauftrag, noch bevor der parlamentarische Ausschuß sich mit dieser Problematik befassen konnte.

Das ist nicht nur eine Mißachtung des Volkes, sondern auch eine Verhöhnung der Abgeordneten in diesem Haus! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es hat ja sehr abenteuerliche Argumente gegeben — zum Teil hat sie der Herr Professor Nowotny wiederholt —, warum dieses

7892

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Burgstaller**

Konferenzzentrum gebaut werden muß. Völkerrechtliche Verpflichtungen wurden vorgetäuscht, angeblich verbindliche Beschlüsse der Volkspartei wurden erfunden, und vor allem stand die Arbeitsplatzfrage im Mittelpunkt sozialistischer Überlegungen.

Kreisky teilte damals, 1982, der staunenden Öffentlichkeit mit — wir haben es heute wiederum gehört —, daß angeblich 3 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Mit diesen Dauerarbeitsplätzen wäre zumindest eine Auslastung in diesem Konferenzzentrum erreicht. Aber nicht einmal das ist bisher erfolgt, wie wir aus der Pressekonferenz des zuständigen IAKW-Chefs Auracher gehört haben. Zwei Konferenzen, meine Damen und Herren, zwei Veranstaltungen wurden bisher, für 1987, gebucht, über weitere zwanzig wird verhandelt, aber nicht etwa für 1987, sondern für die Jahre danach.

Und bei den damaligen Ausschußverhandlungen wurde uns von namhaften internationalen Konferenzexperten mitgeteilt, daß für den Abschluß dieser Konferenzen in dieser Größenordnung vier bis fünf Jahre in Betracht gezogen werden müssen.

Hohes Haus! Die damaligen Ausschußberatungen haben ergeben:

Es besteht für Österreich keine völkerrechtliche Verpflichtung, dieses Konferenzzentrum zu bauen.

Dieses Konferenzzentrum wird betriebswirtschaftlich nicht zu führen sein, und es muß mit einem jährlichen Verlust von 80 bis 100 Millionen gerechnet werden.

Der internationale Konferenztourismus ist rückläufig, und mit einer auch nur annähernden Auslastung dieses Konferenzzentrums kann nicht gerechnet werden.

Der Konkurrenzkampf — auch in dieser von mir bereits erwähnten Pressekonferenz wurde darauf hingewiesen — mit anderen Konferenzzentren, wie beispielsweise der Hofburg, wird zu einem internen vernichtenden Preiskampf führen.

Die Finanzierung ist nicht gesichert.

Die Belastungen des Steuerzahlers werden steigen.

Und vor allem wird hier ein bleibender Verlustträger geschaffen.

Alle Punkte, meine Damen und Herren, Hohes Haus, aus den damaligen Ausschußberatungen haben sich bisher voll und ganz bestätigt! Das Kreisky-Denkmal kommt den Österreicherinnen und Österreichern sehr teuer zu stehen. Sie sollten, meine Damen und Herren von der linken Seite, dem Altbundeskanzler die Stelle eines Geschäftsführers anbieten, damit er mit seinen internationalen Kontakten wenigstens halbwegs für eine Auslastung dieses Konferenzzentrums sorgen kann.

Hohes Haus! Und nun zur Finanzierung.

Insgesamt hat es zwölf unterschiedliche Finanzierungsvarianten gegeben, von der eigenen nationalen Gesellschaft bis zu: Der Bund und Wien kaufen das Konferenzzentrum. Große Hotelkonzerne sind plötzlich als Interessenten aufgetaucht, aber noch schneller wieder untergetaucht, Vorzugsaktien wurden gehandelt, und dann hat es Finanzierungsfristen gegeben. Ich bin bei meinen Recherchen auf insgesamt 18 Finanzierungsfristen gekommen. Jeder Häuselbauer, der eine derartige Finanzierung, wie eine Bundesregierung hier ein wichtiges Finanzprojekt abwickelt beziehungsweise vollzieht, an den Tag legen würde, würde sich schämen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Letztlich — ich habe schon darauf hingewiesen — hat der Bundesrat durch seinen Einspruch verhindert, daß dritte Mitfinanziers über dieses Konferenzzentrum, das auch von den sozialistischen Spitzenfunktionären niemand wollte, das den Steuerzahler enorm belastet, bestimmen, welche Konferenzen dort abgehalten werden. Und hierfür, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist dem Bundesrat ganz besonders zu danken!

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Bau des Konferenzzentrums erfolgte gegen den Willen des Volkes und stellt die größte Mißachtung der direkten Demokratie durch die Sozialisten dar.

Die nunmehr durchgeführte Finanzierung mit ausländischer Beteiligung ist keine optimale Finanzierung und für mich auch ein Grund, warum der Herr Finanzminister Vranitzky nicht anwesend ist. (*Rufe bei der SPÖ: Er ist ja da! Also bitte! — Abg. Graf: Er ist anwesend!*) Bitte um Entschuldigung! (*Abg. Graf: Wenn er sich nicht umdreht, sieht er ihn nicht!*) Hohes Haus! Ich entschuldige mich beim Finanzminister, ich habe nicht gesehen, daß er hinten hereinkam. Ich bitte um Entschuldigung.

**Burgstaller**

Trotzdem bleibt offen, daß der Herr Professor Nowotny erklärt: Das ist eine günstige Finanzierung! — Wir haben es bisher vom Herrn Finanzminister noch nicht gehört; vielleicht hören wir es heute. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Preiskampf mit anderen internationalen Konferenzzentren, wie beispielsweise der Hofburg, wird zu weiteren Verlusten führen.

Sie muten, meine Damen und Herren, dem österreichischen Volk zu, für das Konferenzzentrum, das die Bürger nicht wollten, noch kräftig zu zahlen.

Steuerschillinge für sozialistische Prestigebauten, Steuerschillinge für die Mißachtung der Volksmeinung, Steuerschillinge für sozialistische Überheblichkeit, Steuerschillinge für ein Kreisky-Denkmal: Die Volkspartei lehnt daher entschieden die 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.09

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

11.09

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenstand der heutigen Verhandlungen ist ein Einspruch des Bundesrates. Der Bundesrat hat am 11. Juli 1984 die 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, die am 28. Juni 1984 hier beschlossen wurde, beeinsprucht, und wir haben uns heute mit diesem Einspruch zu beschäftigen.

Es ist Sache des Bundesrates, der zweiten Kammer der Bundesgesetzgebung, einen Beschluß des Nationalrates zu beeinspruchen. Ich glaube aber, daß auch einiges, was den Stil dieses Einspruches betrifft, angemerkt werden soll: die Begründung. In dieser Begründung heißt es auf Seite 1, daß der Beschluß vom 28. Juni 1984 auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky erfolgte. Ich zitiere wörtlich: „Auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat die sozialistische Fraktion des Nationalrats den Wunsch der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auf den Bau des Konferenzzentrums zu verzichten, abgelehnt.“

Erste Feststellung: Keine Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hat sich jemals gegen den Bau dieses Konferenzzentrums ausgesprochen. Und die Mehrheitspartei hat

dieses Konferenzzentrum, das von einer ÖVP-Regierung erfunden wurde, beschlossen und in die Tat umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Bundesratseinspruch geht also von einer falschen Feststellung aus. Und wenn man von einer falschen Feststellung ausgeht, kann man meines Erachtens nicht zu einer richtigen Schlußfolgerung kommen. *(Abg. Heinzinger: Das war Sokrates!)* Die Logik sagt einem das. Wenn Sie eine andere Logik haben, dann verstehe ich Ihre Vorgangsweise. *(Abg. Bergmann: Sachlich falsch!)*

Meine Damen und Herren! In der Begründung wird unterstellt, daß dieser Beschluß auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky zustande gekommen wäre. Das ist eine Unterstellung, die einen Vorgang der Meinungsbildung in der Regierungspartei in abwertender Weise darzustellen versucht, und dagegen muß man sich verwahren.

Es ist des Bundesrates nicht würdig, derartige Unterstellungen in der Begründung eines Einspruches anzuführen. Ich glaube, daß es der Begründung eines Bundesratseinspruches nicht würdig ist, wenn es da heißt: „Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 hat sich mit dem Eintritt in die sozialistische Koalitionsregierung auch die FPÖ zum Bau des Konferenzzentrums bekannt.“

Die FPÖ hat sich mehrmals, und zwar völlig zu Recht, dagegen verwahrt, daß diese Koalitionsregierung von der Opposition als sozialistische Koalitionsregierung bezeichnet wird. Und das findet sich jetzt als Begründung in einem Bundesratseinspruch!

Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Parlament, im Nationalrat, die Rechte des Bundesrates erst vor kurzem erweitert. Wir haben Respekt vor der zweiten Kammer, aber sie sollte bei ihren Beschlüssen darauf achten, diesem Respekt gerecht zu werden.

Ich komme zu einem dritten Punkt in dieser Begründung, einem mir unverständlichen Punkt. In dieser Begründung des Einspruches des Bundesrates wird auch von einem schlechten Gewissen der Bundesregierung gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist wohl eine sehr schlechte Formulierung. Es ist dies eine Formulierung, die eines Beschlußtextes des Bundesrates unwürdig ist.

Der Bundesrat sagt dann, daß er den Einspruch erhebt, weil durch diese Vertragskon-

**Dr. Veselsky**

struktion die Araber alle Vorteile hätten, die Österreicher aber alle Nachteile.

Wir sind anderer Auffassung; wir, die wir geprüft haben, warum sich die ÖVP schon in der Zeit, als sie noch Regierungsverantwortung trug und als sie auch noch eine staatstragende Funktion in diesem Lande ausübte, dazu bekannte, das Konferenzzentrum zu bauen. Wir sind der Auffassung, daß das Konferenzzentrum Österreich zugute kommt, daß es der internationalen Zusammenarbeit zugute kommt; daran hat sich nichts geändert. Wir sind der Auffassung, daß dieser Bau im Interesse der internationalen Zusammenarbeit liegt, daß dieser Bau im Interesse der österreichischen Bevölkerung liegt, weil damit mehr Sicherheit für uns ausgestrahlt wird, weil wir damit auch dauernde Sekundärwirkungen und auch eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit erwarten können. Wir glauben nicht, daß das bedeutet, daß alle Nachteile bei uns liegen und alle Vorteile bei den Arabern.

Wir sind daher der Meinung, daß dieser Einspruch des Bundesrates zu Unrecht erfolgte und werden auf unserem Beschluß beharren.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns bei dieser Gelegenheit auch mit dem beschäftigen sollen, was die ÖVP sagte, daß uns nämlich dieser Bundesratseinspruch Gelegenheit zur Verbesserung des Vertragswerks gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Um der Wahrheit die Ehre zu geben: In der Sitzung des Nationalrates vom 28. Juni 1984 bemerkte ein einziger ÖVP-Redner, und zwar so nebenbei, daß hier gewisse Probleme entstehen könnten, wenn der arabische Partner ein gewisses Konferenzgeschehen nicht wollen würde. Es war aber nicht die ÖVP, die das... (*Abg. Steinbauer: Aber wir haben doch...!*)

Herr Kollege! Ich gebe Ihnen ja recht. Ich möchte nur sagen, daß dieses Argument, das nur Sie gebracht hatten — ich habe mir das angeschaut —, scheinbar Ihren Bundesratskollegen gar nicht so wichtig war. Diese haben nämlich am 11. Juli darauf überhaupt nicht Bezug genommen, sie haben ihren Einspruch aus ganz anderen Gründen formuliert.

Wir sind aber der Meinung, daß Ihre Überlegung von damals sehr wohl eine gewisse Beachtung wert wäre, insbesondere deswegen, weil inzwischen einige Zeit vergangen ist. Aus diesem Grund hat es nun der Finanz-

minister Dr. Vranitzky auf sich genommen, eine schriftliche Präzisierung zu erreichen, die alle Zweifel ausräumen soll; Zweifel, ob die mündlichen Zusicherungen auch halten würden.

Meine Damen und Herren! Um klar die Wahrheit auszusprechen: Nicht die ÖVP als Ganzes hatte solche Bedenken, nicht die ÖVP-Mehrheit des Bundesrates, richtigerweise: Es war Kollege Steinbauer! Wir haben diesen Bedenken inzwischen auch Rechnung getragen und haben daher heute dazu eine Abänderung beantragt und zur Abstimmung vorgelegt. Wir glauben, daß damit ein weiterer positiver Schritt getan wird.

Ich glaube, daß wir uns — das möchte ich am Schluß sagen —, wenn wir schon auf eine lange Reihe von Sitzungen zu diesem Thema zurückblicken, auch von Legenden trennen sollen. Die ÖVP soll nicht so tun, als ob sie mit dem Konferenzzentrum nichts zu tun hätte. In der Zeit ihrer Alleinregierung wurde von ihr der Bau dieses Konferenzzentrums ins Auge gefaßt.

Wenn Sie jetzt immer von den 1,4 Millionen Österreichern, die sich in einem Volksbegehren dagegen ausgesprochen haben, reden — es waren weniger als 1,4 Millionen, Herr Kollege Steinbauer —, dann vergessen Sie bitte auch nicht diesen Salto mortale, dessen es bedurfte, damit es zu diesem Volksbegehren kam. Sie, die Sie das Konferenzzentrum erfunden hatten, hatten in Ihrer Jein-Politik, in Ihrem Aufgeben aller Positionen, den Menschen in Österreich vorgegaukelt, dieses Konferenzzentrum richte sich gegen die Interessen der Österreicher. Sie haben sie irreführt; rühmen Sie sich dessen nicht. Es war nichts, dessen Sie sich berühen sollten.

Meine Damen und Herren! Wir haben jene staatstragende Funktion erfüllt, deren Sie jetzt nicht mehr fähig sind. (*Abg. Graf: Bremsen Sie sich ein mit dem „staatstragend“!*) Wir bauen jetzt dieses Konferenzzentrum, das Sie ins Auge gefaßt und beschlossen hatten, das wir unter Ihrer Verantwortung internationalen Organisationen öffentlich versprochen hatten. (*Abg. Steinbauer: Verbindlich wird es gebaut!*)

Während wir hier Ihr Nachkeppeln erleben, ist zum Glück der Bau dieses Konferenzzentrums so weit fortgeschritten, daß es seiner Vollendung entgegengeht. Österreich und Österreichs Wirtschaft werden davon profitieren.

**Dr. Veselsky**

Ich lade Sie heute schon ein, bei der Eröffnung dabei zu sein, so wie Sie bei der Eröffnung der Donauinsel dabei waren, gegen die Sie auch gewettert haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.20

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich erteile es ihr.

11.21

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne auf Herrn Abgeordneten Veselsky zu sprechen kommen und sagen: Die Form der Kritik, die er hier am Bundesrat geübt hat, ist einmalig. *(Abg. Dr. Veselsky: Begründet!)* Ich hoffe, daß sie auch einmalig bleiben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Veselsky! Theatralisch haben Sie schon des öfteren versucht, der Österreichischen Volkspartei anzuhängen, daß wir internationale Verpflichtungen zum Bau des Konferenzzentrums eingegangen sind. *(Abg. Dr. Veselsky: Jawohl!)*

Sie selbst waren im Ausschuß und Sie selbst haben die Stellungnahmen gehört. *(Abg. Dr. Veselsky: Als Vorsitzender! Nicht nur im Ausschuß!)* Ja, ich weiß. Umso trauriger ist es, daß Sie es nicht ... *(Abg. Dr. Veselsky: ... daß Sie nicht zugehört haben! — Abg. Graf: Sie wollen sagen, Sie waren ein trauriger Vorsitz, aber Sie lassen sie nicht zu Wort kommen!)* Herr Kollege Veselsky! Ich möchte sagen, daß Sie den internationalen Ausdruck „letter of intent“ nicht lesen können. Ich bedaure, daß Sie das bis jetzt nicht verstanden haben. Denn es besteht überhaupt keine völkerrechtliche Verpflichtung, dieses Konferenzzentrum zu bauen. Die ÖVP ist keine derartige Verpflichtung eingegangen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das muß man immer wieder festhalten, weil Sie hier ständig mit Unwahrheiten aufwarten, und das müssen wir zurückweisen.

Außerdem möchte ich sagen, es hat mich eigenartig berührt, daß sich Herr Finanzminister Vranitzky zu dieser Thematik überhaupt nicht zu Wort gemeldet hat, nämlich zu den Änderungen des Vertrages, die er in Verhandlungen durchgeführt hat, die aber leider Gottes nicht das erbracht haben, was wir uns vorgestellt haben, daß nämlich bei der Führung des Konferenzzentrums wirklich Österreich alleinbestimmend ist. Denn das ist im Vertrag nicht geändert worden. Im Vertrag ist lediglich festgehalten, daß im Aufsichtsrat Öster-

reich den Vorsitzenden stellt, aber es ist nicht so beim Vorstand. Der ist paritätisch besetzt, und da können immer wieder Einsprüche der arabischen Partner erfolgen. Das ist nicht ausgemerzt worden. Das ist also ein Erfolg der arabischen Partner, aber nicht ein Erfolg der österreichischen Bundesregierung, sondern ein Mißerfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte auch darauf hinweisen — was mich nämlich besonders vom wirtschaftlichen Standpunkt aus interessiert —, daß wir in unserem Minderheitsbericht anlässlich der Behandlung des Volksbegehrens zum Konferenzzentrum auch vom Betriebsabgang sprachen, den dieses Konferenzzentrum traurigerweise erreichen wird. Und da haben wir festgestellt — darin sind wir jetzt bestärkt worden durch den Vorstand der IAKW —, daß der jährliche Betriebskostenabgang zwischen 70 und 100 Millionen Schilling liegt. Nichts anderes haben wir vorausgesagt.

Was mich umso trauriger stimmt, ist, daß man sich, wenn das Konferenzzentrum schon gebaut wird, nicht überlegt hat, wie es eigentlich geführt werden soll, daß es die Auslastung erbringt. Da wird herumgedoktert, und das ist bitte für einen Finanzminister und Wirtschaftsminister nicht in Ordnung!

Man führt den Bau des Konferenzzentrums durch, obwohl man noch lange nicht weiß, wie es ausgelastet wird. Seit 1982, als mit dem Bau begonnen worden ist, müßte sich schon jemand dafür interessieren, wie es ausgelastet wird. Jeder Fremdenverkehrsmanager weiß, daß Kongresse in Größenordnungen mit 5 000 Leuten fünf bis zehn Jahre vorgeplant werden. Heute schreiben wir das Jahr 1985. 1982 begann man mit dem Bau, aber man hat sich über die Auslastung dieses Konferenzzentrums überhaupt nicht den Kopf zerbrochen.

Jetzt erst hat man beschlossen, daß die IAKW, die für den Bau zuständig ist, auch für das Kongreßmanagement zuständig ist, um ja nicht das erfolgreiche Management des Hofburgkongreßzentrums heranzuziehen. Und dabei, finde ich, geht es — unter uns gesagt — um eine Cliquenwirtschaft. Die eine Clique will nicht, daß die andere Clique etwas tut. Das geht aber zu Lasten des Steuerzahlers, und dagegen verwahre ich mich. Wenn es um Machtkämpfe geht, dann nur, um für den Steuerzahler etwas erfolgreich durchzuführen. Ich möchte dagegen sprechen, daß eine Gruppe eine andere Gruppe zu Lasten der Steuerzahler austricksen will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

7896

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

Ingrid Tichy-Schreder

Erst jetzt wurde ein Manager bestellt, ein Konsultantenvertrag abgeschlossen, wobei sich jemand erst darum kümmern soll, daß Konferenzen kommen.

Meine Damen und Herren! Wie lässig man mit dem Geld des österreichischen Steuerzahlers umgeht, ist erschütternd, es sind erst zwei Konferenzen, für 1987, vorgesehen. (*Abg. Dr. Reinhart: ... bei Zwentendorf!*) Herr Dr. Reinhart! Ich bitte Sie! Ich bitte Sie! Ihre Zwischenrufe sind wirklich signifikant, darauf gehe ich gar nicht ein.

Wichtig ist doch die Frage: Wie führt man das Konferenzzentrum? Führt man es so, daß für 1987 bis jetzt erst zwei Konferenzen vorgesehen sind, dann wird das dazu führen, daß alle Inszenierungen von der Wiener Stadthalle in das Konferenzzentrum kommen. Wenn jetzt die Wiener Stadthalle und das Konferenzzentrum gemeinsam gemanagt werden, kann man sich vorstellen, wie groß das Defizit wird, nämlich noch höher als die 70 bis 100 Millionen Schilling.

Ich ersuche Sie dringend, danach zu trachten, daß das Management endlich installiert wird und daß mit Hochdruck daran gearbeitet wird, daß man diese Konferenzzentren auch auslastet. Daß es schwierig wird, ist klar. Sie haben ja unseren Rat, sich den Ausbau der Hofburg beziehungsweise des Messepalastes zu überlegen, nicht befolgt. Daß ein Konferenzzentrum, das am Rande der Stadt liegt, schwieriger auszulasten ist, haben alle Studien, die erstellt worden sind, bewiesen, und es wurde gezeigt, daß kein Mensch mehr auf der Welt am Rande der Stadt Kongreßzentren baut.

Umso eher ist es verpflichtend und notwendig, sich um die Auslastung zu bemühen und sich nicht so viel Zeit zu lassen wie Sie, nicht so zu largieren. Das heißt, der Steuerzahler wird für den Abgang noch viel stärker aufkommen müssen, als wir es seinerzeit gesagt haben, nämlich, Sie werden mit diesen Beträgen nicht durchkommen.

Meine Damen und Herren! Was die Finanzierung betrifft, so konnten Sie nichts anderes bewirken, als daß hier die Araber Geld zu günstigsten Konditionen steuerfrei anlegen können, und das geht auch zu Lasten der österreichischen Steuerzahler.

Wie schwierig es ist, den Vertrag zustandezubringen, haben wir ja gesehen. Sind es auch nur kleine Änderungen, die vorgenommen werden konnten, so müssen wir doch

dem Bundesrat danken, daß er den Einspruch durchgeführt hat. Wir hoffen aber, daß in Zukunft solche Verträge sorgfältiger geplant und sorgfältiger durchgeführt werden, als es bis jetzt geschehen ist.

Aber eines müssen wir immer wieder festhalten, und wir gehen nicht davon ab: Dem Willen der Österreicher, dieses Konferenzzentrum nicht zu bauen, ist man von Ihrer Partei nicht nachgekommen, und das Geld, das Sie für dieses Konferenzzentrum aufwenden, wäre den Österreichern durch eine Steuerreform anstelle dieses Konferenzzentrums viel besser zugute gekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.29

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 598 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

**2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (570 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird (599 der Beilagen)**

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Heindl: Herr Präsident! Hohes Haus! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das freiwillige Umsteigen



**Dr. Heindl**

auf umweltfreundliche Kraftfahrzeuge unterstützt werden. Neuzulassungen von schadstoffarmen Fahrzeugen und technische Änderungen an bereits zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugen werden begünstigt, Neuzulassungen von anderen Fahrzeugen dagegen in Form einer künftig erhöhten Besteuerung erschwert. Durch diese Zweipoligkeit der fiskalischen Maßnahmen soll der umweltpolitisch gewünschte Effekt wesentlich verstärkt werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 9. April 1985 in Verhandlung genommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf mit der dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

11.31

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Nationalrat wird heute ein Gesetz beschließen, das in einer interessanten und wichtigen Form versucht, Interessen der Wirtschaft und des Umweltschutzes zu vereinen. Allen ist klar, daß neben Hausbrand und Wirtschaft auch der Verkehr zu den großen Umweltverschmutzern zählt. Obwohl der Verkehr, der motorisierte Verkehr, bekanntlich ja nur 30 Prozent des Energiewertes der fossilen Brennstoffe verbraucht, produziert er dennoch 70 Prozent Stickoxid, Kohlenmonoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen.

Die Österreicher jagen, schrieb der „Trend“, jährlich per Druck auf das Gaspedal rund 2,4 Millionen Tonnen Super- und Normalbenzin durch die Vergaser ihrer Pkws. Dabei gelangen natürlich eine ganze Reihe von recht grauslichen Substanzen in die Atmosphäre, so etwa 500 Tonnen Blei,

600 000 Tonnen Kohlenmonoxid, 60 000 Tonnen unverbrannte Kohlenwasserstoffe und ebensoviel Tonnen Stickoxide.

Man soll es sich natürlich jetzt nicht so einfach machen und auf das Auto und die Autofahrer hinschlagen. Das Auto ist längst Teil unserer Kultur geworden, und man muß auch anerkennen, daß gerade die Automobilindustrie in den letzten Jahren sehr viel getan hat, um die Umweltprobleme zu verringern.

Offensichtlich hat der Markt funktioniert: Der große Ölpreisschock im Jahr 1973 hat immerhin bewirkt, daß seither in der Automobilproduktion Typen auf den Markt gekommen sind, die halb soviel Treibstoff verbrauchen wie Modelle von früher, was natürlich die Umweltprobleme deutlich verringert hat. Der Markt hat also funktioniert.

Mein verehrter Lehrer, der Nationalökonomieprofessor Erich Streissler an der Wiener Universität, hat immer gesagt: Das ist ja das Faszinierende an der Marktwirtschaft, daß sie das produzieren kann, was die Konsumenten von ihr haben wollen. Als nach dem Krieg etwa die Integration der sozialen Frage in die Marktwirtschaft gewünscht war, ist sie eben zur sozialen Marktwirtschaft mutiert. Und wenn heute, so sagt Professor Streissler, die Marktwirtschaft grüner als in der Vergangenheit gewünscht wird, dann ist der Markt durchaus in der Lage, eine grünere Wirtschaft anzubieten.

Und so ist international eine Diskussion in Gang gekommen, wie man die Autos noch umweltfreundlicher als bisher produzieren kann. Auch Österreich hat dabei mitgetan. Anfang des Jahres hat die Bundesregierung einen Zeitplan ausgearbeitet, der ein rasches Entgiften unserer Autos vorgesehen hat.

Gemäß Beschluß der Bundesregierung vom Jänner sollte die US-Abgasnorm 1983 für neu zugelassene Diesel-Pkws ab 1986, für Benzin-Pkws über 1,5 l Hubraum ab 1987 und für die übrigen neu zugelassenen Pkws ab 1988 gelten. Die Anschaffung von solchen Katalysatorautos sollte durch Prämien gefördert, die Anschaffung von Benzin-Pkws ohne Katalysatoren durch eine erhöhte Kfz-Steuer belastet werden.

Österreich wäre damit das erste Land Europas gewesen mit den strengen US-Abgasnormen. Die gesamte EG wird die US-Norm erst weitaus später einführen. So weit, so gut.

Es sei durchaus auch anerkannt, daß diese

7898

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Dr. Schüssel**

Pläne der Bundesregierung in der Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen wurden und praktisch einhellige Zustimmung gefunden haben. Sie wurden auch von der Opposition und von der österreichischen Wirtschaft begrüßt. Denn gerade in einer Marktwirtschaft ist es sehr wichtig, daß es Klarheit gibt über das, was kommt. Klarheit ist besser als Unsicherheit! Wobei — nebenbei bemerkt — der Staat noch dazu ein recht gutes Geschäft bei dieser Regelung macht.

Er gibt ja nur scheinbar eine großzügige Prämie an den Autokäufer zurück. In Wirklichkeit kostet ein Katalysatorauto zwischen 15 000 und 20 000 S mehr. Allein die Mittel an Mehrwertsteuer — 32 Prozent Luxussteuersatz! —, die dem Staat zusätzlich zufließen, machen weit mehr aus als die Prämie, die auf der anderen Seite gegeben wird. Die Zahlen, die nicht eine mißgünstige Opposition, sondern das Wirtschaftsforschungsinstitut veröffentlicht hat, sind signifikant. An Prämien werden etwas über 1 Milliarde, nämlich 1,2 Milliarden Schilling ausgeschüttet, die steuerlichen Mehreinnahmen durch die erhöhten Kosten für Katalysatorautos werden aber beinahe 2 Milliarden Schilling betragen. Sie geben also 1,2 Milliarden und nehmen 2 Milliarden! Auch deshalb spricht so manches dafür, daß man die Prämie eher höher ansetzt — in der Bundesrepublik war ja eine weit höhere Förderung in Diskussion — und sie vor allem länger auszahlt.

Aber all das, was ich bisher gesagt habe, ist eigentlich Geschichte. Das war vor den Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften. Die Regierung hatte damals die begründete Hoffnung, die Europäischen Gemeinschaften würden es uns nachmachen und mit Österreich mitziehen. Diese Hoffnung war trügerisch! Die französische, englische und italienische Autoindustrie, selbst mit dem Rücken zur Wand stehend, hat diesen Zeitplan und die frommen Wünsche der österreichischen Regierung über den Haufen geworfen.

Die Europäischen Gemeinschaften haben einen anderen Zeitplan, der bezüglich der Abgaswerte noch immer nicht ganz genau feststeht. Es wird erst im Juni 1985 weiterverhandelt. Und wenn man die EG ein bißchen kennt, kann man wohl damit rechnen, daß vor einem Jahr nichts wirklich präzise feststehen wird.

Klar ist aber eines: Die EG werden erst ab 1989 zwingend für größere Neuwagen die US-Abgaswerte vorschreiben und für neue Klein-

wagen überhaupt erst obligatorisch ab den Jahren 1993 und 1994. Das heißt, die Hoffnung der Regierung ist geplatzt, die Europäischen Gemeinschaften würden, atemlos und begeistert durch das österreichische Beispiel, mitziehen.

Es haben sich nun die sozialistischen Sprecher im Finanzausschuß bitter darüber beklagt und gesagt, unser Weg sei der richtige, die Europäischen Gemeinschaften lägen falsch und würden es schon noch sehen. — Mag sein, möglicherweise haben Ihre Sprecher damit recht. Vielleicht ist es sogar wahrscheinlich, daß die EG hier falsch liegen. Aber was hilft uns das? Ist nicht die Frage berechtigt: Was ist für uns, für Österreich als kleines, außenwirtschaftlich sehr verflochtenes Land besser: weiterzumarschieren auf dem bisher beschlossenen Weg, mit dem Kopf durch die Wand einen Alleingang zu probieren, oder flexibel auf die neue Situation in der EG zu reagieren? Kann es sich Österreich leisten — ich frage wirklich die nachfolgenden Sprecher der Koalitionsparteien, Ing. Hobl —, sich von den Europäischen Gemeinschaften abzukoppeln? Ist ein österreichischer Alleingang sinnvoll? — Ich glaube nicht. Dafür sprechen sowohl ökologische wie auch wirtschaftliche Gründe.

Lassen Sie mich das ganz kurz begründen.

Erstens: Eine Lösung geht meiner Meinung nach nur europaweit, international oder zumindest in größeren Regionen, und sie geht dann immer noch langsam und schrittweise.

Zweitens: Österreich ist ein Fremdenverkehrs- und Transitland. Es geht ja nicht nur um die österreichischen Autos. Es passieren jährlich 40 bis 50 Millionen Pkws unsere Grenzen.

Wenn wir also für die Umwelt etwas tun wollen — und wir stehen dazu —, dann genügt es nicht, wenn nur wir in Österreich etwas tun, dann müssen auch die anderen mitgehen.

Wirtschaftlich gesehen, glaube ich, daß unsere Bedenken berücksichtigungswert sind, denn immerhin haben wir in den letzten Jahren eine beeindruckende österreichische Zulieferindustrie aufgebaut, mit 15 Milliarden Schilling Produktionswert und 18 000 Beschäftigte. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren von den Koalitionsparteien, diese internationalen Zuliefergeschäfte werden nicht aus Liebe zu uns gemacht. Sie werden nicht deshalb gemacht, weil wir so sympa-

**Dr. Schüssel**

thisch, so nett sind oder gar weil wir einen Alleingang machen. Es ist eine sehr harte kommerzielle Welt, in der sich das Ganze abspielt.

Ein Alleingang Österreichs — ich behaupte es nicht, aber es ist möglich — könnte wirtschaftliche Probleme aufwerfen. Die Autoproduzenten müßten zum Beispiel eigene Österreichmodelle produzieren.

Die Modelle für den US-Markt sind ja für Österreich nur unter der Bedingung verwertbar, daß die Technologie ebenfalls zur Gänze übernommen wird.

Die EG-Prüferzertifikate könnten nicht anerkannt werden. Man müßte neue Prüfungen in Österreich machen.

Die Österreichmodelle würden auf Grund der wesentlich kleineren Stückzahl natürlich teurer werden. Ferner ist die Frage, ob sich nicht österreichische Firmen, die Zulieferindustrien an Produzenten in Italien oder Frankreich sind, wesentlich schwerer tun würden, weil die Hersteller von Modellen mit kleinerem Hubraum aus technischen Gründen keine Katalysator-Fahrzeuge anbieten können.

Dazu kommt noch das Problem der Treibstoffversorgung. Bleifreies Benzin wird eben flächendeckend erst ab 1989 zwingend erforderlich sein. Der ÖAMTC hat selber veröffentlicht, Italien und Jugoslawien werden heuer nur an wenigen strategischen Punkten bleifreies Benzin anbieten. Hoffentlich wird es nächstes Jahr besser werden.

Ungarn und die Tschechoslowakei werden erst Anfang 1986 umrüsten; Belgien, Niederlande, Luxemburg und DDR bieten ein sehr lückenhaftes System an; Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Irland, Polen und Türkei haben sich überhaupt nicht geäußert, jedenfalls nicht positiv; Frankreich, Spanien und Portugal warten vorläufig ab.

Daraus soll man jetzt nicht den Schluß ziehen, daß für Österreich kein Spielraum vorhanden wäre. Wir glauben aber, daß man flexibel auf diese neuen EG-Beschlüsse reagieren sollte. Wir glauben, daß man versuchen sollte, die Termine etwas hinauszuschieben.

Ich glaube, daß dies auch keinen Gesichtverlust der Regierung bedeuten würde, denn die Beschlüsse der Regierung wurden gefaßt, bevor die EG-Beschlüsse erfolgten, und ich glaube daher, daß uns gar kein Stein aus der

Krone fällt, wenn wir jetzt eben unsere Pläne und unseren Fahrplan modifizieren.

Ich stelle daher den Antrag, den vorgesehenen Fahrplan um zwei Jahre hinauszuschieben.

**Abänderungsantrag**

der Abgeordneten Dr. Schüssel und Kollegen zur Regierungsvorlage (570 der Beilagen) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird, in der Fassung des Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses (599 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Im Artikel I ist im § 5 Abs. 5 Z 1 die Zitierung „1987“ durch die Zitierung „1989“ und die Zitierung „1988“ durch die Zitierung „1990“ zu ersetzen.

2. Im Artikel I ist im § 5 Abs. 5 Z 4 die Zitierung „1986“ jeweils durch die Zitierung „1988“ und die Zitierung „1987“ jeweils durch die Zitierung „1989“ zu ersetzen.

3. Im Artikel I ist im § 5 Abs. 7 lit. a die Zitierung „1986“ durch die Zitierung „1988“ zu ersetzen.

4. Im Artikel I ist im § 5 Abs. 7 lit. b die Zitierung „1985“ durch die Zitierung „1987“ zu ersetzen.

Ich fasse zusammen:

Erstens: Österreich wäre immer noch, selbst mit diesem modifizierten Etappenplan, Musterknabe und ein Vorreiter gegenüber den Europäischen Gemeinschaften.

Zweitens: Wir hätten aber die Klarheit, was in Österreich wirklich passiert. Es wäre kein Blindflug in eine ungewisse Zukunft. Übrigens enthält Ihr Energiebericht die Passage, daß Sie einen „Gleichklang mit den Nachbarstaaten“ anstreben.

Drittens: Es wäre die wirtschaftliche Zukunft unserer Zulieferindustrie und der Arbeitsplätze in diesem Bereich besser abgesichert.

Viertens: Wir hätten gleichzeitig auch Zeit — das ist gar nicht unwichtig —, in diesem Zeitraum eine Reform der KFZ-Besteuerung vorzunehmen, damit kämen wir von der reinen Hubraumbesteuerung weg zu einer leistungsbezogenen.

**Dr. Schüssel**

Fünftens: Wir erwarten uns, daß die Regierung so wie bisher auch in Hinkunft das Gespräch mit der Wirtschaft sucht und in Absprache, in Kooperation mit den betroffenen Stellen vorgeht.

Wir sagen ja zum Umweltauto, wie die Wirtschaft so auch die Österreichische Volkspartei. Ein Alleingang, ein Abkoppeln vom europäischen Weg wäre allerdings ein schwerer Fehler, sowohl ökologisch wie auch wirtschaftlich. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.45

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schüssel und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Ing. Hobl. Ich erteile es ihm.

11.46

Abgeordneter Ing. Hobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Oktober des vergangenen Jahres haben sich beim Pariser Autosalon — als die europäischen Entscheidungen über umweltfreundlichere Automobile nur in Form von Prospekten bekannt waren — die führenden Techniker aller großen Automobilfabriken der Welt die Frage gestellt: Bringen die Politiker die Ingenieure um? Auch in österreichischen Fachzeitschriften waren viele Interviews abgedruckt, die mit führenden Technikern der großen Automobilfabriken der Welt geführt wurden.

So hat Professor Ernst Fiala, ein Wiener, Vorstandsmitglied für Forschung und Entwicklung der Volkswagenwerke, auf die Frage „Sind die Ingenieure nicht leistungsfähig genug gegenüber politischen Forderungen?“ gesagt: Ja, die Ingenieure können alles, nur können sie nicht alles auf einmal, denn so viele Ingenieure gibt es gar nicht. Es war auch der Wunsch von Professor Fiala, man möge doch endlich einmal die politischen Zielsetzungen nennen, die man erreichen will, um umweltfreundlichere Automobile auf den Straßen der Welt zu haben.

So hat zum Beispiel der Präsident von Peugeot bei dieser Gelegenheit gesagt: Die Unentschlossenheit der Politiker, ihre Wankelmütigkeit grenzt an das, was auch eine Autoindustrie akzeptieren kann.

Oder ein Vorstandsmitglied der Nissan-Motor-Company hat gesagt: Wir werden aus der Tatsache, daß etwa in Deutschland eine

Geschwindigkeitsbegrenzung eingeführt wird, keine Vorteile ziehen können. Aber wir waren trotz unserer Geschwindigkeitsbegrenzungen, trotz der Abgasvorschriften, die in Japan seit Jahren nur mit dem Katalysator erfüllt werden können, in der Lage, Autos für alle Märkte zu entwickeln. Wir haben auch Hochgeschwindigkeitswagen entwickelt, die bis zu 250 Kilometer pro Stunde laufen. Wir haben seit zehn Jahren mindestens 10 Millionen besonders abgasarme Autos für Japan und die USA produziert, uns macht das alles, was in Europa vorgeht, keine Schwierigkeiten mehr. Aber manchmal ist der Katalysator nicht der einzige Weg, wenn wir Stickoxide beseitigen wollen, es genügt manchmal schon eine Abgasrückführung, um diese Ziel zu erreichen.

Ich zitiere da nur ein paar prominente Vertreter der Weltautomobilwirtschaft, die eindeutig beweisen: Gibt es klare Zielvorgaben, so ist die Automobilindustrie, wie es Kollege Dr. Schüssel auch gesagt hat, nicht nur ab heute, sondern schon in den letzten zehn Jahren bereit und in der Lage gewesen, erhebliche Verbesserungen im Verbrauch, im Sinne einer Verringerung, zu bringen, was natürlich auch eine geringere Emission an Schadstoffen gebracht hat, aber auch erhebliche Verbesserungen beim Schadstoffausstoß.

Wenn wir bei der Gelegenheit die Frage stellen: Ist die Schadstoffreduktion im Automobilverkehr dringend oder nicht? — Schüssel hat zu diesem Punkt schon die Zahlen genannt, ich möchte mir das ersparen —, so sagen uns alle, die sich damit beschäftigen, daß es ja ein dringendes Anliegen ist.

So hat zum Beispiel Univ.-Prof. Dr. Lenz schon im Vorjahr eine umfangreiche Arbeit über Emission von motorisiertem Straßenverkehr und Schädigungen der Umwelt geliefert — ich zitiere aus der Schlußfolgerung —: „Das Waldsterben stellt eine existentielle Bedrohung für unser Land dar. Bei einem andauernden und zunehmenden Verlauf des Waldsterbens drohen bereits kurz bis mittelfristig lokal begrenzte Auswirkungen von katastrophalem Ausmaß. Es steht außer Frage, daß einer solchen Entwicklung dringend Einhalt geboten werden muß.“

In den Schlußfolgerungen heißt es:

„Die Stickoxid- und Kohlenwasserstoff-Emissionen müßten gegenüber heute um rund 70 Prozent reduziert werden, um wieder das Ausmaß von 1960 zu erreichen. Für eine Rückführung auf den Stand von 1950 wäre eine Reduktion um 90 Prozent erforderlich.“

Ing. Hobl

Diese Zielvorgabe wird nicht zuletzt auch dadurch gestützt, daß eine etwa diesem Ausmaß entsprechende Verminderung der Stickoxid- und Kohlenwasserstoff-Emissionen notwendig ist, um die großräumig auftretenden hohen Ozonkonzentrationen auf ein tragbares Maß zu senken.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Wissenschaftler sagt: „Kurz- und mittelfristig gibt es bereits katastrophale Auswirkungen in lokalen Bereichen.“

Auch der Österreichische Forstverein ist in vielen Publikationen dafür eingetreten, rasch Maßnahmen zu setzen, weil er, wie ich glaube, der richtigen Meinung ist, daß die einzige Gegenstrategie gegen das Waldsterben eine Verbesserung der Luft ist, also die Luftreinhaltung.

Das Institut für Föderalismusforschung hat sich im Dezember 1984 unter dem Titel „Umweltbürokratie statt Umweltschutz?“ damit auseinandergesetzt, das Umweltbundesamt kritisiert und dann gemeint: „Statt derartiger organisatorischer Raffinessen stünde es dem Bund wohl besser an, im Rahmen seiner umfassenden Zuständigkeiten auf den Gebieten des Gewerberechtes, Kraftfahrzeugwesens und Forstrechtes endlich die notwendigen Sofortmaßnahmen zu treffen, um die Umweltbelastungen wirkungsvoll an ihrem Ursprung zu treffen.“

Also auch ein der Regierung nicht nahestehendes Institut erhebt die Forderung nach Sofortmaßnahmen und verneint ein Hinausschieben.

In einer Umweltzeitschrift wird ebenfalls über das Waldsterben geschrieben. Es heißt in der Zeitung „Unsere Umwelt“ vom Dezember des Vorjahres: „Durch Waldsterben Millionenschäden bei Bauern.“ Ich zitiere:

„Das Waldsterben ist nicht nur eine Umweltkatastrophe höchsten Ausmaßes, es verursacht zudem Millionenschäden bei den Waldbauern“, erklärt der Direktor des NÖ Bauernbundes, Ing. Johann Penz. „Allein das Beispiel Niederösterreich macht diese verheerende Wirkung deutlich. Von insgesamt 700 000 Hektar Wald in Niederösterreich kann man 70 000 Hektar als geschädigt ansehen“.

Dann heißt es: „Ursache dieser Schädigung ist die Luftverunreinigung, wie wissenschaftlich einwandfrei feststeht.“

Penz sagt weiters: „Es ist daher ein Gebot

der Stunde, die Emissionen an der Quelle so gründlich zu reduzieren, daß durch die Abgase keinerlei Schäden mehr hervorgerufen werden können.“

Penz verlangt von der Regierung Sofortmaßnahmen, um alle Emissionsquellen, natürlich auch die Kraftfahrzeuge, abzuschaffen.

Nun erörterte hier Kollege Dr. Schüssel die Frage, ob man nicht die Termine der Förderung hinausschieben soll, weil die EG andere Maßnahmen beschlossen haben. Herr Kollege Dr. Schüssel! Wir haben diese Frage auch in unserer Fraktion eingehend diskutiert, als die wichtigen, grundsätzlichen Terminergebnisse der EG vorgelegen sind, und haben uns entschlossen, beim Fahrplan, den die Bundesregierung vorgelegt hat, zu bleiben.

Gestützt hat uns dabei noch die Erklärung der bundesdeutschen Bundesregierung über die Ergebnisse des EG-Umweltrates in Brüssel vom 29. März dieses Jahres. Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, hat vor dem Bundestag die Frage der EG-Blei-Richtlinie erörtert und folgendes ausgeführt:

„Die am 21. März verabschiedete Benzinglei-Richtlinie hat die Grundlage dafür geschaffen, daß in ganz Europa bleifreies Benzin sofort angeboten werden kann. Darüber hinaus haben sich die EG-Staaten verpflichtet, ab 1. Oktober 1989 bleifreies Benzin in ausreichender Menge anzubieten.“

Die Bundesrepublik wird bis Ende dieses Jahres“ — also bis Ende 1985 — „mit mehr als 2 000 Zapfsäulen über ein flächendeckendes Netz von bleifreien Tankstellen verfügen. Bereits jetzt sind es weit über 1 000.“

Ebenfalls bieten Österreich, die Schweiz, die Niederlande, Dänemark und Schweden bereits heute bleifreies Benzin an. Italien wird bald folgen. Auch verschiedene osteuropäische Länder einschließlich der DDR haben ab 1986 verbindliche Zusagen gemacht.“ — Dies sagte Bundesinnenminister Zimmermann am 29. März vor dem Deutschen Bundestag.

Er führte in dieser seiner Rede weiter aus:

„Wir alle müssen unseren Beitrag zu einer möglichst frühzeitigen Verringerung der Schadstoffbelastung unserer Wälder leisten. Wir stehen nicht alleine.“

**Ing. Hobl**

Vor allem die Nicht-EG-Staaten, die es hier leichter hatten“ — ich bin dafür, daß wir bei diesem „Leichterhaben“ und unseren Maßnahmen bleiben —, „wie Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland und Norwegen, haben uns bisher in unserer Vorreiterrolle kräftig unterstützt.“

Zimmermann mußte allerdings unter EG-Druck, und zwar vor allem der Briten, der Franzosen und der Italiener, zurückstecken.

Zimmermann erklärte weiters am 29. März 1985 vor dem Deutschen Bundestag:

„Wir wissen, daß sich Österreich und die Schweiz nach unseren ursprünglichen Plänen gerichtet haben und sie auch national durchsetzen konnten“ — wir treffen ja heute wieder eine wichtige Maßnahme —, „weil es für sie keine Europäische Gemeinschaft gibt, wie Sie an der Grenze zu diesen beiden Ländern, verehrter Kollege“ — das ist eine Antwort an einen Redner —, „ja sicher am besten wissen.“

Zimmermann weiter in dieser Rede:

„Ich appelliere insbesondere an diese Staaten“ — also an Österreich und an die Schweiz —, „auf ihrem Kurs zur Einführung des umweltfreundlichen Autos und bleifreien Benzins zu bleiben. Die Bundesregierung wird sie weiterhin ihrerseits unterstützen.“

Herr Kollege Dr. Schüssel! Nicht zuletzt die Rede des Bundesinnenministers Dr. Zimmermann hat uns darin bestärkt, beim Zeitplan zu bleiben. Das ist mit ein Grund dafür, daß wir dem von Ihnen heute vorgelegten Abänderungsantrag nicht zustimmen werden.

Unsere Maßnahmen sind völlig klar für die österreichischen Autofahrer. Ich möchte auch von dieser Stelle aus jenen Österreicherinnen und Österreichern, die sich in diesen Tagen überlegen, ob sie sich ein neues Auto und welches neue Auto sie sich kaufen sollen, folgenden raten:

Überlegen Sie, ein Automobil, das einen Motor von mehr als 1 500 cm<sup>3</sup> Hubraum hat, zu kaufen, so können Sie sich bis zum 30. September dieses Jahres das Auto aussuchen, das Ihnen am meisten gefällt. Sie haben in keiner Weise Nachteile, weder fiskalisch noch sonstige. Kaufen Sie sich aber ein solches Auto nach dem 1. Oktober dieses Jahres, so würde ich Ihnen doch empfehlen: — Überlegen Sie sich den Kauf eines Autos mit Katalysator oder eines Autos mit Dieselmotor.

Für jene Österreicherinnen und Österreicher, die sich überlegen, ein Automobil zu kaufen, das einen Motor von weniger als 1 500 cm<sup>3</sup> Hubraum hat, verschieben sich diese Termine um ein Jahr, also bis 30. September 1986. Dann stellt sich auch für sie die Frage, ob ein Auto mit Katalysator oder ein Auto mit Dieselmotor.

Auch die Förderungen, die wir hier geben, sind erheblich besser, als sie nun in der Bundesrepublik auf Grund des Einflusses der Staaten der Europäischen Gemeinschaften getätigt werden müssen.

Sollte sich ein Österreicher heute dazu entschließen, ein Auto zu kaufen, das einen Ottomotor und einen Katalysator hat, so bekommt er nach dem 1. Oktober eine Prämie von 7 000 S. Auf die untere Lebensdauer des Autos von zehn Jahren gerechnet, ersparen sich die Besitzer 16 200 S an Kraftfahrzeugsteuer, sodaß insgesamt — da rechne ich keine Verzinsungen hinein — ein Betrag von 23 200 S kassenwirksam wird.

In der Bundesrepublik Deutschland ist diese Förderung erheblich reduziert worden, sie ist zeitlich begrenzt, und zwar auf fünf Jahre und einen Monat, und würde im gleichen Fall nur eine Förderung von 15 372 S ergeben. Zimmermann hatte anderes vorgehabt, etwa so wie wir in Österreich, aber der EG-Einfluß hat hier die bundesdeutsche Regierung zu Reduktionen gezwungen.

Für ein Fahrzeug unter 1½ Liter Hubvolumen beim Motor — da geht ja derzeit die Frist um ein Jahr länger in Österreich — bekommt man auch ab dem 1. Oktober dieses Jahres die 7 000 S Prämie vom Finanzamt ausbezahlt. Weiters ergibt sich — auch auf die untere Lebensdauer von zehn Jahren gerechnet — eine Kfz-Steuerersparnis für dieses Auto mit Katalysator von 7 200 S. Also insgesamt handelt es sich um eine Förderung — auch wieder ohne Verzinsung gerechnet — von 14 200 S. Die Bundesrepublik kann einem solchen Autofahrer nur eine Förderung von 5 222 S zukommen lassen.

Es ist daher verständlich, daß das Bundesgremium für den österreichischen Fahrzeughandel Ende März, etwa zur selben Zeit, zu der der Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer den Plan vertreten hat, den Dr. Schüssel jetzt vorgelegt hat, etwas völlig Richtiges getan hat, im Unterschied zum Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer. Es hat in den österreichischen Zeitungen ganzseitige Inserate aufgegeben:

Ing. Hobl

„Bundesgremium für den österreichischen Fahrzeughandel. An Österreichs Autofahrer! Jetzt ist alles klar.“

Ich will jetzt nicht den ganzen Text vorlesen, aber die Schlußfolgerung des Bundesgremiums für den österreichischen Fahrzeughandel ist nach wie vor gültig.

„Jetzt ist alles klar. Entscheiden Sie sich frei nach Ihrem Gewissen!“ — etwa nach den Kalkulationsgrundlagen, die ich gerade vorher ausgeführt habe — „Ein vielfältigeres Angebot als jetzt wird es nie wieder geben. Über kostengünstiges und umweltfreundliches Autofahren informiert Sie Ihr Autohändler.“

Ich bin überzeugt, daß die Funktionäre der Bundeswirtschaftskammer das Gremium gerügt haben, daß es so eine positive Annonce — und die stimmt auch — abgegeben hat.

Auch da zeigt sich ... (Abg. Dr. Schüssel: *Kein Wort wahr!*) Pardon? (Abg. Heinzinger: *Kein Wort wahr!*) Ach so. Na dann höre ich mit Vergnügen, daß auch die Funktionäre der Bundeskammer der Meinung des Gremiums des Autohandels sind. Danke, Herr Kollege Dr. Schüssel. Ich nehme sofort die Vermutung zurück, die ich gehabt habe. (Abg. Heinzinger: *Ein intelligentes Gesetz brauchen wir!*) Bitte? Ich verstehe Sie nicht. (Abg. Heinzinger: *Ein intelligentes Gesetz zu machen, ist entscheidend!*) Ja. Das haben Sie ja bestätigt, daß das Gesetz intelligent ist, denn es geht Ihnen ja nur um Jahreszahlen. Das ist keine Frage von Intelligenz, das möchte ich ganz deutlich sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier habe ich beispielsweise einen Brief von BMW Österreich, datiert mit 17. Oktober vorigen Jahres, in dem unter anderem steht:

„Vom Gesetzgeber müßte gefordert werden, daß die einzuführenden Verordnungen nicht vom US-Standard abweichen, um neue Entwicklungsarbeiten zu vermeiden, die sich in der Kürze der Zeit nicht verwirklichen lassen.“

Also auch die Produzenten sind der Meinung, daß die Terminentscheidungen richtig sind. Ein Hinausschieben würde nur die auch von mir befürworteten Marktkräfte weiter verunsichern. Wenn wir wollen, daß der Markt sichere Entscheidungen treffen kann, dann soll man die Fristen nicht lang machen, sondern kurz.

Auch die Ford-Motor-Company, die ich erst vor wenigen Tagen in ihrem Hauptwerk in Köln besucht habe, hat gesagt: Besser eine klare kurzfristige Entscheidung als langfristiges Lavieren auch hinsichtlich der Vorschriften.

Die jetzige Debatte zeigt ja wieder, daß die Umweltprobleme noch nicht ausreichend ökonomisiert sind. Der heutige Gesetzesbeschluß ist aber ein Beitrag zur Ökonomisierung der Umweltprobleme auf einem beschränkten Sektor, nämlich dem des Kraftfahrzeuges. Ich meine nämlich, daß wir unpolitische Maßnahmen nicht nur ökologisch effizienter, sondern auch ökonomischer gestalten sollen. Wir sollten uns überlegen — nicht nur jetzt beim Automobil, sondern überhaupt bei den Umweltproblemen —, die Schutzwirksamkeit jeder investierten Geldeinheit, also jedes österreichischen Schillings, zu erhöhen.

Wir müssen die ökonomischen Interessen — in diesem Fall die des Autokaufs — der Menschen auch auf ökologische Ziele richten. Ich treffe mich da wieder im Sinne von Marktkräften mit meinem Vorredner Dr. Schüssel. Eine effiziente Umweltpolitik muß auch mit Preissignalen arbeiten. Wir arbeiten heute mit Preissignalen auf dem Sektor der Fiskalpolitik. Es ist ein Weg, der, wie uns auch nichtsozialistische Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland wie Dr. Zimmermann bestätigen, ein richtiger Weg ist. — Danke. (Beifall bei SPÖ und FPÖ). 12.06

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Lußmann. Ich erteile es ihm.

12.07

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Prinzipiell ist Ziel der Regierungsvorlage, das freiwillige Umsteigen auf schadstoffarme Autos zu erleichtern bzw. umweltbewußte Autofahrer zu fördern, sicher sehr zu begrüßen. Ich glaube auch, daß keine Fraktion hier im Hohen Haus im Verdacht steht, sich von derartigen Bemühungen abzusetzen.

Meinungsverschiedenheiten bestehen ja lediglich in der Abwicklung und besonders in der Übergangsphase. Herr Ing. Hobl! Ganz wohl scheint Ihnen in Ihrer Haut nicht zu sein, sonst hätten Sie jetzt hier nicht so ein umfangreiches Plädoyer gehalten, besonders über die Abwicklung der Zeiten. (Abg. Ing. Hobl: *Nein!*) Denn so wie hier und jetzt muß doch, Herr Ingenieur, eine große Verunsicherung bei den Händlern und bei den Kunden

**Lußmann**

entstehen, die sich jetzt entschließen, ein Auto zu kaufen. (*Abg. Ing. Hobl: Soll ich Ihnen das Inserat zeigen? — Abg. Ing. Hobl überreicht dem Redner das Inserat.*)

Herr Ingenieur! Wolfgang Schüssel hat schon darauf hingewiesen, zum ersten, daß ein internationaler Gleichklang herzustellen wäre. Denn wir allein werden den Wald sicher nicht retten. Ganz Südeuropa und insbesondere die Reiseländer verfügen über kein bleifreies Benzin. Das ist derzeit nur in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Österreich erhältlich und teilweise, schwerpunktmäßig, in Jugoslawien.

Schwierigkeiten müssen sich da ja einstellen. Die Beschlüsse der EG sind sicher bedauerlich, aber man muß feststellen, es gibt sie halt nun einmal.

Und zum zweiten: Unverständlich ist die Differenzierung zwischen Autos über und unter 1 500 Kubik. Fahrzeuge über 1 500 Kubik erhalten den vollen Bonus nur bis Ende dieses Jahres, also eigentlich nur wenige Monate. Bei bester Absicht umweltbewußter Autokäufer muß doch da der Markt völlig durcheinandergebracht werden. Die Folge ist, daß einer sein Wunschauto nicht zeitgerecht erhält und daher ein sogenanntes rotes Auto kaufen muß, was ja einige Vorteile hat: Geringere Anschaffungskosten, 3 bis 5 Prozent weniger Benzinverbrauch, keinen eingeschränkten Radius, wie er durch bleifreies Benzin entsteht.

Die Nachteile halten sich in Grenzen, nämlich: die erhöhte Kfz-Steuer und der Vorwurf, ein Umweltmuffel zu sein. Daher unser Antrag, alle Fristen gleichzusetzen und zugleich auch zu verlängern.

Der Herr Finanzminister und die Regierungsparteien lehnen dies ab, und zwar mit dem Hauptargument, der Bund könne nicht zusätzlich belastet werden.

Die Wahrheit ist jedoch, daß überhaupt keine Belastung, sondern eher ein „Fischzug“ in die Tasche des Autofahrers entsteht. (*Abg. Ing. Hobl: Mit Ihrem Antrag!*)

Moment! Ich werde den Beweis dafür erbringen. Der Finanzminister kassiert doch in jedem Fall. Zum einen beim Kauf vom sogenannten „roten“ Auto durch die erhöhte Kfz-Steuer, und zum anderen Teil beim Kauf eines Katalysatorautos oder eines „grünen“ Autos oder auch bei einem umgebauten Auto die Mehrwertsteuer, wie Wolfgang Schüssel

schon richtig ausgeführt hat, also die Luxussteuer für die Mehrkosten, die sich zwischen 15 000 und 25 000 S belaufen.

Bei der Annahme von einem Schnitt von 20 000 S beträgt die Mehrwertsteuer schon fast 5 000 S, der Höchstbonus ist 7 000 S, da ist man ja schon in der Nähe dieser Höchstgrenze. Das heißt, daß die These der Aufkommensneutralität ein Märchen ist!

Die erwartete Bundesausgabe für den Bonus liegt bei etwa 800 Millionen Schilling; die kassiert der Finanzminister allein spielend durch die Mehrwertsteuer auf den Katalysator. Außerdem wird der Bonus nur vorübergehend gewährt, während die Mehrwertsteuer ja permanent eingehoben wird. Das heißt, die erhöhte Kfz-Steuer ist eine zusätzliche Einnahme, und damit ist der Autofahrer einmal mehr die Melkkuh der Nation geworden.

Die Vorgangsweise, Herr Ing. Hobl, erinnert mich ein bißerl an einen alten „Kollegen“ des Herrn Finanzministers, und zwar an Colbert, den Finanzminister Ludwig XIV., der einmal gesagt haben soll: Die Kunst besteht darin, die Gans zu rupfen, ohne daß sie schreit. Bei diesem meisterlichen Griff des Herrn Dr. Vranitzky soll die Gans sogar frohlocken, und das ist doch schon ein bißchen zu viel verlangt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Der Wald wird frohlocken!*)

Meine Damen und Herren! Dr. Jöchlinger vom ÖAMTC hat im Herbst 1983, nach dem Mallorca-Paket, folgendes errechnet: Ein Kleinwagen der Marke Fiat-Panda hat einen Neuwagenpreis von 85 800 S. In fünf Jahren, bei einer Kilometerleistung von nur 12 000 km per anno, fallen 50 000 S Steuern und Abgaben an. Das ist fast der Nettowert des Fahrzeuges. Und jetzt kommt wieder eine Erhöhung dazu! Das ist ja wirklich Wahnsinn!

Ich möchte nochmals ein Bekenntnis zum Umweltschutz und auch zum Verursacherprinzip ablegen. Ich persönlich komme aus einer Waldgegend in der Obersteiermark, ich bin von Beruf Sägewerker. Es ist doch niemand interessiert daran, die eigene Existenz zu untergraben. Aber irgendwo ist halt jetzt die Schmerzgrenze für den Autofahrer, für den Straßenbenützer erreicht. Es geschieht ja wirklich alles, um die Leute von der Straße zu vertreiben.

Erstens durch permanente Steuer- und Abgabenerhöhungen. Es hat kein Steuerpaket in den letzten zehn Jahren gegeben, in das



**Lußmann**

nicht etwas miteingeschnürt war für den Autofahrer: Haftpflichterhöhung, rigorose Strafen etc. Vielleicht darf ich dazu auch einen Satz sagen. Mir persönlich sind nämlich diese Jubelziffern über die Strafverfügungen heuer zu Ostern unverständlich. Im Vorjahr sind laut einer Anfragebeantwortung des Innenministers Strafgeelder von 197 Millionen Schilling eingehoben worden. Das bedeutet, daß in fünf Jahren 1 Milliarde Schilling an Strafgeeldern hereingebracht wird. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie wissen doch alle, meine Damen und Herren, wie leicht einem das passiert. Sie waren vielleicht auch das eine oder andere Mal davon betroffen.

Es gibt immer mehr Einschränkungen im Verkehr. Manchmal kommt man sich ja wirklich wie ein Fuchs vor, der sich durch Gelände pirschen muß. Das kann man nicht mehr als Rückenwind für die Lobby „von der Straße auf die Schiene“ bezeichnen, sondern das sind wirklich zielbewußte Breitseiten gegen die Straßenbenutzer.

Hohes Haus! Diese Entwicklung macht mir große Sorgen, und ich möchte das jetzt ganz kurz aus einer anderen Sicht beleuchten.

Derzeit sind in Österreich fast 200 000 LKW angemeldet, das heißt, hier allein sind 200 000 Menschen beruflich an die Straße gebunden. Unter Einbeziehung des Beförderungsgewerbes mit PKW, also der Taxis, der Busunternehmen, Kraftfahrerschulen, der Kfz-Werkstätten, des Handels und des Erzeugers, Garagen, Tankstellen und so weiter und dazu all jener, die das Auto zur Berufsausübung brauchen — die Reisenden, die Ärzte, auch wir Politiker —, sind es Hunderttausende, die von und mit dem Straßenverkehr leben, die von dort ihre Existenz beziehen. Dazu kommt noch die große Gruppe der Pendler und die der Sonntagsfahrer.

Es ist ein gewachsenes, gut funktionierendes und von der Wirtschaft nicht wegzudenkendes etabliertes System, mit weiteren ungeahnten Entwicklungschancen, gerade im Umfeld der Schadstoffemission. Es müssen neue Technologien erforscht werden, es sind diese anzuwenden. Neue Energieträger rücken ins Blickfeld: Arbeit, Zukunft und Hoffnung für Tausende Menschen.

Das bestehende System ist in dieser Form erwünscht, und es funktioniert. Man sollte es, so glaube ich, nicht unnötigerweise strapazieren. (*Abg. Ing. Hobl: Wer tut das?*) Sie! — Durch die Steuererhöhungen.

Nur wenige Prozent des Güter- und des Individualverkehrs von der Straße zu vertreiben, würde in logischer Konsequenz einen Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen bedeuten: das sind aber Dauerarbeitsplätze. Ich glaube, man sollte in einer Diskussion über dieses Thema wirklich einmal nachdenken. Was sollte man mit diesen Menschen machen? Sie vielleicht bei der defizitären Bundesbahn beschäftigen? Diese Entwicklung ist für mich eine Art Horrordisziplin. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Hobl.*)

Herr Ingenieur, ich weiß mich mit diesem Gedanken in bester Gesellschaft mit vielen, vielen Abgeordneten, auch solchen aus Ihrer Fraktion. (*Abg. Ing. Hobl: In 15 Jahren 1 Million mehr PKW!*)

Meine Damen und Herren! Die Lösung dieses Problems kann doch nur in der Verbesserung des bestehenden Systems liegen, so wie ich es geschildert habe, und nicht im immer stärkeren Würgegriff von Einschränkungen und Belastungen.

Einfach verbessern, und verbessern heißt: her mit den Katalysatoren — selbstverständlich! —, her mit umweltfreundlichen Autos, her mit Biosprit und her mit einem guten Straßennetz. Das wären überhaupt die Grundvoraussetzungen.

Diese Absichten müßten wirklich unterstützt werden und nicht auf nahezu masochistische Art immer zusätzlich mit einer Besteuerung erschwert werden, und zwar bis zum Geht-nicht-Mehr. (*Abg. Ing. Hobl: Von welchem Land reden Sie bitte?*) Von unserem rede ich — und so ist es.

Der Slogan „Mach Urlaub vom Auto und fahr mit der Bahn!“ ist gut; ich nütze die Bahn auch das eine oder andere Mal. Aber gnade uns Gott, wenn es heißt: „Nimm Abschied vom Auto und fahr mit der Bahn!“

Daher bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Abänderungsantrag zu. (*Beifall bei der ÖVP.*) <sup>12.18</sup>

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

<sup>12.18</sup>

Abgeordneter **Grabher-Meyer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Umweltschutz, wenn man ihn durchführen will, bedarf Maßnahmen und nicht Absichtserklärungen. Diese Novelle

**Grabher-Meyer**

zum Kraftfahrzeugsteuergesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt dieser sozial-liberalen Koalition zu dieser Umweltschutzoffensive, wie wir sie angekündigt und auch durchgeführt haben.

Wer sich der Illusion hingegeben hat, in der gesamten Umweltdiskussion zu glauben, daß wir die Umwelt reparieren können ohne Einschränkungen, ohne daß wir gewisse Erschwernisse hinnehmen müssen, der hat sich eben einer Illusion hingegeben. Wer heute noch — trotz des Zustandes unserer Umwelt — glaubt, wir könnten uns den Luxus erlauben, noch mehr Zeit für die Reparatur in Anspruch nehmen zu können, der ist gleichfalls ein Illusionist.

Wenn es der Herr Dr. Schüssel als Fehler bezeichnet hat, daß sich die EG ein Hinauschieben der notwendigen Maßnahmen erlaubt hat und er dieser Bundesregierung empfiehlt, diesen Fehler ebenfalls zu machen, sich so flexibel zu zeigen und sich der EG anzuschließen, ist das das Eingeständnis, einen gleich großen Fehler zu machen. Einen solchen Weg können wir, ja einen solchen Weg wollen wir nicht gehen. Ich begründe es auch, weshalb nicht. (*Abg. Ing. Hobl: Der CSU-Innenminister sagt, wir sollen den Fehler nicht machen!*) Auch der CSU-Innenminister. Es hat ja auch ein Treffen der beiden konservativen Parteien ÖVP und CDU in Österreich gegeben, wo deren Vertreter gekurt haben und der deutsche Bundeskanzler Kohl in einem Interview gegenüber dem ORF zugegeben hat, daß die EG einen Fehler gemacht hat, daß praktisch Deutschland als Mitglied der EG gezwungen war, unter Druck diesen Fehler mitzubegehen. Warum frage ich Sie, warum sollen wir uns diesem Fehler anschließen? Wenn wir sonst einen Vergleich mit dem Ausland ziehen, etwa bei einer Diskussion um Steuermaßnahmen, haben wir erklärt, daß ja auch Finanzminister Stoltenberg beispielsweise seine große Steuerreform hinausgeschoben hat, weil er gesehen hat, daß die wirtschaftlichen Umstände dies nicht erlauben, da hat mir der Herr Kollege Mock in einem Zwischenruf gesagt: Wir sind österreichische Politiker! — Ich gebe das nunmehr zurück.

Gerade in der Umweltschutzpolitik sollen wir als österreichische Politiker handeln und dürfen uns nicht an nachweisbare und erkannte Fehler des Auslandes anschließen. Es wurde ja vieles vorgebracht an möglichen Schwierigkeiten, an möglichen Auswirkungen. Sie, Herr Kollege Schüssel, haben ja nicht behauptet, daß es so sein wird, sondern

Sie haben gesagt: Es könnte sein, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten dabei auftreten, daß es zu einem Einbruch in der Autoindustrie, zu einem Einbruch im Autohandel kommen könnte. Sie haben das Gespenst an die Wand gemalt, daß es dadurch in der österreichischen Zulieferindustrie zu mehr Arbeitslosen kommen könnte. All das haben Sie nicht behauptet, Sie haben nur gesagt: Das könnte so sein.

Gerade im Bereich des Umweltschutzes und der Umweltschutzpolitik soll man sich aber nicht von Ängsten beeinflussen lassen. Denn eines ist sicher: Wenn wir Politiker glauben, wir haben noch Zeit, dieses Problem zwei, drei oder vier Jahre lang hinauszuschieben, so bin ich dessen sicher, daß beispielsweise der Wald das nicht erleben würde.

Wir kennen ja den Zustand des Waldes. Es ist weit mehr als fünf vor zwölf. Wir wissen, daß es Punkt zwölf ist, und deshalb ist es erforderlich, hier Maßnahmen zu setzen, und deshalb werden wir diesem Gesetz, diesem Umweltschutzgesetz, das eine Maßnahme ist, die in Europa Vorbildfunktion genießt, jedenfalls die Zustimmung in dieser Art und Weise, wie es die Koalition vorgeschlagen hat, geben.

Herr Kollege Schüssel! Ich gebe auch zu bedenken, daß, wenn man Ihre Rede jetzt gehört hat, doch der Eindruck entstehen muß, als würde bei Ihnen eine Meinung vorherrschen. Ich weiß aber, daß es in Ihrer Fraktion auch gegenteilige Ansichten als die Ihre gibt, und ich hoffe auch, der Letztredner, der Herr Kollege Heinzinger, wird das auch in die richtigen Bahnen lenken.

Es wäre doch falsch verstandener Umweltschutz und jedenfalls aus unserer Sicht nicht haltbar zu glauben, daß es, wenn man Umweltschutzmaßnahmen setzt, Arbeitsplätze kosten würde. Das würde uns ja an jene Politik anschließen, die wir nicht vertreten wollen.

Wir glauben: Umweltschutz muß sein, Umweltschutz kann sein, und dies ist nur möglich mit dem besten Einsatz, mit dem konzentriertesten Einsatz der Technik. Das ist unsere Philosophie. Dieses Gesetz ist ein Beispiel dafür, wie man einem Problem zu Leibe rücken kann. Das wird — wie wir glauben — zum Erfolg führen.

Die öffentliche Diskussion gibt ja der Auffassung dieser sozial-liberalen Koalition recht. Kaum ein ernst zu nehmender Nationalökonom behauptet, daß es zu Einbrü-

**Grabher-Meyer**

chen im Arbeitsmarkt kommen wird. Kaum jemand bestreitet, daß ein solches Gesetz, wie das vom Kollegen Lußmann dargestellt wurde, dazu führen wird — und das war auch nicht die Absicht und der Beweggrund dafür —, daß der Finanzminister dadurch Mehreinnahmen erhält. Es ist doch hanebüchener Unsinn zu behaupten, die Absicht der Bundesregierung, eine solche Maßnahme einzuführen, sei es, dem Finanzminister mehr Geld in sein Steuersäckl fließen zu lassen.

Es wurde geschrieben, daß ein Katalysator, so wie von der europäischen Autoindustrie in den ersten Zahlen angegeben, zwischen 15 000 und 20 000 S kostet. Es gibt dazu Beispiele in der Welt, nämlich in Japan. Dort wird der Mehrpreis für Katalysatorautos mit maximal 7 000 S angegeben.

Ich bin überzeugt davon: Sobald ein anderes Land diese Maßnahmen gesetzt hat, so wie das Österreich tut, werden sich auch die europäischen Automobilhersteller zu einem Preis finden können, der sich in etwa an der Höchstgrenze des japanischen Katalysators orientieren wird. Es stimmt dann Ihre fiskalische Rechnung nicht mehr, daß ein Katalysator zwischen 15 000 S und 20 000 S kostet; 32 Prozent davon ist mehr, als diese Bundesregierung an Förderung gewährt. Das bricht dann zusammen! Ich bin überzeugt davon, daß die europäischen Automobilhersteller imstande sein werden, einen Katalysator anzubieten, der sich in etwa in der Preislage des japanischen befindet.

Die Europäer müssen ja konkurrieren mit den Japanern. Die Japaner verkaufen ja nicht nur in Österreich, sondern in Gesamteuropa Autos, und sie werden sich sehr wohl überlegen und ihr gesamtes kalkulatorisches Können dazu verwenden, einen Preis zu finden, der sich in etwa mit dem japanischen Auto vergleichen läßt. Deshalb sind wir frei von Ängsten, obwohl Sie offensichtlich solche haben, Herr Kollege Schüssel, denn wir meinen: Angst ist ein schlechter Ratgeber bei einem solchen Problem, wenn man ernsthaft darangeht, die Umwelt und deren Schäden zu verbessern.

Eine Verlängerung der Fristen, wie Sie sie gefordert haben, würde dem nicht gerecht werden. Sie selbst haben das ja als Fehler bezeichnet, wie ich schon erwähnt habe.

Wir glauben, daß mit dieser Maßnahme Österreich ein Beispiel in Europa gesetzt hat, und ich bin überzeugt davon, daß auch die EG das Hinausschieben dieser Lösung noch revi-

dieren wird müssen. Nicht wir, die Österreicher, sollten uns angleichen an die EG, sondern die EG — sie wird sich nicht angleichen an Österreich, das wäre zuviel der Ehre, wir würden uns damit weit überschätzen — wird Rücksicht nehmen müssen auf den Zustand ihrer Umwelt, auf den Zustand ihres Waldes. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt, die EG wird sich, bevor zwei Jahre vergangen sein werden, überlegen müssen, ob sie unter dem Eindruck einer zerstörten Umwelt, unter dem Eindruck eines zerstörten Waldes, nicht ihren Standpunkt revidieren muß, weil auch nachgewiesen werden kann, daß es in Europa ein Land gibt, das Maßnahmen bereits gesetzt hat und diese angewendet hat, ohne daß es dort zu Einbrüchen in der Wirtschaft gekommen wäre.

Wir sind überzeugt davon, daß das ein gutes Gesetz ist. Wir sind auch überzeugt davon, daß dieses Gesetz von der Bevölkerung als positiv anerkannt werden wird, und wir sind weiters davon überzeugt — und das ist das Wichtigste —, daß es insgesamt der Umwelt und den Wäldern Österreichs helfen wird. Wir sind damit einen Schritt vorangekommen bei der Lösung und der Bewältigung des Problems Umweltschutz.

In diesem Sinne stimmen wir diesem Gesetz gerne zu und können daher dem Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Verlängerung der Fristen nicht zustimmen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 12.29

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

12.29

Bundesminister für Finanzen Dr. **Vranitzky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zu diesem heutigen Gesetzesantrag zur Frage eines allfälligen Hinausschiebens. Ich erinnere an den 26. Oktober 1984. An diesem Tag hat eine sogenannte Ringfernsehsendung der drei Umweltschutzminister der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreichs stattgefunden. Es ist nach dieser Sendung, an der unser Minister Steyrer teilgenommen hat, in der österreichischen Öffentlichkeit zu einer ziemlich bewegten Debatte und zur Forderung nach Einführung und Förderung des Katalysators gekommen.

Es haben sich dann aus allen politischen Lagern diesbezügliche Pro-Stimmen erhoben.

**Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky**

Ich habe damals zu Ruhe, zu Vorsicht und zu sorgfältigem Vorgehen gemahnt und habe mir damit auch Kritik eingehandelt. Ihre Frau Abgeordnete Hubinek hat gesagt: „Vranitzky bremst Steyrer“ und ähnliches. Wir hätten das damals wahrscheinlich nicht schnell genug tun können, selbst wenn wir schon am nächsten Tag den Katalysator eingeführt hätten.

Auf meinen Rat und auf Grund der Einstellung der Kollegen in der Regierung haben wir das dann im In- und im Ausland sorgfältig vorbereitet, haben, sehr geehrter Herr Dr. Schüssel, genau wie Sie gesagt haben, das mit der betroffenen Wirtschaft vorbereitet, und zwar sowohl mit der tätigen als auch der bürokratisierten Wirtschaft und sind eben dann zu dieser Lösung gekommen.

Ich glaube, daß die Genesis dieses Gesetzes ein gutes Beispiel dafür ist, wie alle Betroffenen und auch alle Betroffenen aus den verschiedenen politischen Lagern letztendlich zu einer übereinstimmenden Auffassung kommen können, daß wir es nicht riskieren sollten, in einer so wichtigen gemeinsamen Vorgangsweise auch nur die kleinste Verwässerung eintreten zu lassen. Noch dazu, wo unsere Nachbarn, die Schweizer, sich auch nicht sklavisch an die EG-Regelungen klammern und warten oder einen anderen Weg gehen, sondern den von ihnen vorgesehenen und vorgeschlagenen eigenen Weg gehen.

Im übrigen soll die Debatte nicht eine sein, bei der wir uns nur die steuerlichen und die förderungspolitischen Aspekte überlegen, sondern wir sollen den Hauptzweck der Maßnahme in den Vordergrund stellen, nämlich den Umweltschutz. Auch aus diesem Grund gebietet es der Umweltschutz und das Umweltschutzerfordernis, sich nicht der EG-Regelung anzuschließen, denn die vorgesehenen EG-Regelungen, von denen man erst sehen wird, ob sie in dieser Form durchgesetzt werden können, werden überhaupt erst nach der Jahrtausendwende Auswirkungen auf Natur und Wald haben; bei uns werden diese Auswirkungen schon früher eintreten. Also auch aus diesem Grund gibt es keine Überlegung, dem Hinausschieben der Maßnahmen beizutreten.

Ein zweiter Aspekt: Es wird immer wieder gesagt, daß der Wirkungsradius für den österreichischen Autofahrer durch das nicht flächendeckende Angebot an bleifreiem Treibstoff in den Nachbarländern eingeengt wird. Erst in den letzten Tagen sind Meldungen zu uns gekommen, daß die Nachbarländer, und

zwar die wichtigen Reiseländer für die Österreicher, also vor allem Italien und Jugoslawien, in einem beschleunigten Prozeß bleifreies Benzin einführen werden. Aber ganz unabhängig davon: Es wäre bitte widersinnig, nur deshalb, weil Urlaubsländer das nicht tun, jetzt bei uns zuzuwarten, weil man ja damit außer acht läßt, daß diese Länder ein Interesse daran haben, daß Österreicher, Deutsche und Schweizer weiter dorthin fahren. Also auch aus diesem Grund schlagen wir vor, bei dieser Linie zu bleiben.

Zur Steuerdiskussion: Die Umsatzsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer sind für den Übergangzeitpunkt so konstruiert, daß sich das System finanziell selber trägt. Aber es ist doch vollkommen klar, da wir nicht auf Vergangenheitswerten aufbauen, sondern Zukunftswerte kalkulieren müssen, daß es sich um Schätzungen handelt und daß diese Schätzungen die einer Schätzung zugrunde liegenden Ungenauigkeiten haben müssen. Würden wir es anders können, dann wären es ja keine Schätzungen, und wir würden wahrscheinlich alle nicht hier sitzen, sondern ganz andere Berufe haben, wenn wir das alles so genau im voraus schon wüßten, sehr geehrter Herr Abgeordneter.

Ihr Mehrwertsteuerargument stimmt ja nur dann, wenn sich die Konsumquote ändert. Wenn wir von einer gleichen Konsumquote ausgehen, dann entfällt dieser Mehrertrag an Mehrwertsteuer für den Finanzminister nur dann, wenn der prospektive Autokäufer spart, nämlich gar keine Ausgabe tätigt. Kauft er sich aber an Stelle des Katalysatorautos etwas anderes, weil er das Katalysatorauto nicht will, muß er für das andere auch Umsatzsteuer zahlen. Also nur unter der Voraussetzung, daß er gar nichts ausgibt, trifft Ihr Umsatzsteuerargument überhaupt zu.

Daß etliche Leute in Österreich auch befürchten, daß das Steueraufkommen sogar ein geringeres sein wird, beweisen Briefe wie die, von denen ich einen vor mir habe, wo mit Sorge festgehalten wird, „daß den Bundesländern mit der Regelung hier Ertragsanteile entgehen werden. — Gezeichnet: Dr. Josef Krainer“. Also auch dort Besorgnisse nicht in Ihre Richtung, sondern in meine Richtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um zum Ende zu kommen: Niemand von uns, auch wenn wir mit den Autofahrer-Clubs, mit der Kfz-Wirtschaft, mit den Importeuren, mit den Händlern diese Konstruktion in enger Zusammenarbeit vorbereitet haben, wird eine Garantie übernehmen können, daß es nicht

**Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky**

da und dort auf dem Markt einmal eine Verzerrung, eine Spannung gibt, einen bestimmten Anlieferungsausfall. Damit werden wir leben müssen, und ich glaube, wir werden auch damit leben können. Erstens werden diese Spannungen nicht besonders gravierend sein, und zweitens müssen wir uns halt im Rahmen der Alternative entscheiden: Wollen wir alles unternehmen, um unseren Umweltschutz voranzutreiben, oder wollen wir eine besondere Genauigkeit beim Autokauf haben? — Da scheint mir der erste Wert doch ein höher anzusetzender zu sein, damit es nicht dazu kommt, Herr Abgeordneter, was Sie gesagt haben: Nimm nicht Abschied vom Auto, sondern nimm Abschied vom Wald. Das wollen wir doch nicht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.35

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heinzinger. Ich erteile es ihm.

12.35

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich kurz auf meine zwei Vorredner eingehen. Grabher-Meyer war neugierig, wie ich zu diesem Gesetz stehe. Ich kann ihm diesen Wunsch gleich in der Einleitung erfüllen, ich stehe ihm mit sehr skeptischer Sympathie gegenüber *(Abg. Dr. Gradenegger: Jein-Partei!)*, deshalb stimmt auch meine Partei für dieses Gesetz und hat eine Reihe von sehr qualifizierten Bedenken durch meinen Freund Wolfgang Schüssel eingebracht, die Sie beherzigen sollten. *(Abg. Dr. Gradenegger: „Der Zerrissene“ von Nestroy!)*

In einem zweiten Punkt meinte Grabher-Meyer, er wünsche sich, daß das Ausland durch die österreichische Beispielswirkung ausreichend unter Druck gesetzt werde. Das wünsche ich mir auch.

Einen zweiten Wunsch habe ich nicht, er hatte diesen Wunsch nämlich direkt auch nicht, aber er meinte, daß das fortschreitende Waldsterben unter Umständen einen solchen Druck ausüben werde und daß wir uns nicht Sorgen machen müßten, daß die anderen nicht nachziehen. Diese Entwicklung wünsche ich mir ganz entschieden nicht.

Und nun zum Herrn Abgeordneten Hobl. Wenn Sie die Haftung übernehmen wollen, als Vertreter der Regierungspartei oder als ARBÖ-Chef, daß Ihre Empfehlungen ohne schlechte Auswirkungen bleiben, dann würde ich Ihren Äußerungen durchaus zustimmen.

Aber schon das erste Beispiel zeigt, daß die Wirtschaft rasch auf die neue Situation reagiert und die Bürokratie ihre Mühseligkeiten hat, denn auf den Halden in Wien liegen Autos mit Katalysatoren, die MA 43 vermag sie aber nicht zu typisieren, weil die Richtlinien... *(Abg. Dietrich: Die MA 43 ist die Friedhofsverwaltung! — Heiterkeit)*, eben: ein geistiger Friedhof dieser Absicht. Ich danke, Sie haben völlig recht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Waldschäden wurden von meinen Vorrednern ausreichend strapaziert, es ist sicherlich ein Gebot der Stunde, die Emissionen in allen Bereichen zu senken. Der Katalysator ist ein Mittel, solche Emissionen zu senken. Die Glaubwürdigkeit der Regierung, wenn sie nun ihre internationale Vorrangrolle beansprucht, wäre dann gegeben, wenn sie im eigenen Wirkungsbereich, in ihrer Zuständigkeit, diese Gestaltungskraft aufwendet, die sie von den übrigen Europäern verlangt.

Und wenn wir nun beim Auto bleiben, so zeigt sich, daß die Regierung dort, wo sie ihre unmittelbare Zuständigkeit hat, wo sie selbst gestalten könnte, diesen Eifer nicht aufbringt, in drei Punkten diesen Eifer nicht aufbringt.

Erster Punkt: Die Versorgung von Autos mit Flüssiggas. Sie wissen, daß das ein besonders umweltfreundlicher Treibstoff ist *(Abg. Dr. Gradenegger: Mit Flüssiggas kann man in keine Tiefgarage fahren!)*, die Gemeinde Wien hat selbst Versuche in diese Richtung gemacht, es wäre daher sinnvoll, zum Beispiel den ganzen öffentlichen Verkehrsdienst auf Flüssiggas umzustellen, die steuerliche Belastung abzubauen, und sofort könnte in Österreich selbst ein wirksames Beispiel gesetzt werden. Hier geschieht nichts und viel zu wenig.

Ein zweites Beispiel, wo wieder das gute Beispiel gesetzt werden kann, ist der vielzitierte Biosprit. Fünf bis sieben Jahre fruchtlose Diskussion mit der Regierung, obwohl wir drei Vorteile in diesem Bereich hätten: Gewisse umweltfreundliche Auswirkungen *(Zwischenruf bei der SPÖ: Welche?)*, Einstieg in eine neue Technologie und eine wirksame Chance, unsere Agrarstruktur zu verbessern. *(Abg. Ing. Hobl: Stimmt ja nicht!)* Hier versäumen Sie die Gestaltungschance im Inland, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun das dritte Beispiel, wo Sie die Chance versäumen: Schon seit einem Jahr hätten wir den Schwefelgehalt im Diesel um die Hälfte

## Heinzinger

absenken können. Wieder war es die Wirtschaft, die ein Jahr im voraus bereit und in der Lage war, diese Absenkung durchzuführen, aber wer nicht dazu in der Lage war, die geeigneten gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, das war diese Regierung.

Wenn Sie daher sehen, meine Damen und Herren, daß Ihre Gestaltungskraft im Zusammenhang mit dem Auto im Inland so mäßig ausgeprägt ist, dann verstehen Sie bitte, wieso wir sehr skeptisch sind, wenn Sie Ihre Erfolge von der ausländischen Entwicklung abhängig machen. *(Abg. Ing. Hobl: Sie wollen es von der Wirtschaft abhängig machen!)*

Meine Damen und Herren! Zu Beginn unserer heutigen Diskussion über die Bleifrage flatterte ein Fernschreiben des ÖAMTC ins Haus. Wie schaut nun die Wirklichkeit aus? Der ÖAMTC hat zur Frühzeit eine Untersuchung des Bleigehaltes im „bleifreien“ Benzin und im „Super“ durchgeführt. Man müßte eigentlich annehmen, daß „bleifreies“ Benzin kein Blei enthält. Das ist weit gefehlt. Ich darf aus dem Ergebnis dieser Untersuchung zitieren:

„Ein überraschendes Ergebnis brachten Tests, die der ÖAMTC unter notarieller Aufsicht an mehreren Tankstellen im Raum von Wien durchführte. In der Hälfte aller Fälle war mehr Blei im Benzin, als vom Gesetz erlaubt ist.“

Wir haben also wieder dasselbe Phänomen wie bei Heizöl-schwer. Mit großem Trommelwirbel wird die Herabsetzung von Schwefel propagiert, aber Kontrollen und Überprüfungen von Stichproben ergeben, daß immer mehr Schwefelfrachten im Heizöl enthalten sind.

Daraus ergibt sich ein neues Beispiel: Wir sagen — und diese Entwicklung ist richtig —, wir schaffen „bleifreies“ Benzin an, Stichproben an den Tankstellen ergeben aber, daß in der Hälfte aller Fälle mehr Blei im Benzin enthalten ist als erlaubt. Wir verlangen daher, daß die Regierung ihre Gestaltungs- und Kontrollkraft wahrnimmt und in diesen Fragen beispielhaft vorgeht.

Meine Damen und Herren! Vom Standpunkt des Umweltschutzes und auch vom ökologischen Standpunkt her ist das Auto sicherlich heute noch eine Konstruktion à la Herman Munster oder Frankenstein. Im Hochstand der Technik versauen wir munter unsere Umwelt.

Ich bin allerdings der Meinung, daß sich die Herren Konstrukteure bei ausreichendem Druck — hier stimme ich der Regierung zu — doch etwas einfallen lassen werden.

Ich komme nun dorthin, wo es unpopulär wird, nämlich zur Geschwindigkeitsbegrenzung. Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß ich dafür auch in meiner Partei keine Mehrheit bekomme. Daher ist das Beispiel von Vorarlberg ein herausragendes Positivbeispiel. Hier hat nämlich die Landesregierung den Mut gehabt, eine unpopuläre Maßnahme zu setzen, weil sie davon überzeugt ist, daß das der Umwelt wirksam und sofort nützt.

Durch wissenschaftliche Untersuchungen wissen wir, daß diese Geschwindigkeitsabsenkung im geringsten Fall mindestens so erfolgreich ist, wie die Katalysatoreinführung im ersten Jahr voraussichtlich im besten Fall sein kann. Wenn daher jemand eine schöne grüne Blume zu Recht angesteckt erhält, dann in diesem Fall nicht die Bundesregierung, sondern die Vorarlberger Landesregierung. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Das ist aber eine gesetzwidrige Maßnahme!)*

Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich zu einem positiven Risiko im Umweltschutz. Wir sind alle davon geprägt, und es ist auch der ursprüngliche Sinn der Gesetzgebung, daß wir nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider, durchaus mit ein wenig Ideologie verbrämt, Gesetze gestalten. Jede Fraktion hat die gute Absicht, das Richtige zu tun.

Ich glaube, daß es notwendig ist, in dieser Frage den Mut zu haben, durchaus unperfekte Gesetze zu machen, weil die Umweltsituation im Zusammenhang mit dem Waldsterben so dramatisch ist, daß wir auch den Mut haben müssen, uns als Gesetzgeber zu irren. Aber hier stellt sich wieder die Frage: Sind wir nun vordergründig oder leichtfertig bereit, diesen Irrtum einzugehen? Wie hoch ist die legitime propagandistische Wirkung einer solchen Absicht? Dazu, meine Damen und Herren, pflegt die Regierung immer wieder zu sagen, wir Österreicher wären internationale Vorreiter. Der grüne Mund etwas weniger voll, das stünde dieser Regierung wunderbar an. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Das sagt zum Beispiel Zimmermann! Der ist besser als der Heinzinger!)*

Fragen Sie den von Ihnen so außergewöhnlich geschätzten Parteikollegen meiner Bruderpartei, wieviel besser die Müllsituation in

**Heinzinger**

der Bundesrepublik bewältigt wird (*Ruf bei der SPÖ: Das grüne Mascherl des Heinzinger macht es auch nicht aus!*), wieviel strenger die Verordnung für die Luft in der Bundesrepublik ist, wieviel weiter die Bundesrepublik im Bereiche der Kläranlage ist, dann wird dieser grüne verbale Größenwahn in Ihrer Partei vermutlich etwas abnehmen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Das stimmt ja nicht! Sie sagen doch bewußt die Unwahrheit!*)

Das entscheidende, meine Damen und Herren, im Kampf um eine bessere Umwelt, sind gebündelte Maßnahmen, nicht Einzelmaßnahmen, noch dazu, wenn ihre Wirkung so unsicher und letzten Endes von so vielen Inponderabilien abhängig ist, von Dingen, die wir nicht bestimmen können.

In dieser konkreten Frage kommt mir die Regierung beinahe so vor wie ein Fallschirmjäger, der ohne Fallschirm abspringt, in der Hoffnung, unterwegs das Fliegen zu lernen, aber das Risiko, daß er in diesem kurzen Zeitraum das Fliegen lernt, ist mir einfach zu groß. (*Ruf bei der SPÖ: Sind Sie ein Fallschirmjäger?*) Für originelle Zwischenrufe, Herr Hofrat (*Abg. Dr. Gradenecker: Ich habe doch überhaupt nichts gesagt!*), bin ich durchaus dankbar. Die Nebenwirkung ist mitentscheidend in all diesen Fragen. Nützt die Regierung alle Chancen aus, die nun immer wieder angekündigt werden, alles zu tun gegen dieses Waldsterben?

Wir kennen die Forschungsinitiative des Wissenschaftsministeriums: Vor eineinhalb Jahren wurden 20 Aufträge vergeben, außer Szenarien wurde bisher keine einzige konkrete, verwirklichtbare Maßnahme gesetzt, dafür aber viel Propaganda.

Ein Schlüsselerlebnis: Wir haben in Österreich herausragende Forschungsanstalten. Insbesondere meine steirische Heimat ist stolz auf die AVL, auf die Anstalt für Verbrennungsmotoren von Professor List. An dieser Anstalt wird gemeinsam mit der TU-Wien, mit Professor Lenz, der auch von Ihnen gerne zitiert wird, das Projekt eines Magermotors betrieben. Ein vom Energiesparen her hochinteressantes Projekt, weil es den Treibstoffverbrauch weiter herabsetzt, und von der Umweltsituation her deshalb interessant ist, weil ein geringerer Schadstoffausstoß erfolgt und er mit Katalysator kombiniert werden kann.

Wohin mit den Forschungsmillionen, wenn nicht in diesen Bereich, wo höchste Alarmstufe gegeben ist und wir herausragende wis-

senschaftliche Erfahrungen auch in der Praxis erprobt haben? Der gute Professor Lenz sagt zu den Förderungsmitteln: Dem einen Fonds sind wir in der Forschung zu wirtschaftlich eingestellt und bekommen kein Geld, dem anderen Fonds sind wir zu theoretisch. Wir sitzen zwischen zwei Stühlen. (*Abg. Dr. Gradenecker: So wie Sie! Sagen Sie ein schönes „Jein“!*)

Das ist es, was wir kritisieren: Zuviel Propaganda, zuwenig konkrete Aktion und zuwenig Geld in diesem Raum, wo wir die größten Chancen auf Erfolg haben können. Ja zu einem Alleingang Österreichs, wenn er sinnvoll ist. Zweimal ja, wenn wir im Inland politische Gestaltungskraft aufwenden, und da muß ich Ihnen schon in Erinnerung rufen, verehrte Damen und Herren, insbesondere von der sozialistischen Fraktion: Umweltchemikaliengesetz versprochen, Umweltverträglichkeitsprüfung versprochen, Umweltanwaltschaft versprochen, Verbandsklage versprochen, Emissionsvereinbarungen versprochen. Fünf höchstwichtige Umweltgesetze, wo Sie nicht auf die EWG warten müssen, wo Sie nicht Angst haben müssen, ob es bleifreies Benzin in Jugoslawien oder in Italien geben wird, wo Sie nur selbst gestaltend tätig werden müßten.

Und hier sind Sie ganz enorm säumig. Weil wir auf der einen Seite die dramatische Umweltsituation haben und auf der anderen Seite dringend Lösungsmodelle suchen, haben wir auch sehr wenig Freude damit, wenn der zuständige Minister für Gesundheit und Umweltschutz seine Gedanken nun einer ganz anderen Aufgabe zuwendet.

Diese geistige Wanderung in Richtung auf ein hohes Amt verhindert nun, daß wir, wenn wir schon so säumig sind, wie ich es skizziert habe, einen Nachholbedarf antreten. Ich lade Sie sehr herzlich ein, in all den Gebieten, in denen Sie im Umweltschutz säumig sind, und in allen jenen Gebieten, wo es an der guten Beispielsrolle des Bundes läge, nachzuziehen.

Und damit möchte ich mit einem Beispiel schließen. Einmal gab es in dieser Regierung den Aufruf: Im Zusammenhang mit Energiesparen, wie seinerzeit bei der berühmten Volkszählung, galt es die Temperaturen in jedem Amt aufzuzeichnen, und dramatisch an Temperaturen einzusparen. Der logische Mitbürger erwartet sich, daß diese Ergebnisse gesammelt und ausgewertet werden und daß es dann eine Strategie gibt, nach der gespart werden sollte.

**Heinzinger**

Wissen Sie, was mit diesen Ergebnissen passiert ist? — Die wurden im Arsenal gesammelt, und dort liegen sie heute noch, unausgewertet und ohne Konzept!

Da ist ein tiefreichender qualitativer Unterschied zwischen Ihren Vorstellungen und unseren Vorstellungen von einer wirksamen Umweltpolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.51

**Präsident Mag. Minkowitsch:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 570 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 599 der Beilagen.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Schüssel und Genossen vor, der ausschließlich eine Änderung der Zitierung von Jahreszahlen im § 5 Abs. 2 Z 1 und 4 sowie im § 5 Abs. 7 lit. a) und lit. b) betrifft.

Um den Abstimmungsvorgang zu vereinfachen, werde ich so vorgehen, daß ich zunächst die Regierungsvorlage in der Fassung des erwähnten Abänderungsantrages Dr. Schüssel zur Abstimmung bringe, sodann die Regierungsvorlage samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes, jedoch mit Ausnahme jener Teile, auf die sich der Abänderungsantrag Dr. Schüssel und Genossen bezieht, schließlich die restlichen Teile des Gesetzentwurfes, das sind diejenigen, auf die sich der Abänderungsantrag Dr. Schüssel bezieht, in der Fassung der Regierungsvorlage. — Ein Widerspruch wird nicht erhoben.

Ich bringe daher zunächst die Regierungsvorlage in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Schüssel zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Zur Abstimmung steht nunmehr die Regierungsvorlage samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes, jedoch mit Ausnahme jener Teile, auf die sich der Abänderungsantrag Dr. Schüssel bezieht.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Nunmehr lasse ich über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes, also diejenigen, auf die sich der Abänderungsantrag Dr. Schüssel bezieht, für die aber noch keine positive Fassung angenommen wurde, in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die hiezu die Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-18 der Beilagen) betreffend den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse (601 der Beilagen)**

**4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-61 der Beilagen) betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse (602 der Beilagen)**

**Präsident Mag. Minkowitsch:** Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 3 und 4, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

der Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse und

der Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse.

Da der gewählte Berichterstatter, Herr Abgeordneter Veleta, für die heutige Sitzung krank gemeldet ist, ersuche ich den Obmann des Finanz- und Budgetausschusses, Herrn Abgeordneten Mühlbacher, an seiner Stelle die Berichte zu erstatten.

**Berichterstatter Mühlbacher:** Namens des Finanz- und Budgetausschusses berichte ich über den Bericht des Bundesministers für



**Mühlbacher**

Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse.

Gemäß § 12 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 hat die Österreichische Postsparkasse jährlich einen Bericht über die gemäß § 5 Z 3 dem Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluß der Berichte und Anträge des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld gemäß § 12 Abs. 3 zu erstatten, den der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen hat.

Hinsichtlich der Aufgliederungshinweise im Bericht verweise ich auf den schriftlich vorliegenden Ausschlußbericht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Bericht in seiner Sitzung am 9. April 1985 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Dr. Steidl, Dr. Schüssel, Dr. Feurstein, Koppensteiner, Dr. Nowotny und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dkfm. Dr. Vranitzky.

Es wurde mehrheitlich beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Finanzen über den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse (III-18 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Ich berichte nunmehr über den Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse.

Ich verweise auf den Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht.

Es wurde auch hierzu mehrheitlich beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Finanzen über den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse (III-61 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich den Herrn Präsidenten um Eröffnung der Debatte.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dkfm. Dr. Steidl. Ich erteile es ihm.

12.57

Abgeordneter Dr. **Steidl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 30. Juni 1983 hat der Vorstand der Österreichischen Postsparkasse den Jahresbericht 1983 und am 29. Juni 1984 den Jahresbericht 1984 über die Mitwirkung der Österreichischen Postsparkasse an der Verwaltung der Staatsschuld dem Finanzminister zugestellt.

Der Umstand, daß die Volksvertreter erst heute — was 1983 betrifft also fast zwei Jahre später — darüber diskutieren, sollte das Hohe Haus im Wunsch vereinen, in Hinkunft zeitnäher über Entwicklungen und Positionen zu beraten, die für die weiteren Budgetgestaltungen von geradezu elementarer Bedeutung sein können.

Mir kommt diese Verzögerung, meine Damen und Herren, so vor, als wollte man über die Diagnose eines Kranken mit 40 Grad Fieber deshalb möglichst lang nicht sprechen, weil therapeutische Maßnahmen unter Umständen schmerzhaft sein könnten.

Wir dürfen aber als Volksvertreter nicht die Augen vor einer geradezu dramatischen Verschlechterung der Budgetsituation verschließen, weil wegschauen das Problem nicht löst.

Da die Finanzschuldenentwicklung ein gewichtiges Indiz für die Budgetgestaltung der nächsten Jahre ist, sollte der Finanzschuldenbericht des laufenden Jahres auf jeden Fall vor der Debatte über das Budget des nächsten Jahres diskutiert werden. Wenn man den Abgeordneten Sachkenntnis, Hausverstand und staatspolitische Verantwortung zutraut, müßte man doch ihre Beurteilung der Staatsverschuldung als Arbeitsbehelf für die weitere Budgetkonzeption dankbar akzeptieren.

Es ist heute von minderem Wert, über die Finanzschulden zum 31. Dezember 1982 zu diskutieren, und die signifikante Zunahme der Verschuldung zum 31. Dezember 1983 hätte geradezu als Alarmsignal verstanden werden müssen, mit der Auswirkung, zum

Dr. Steidl

ehestmöglichen Zeitpunkt eine breit angelegte Debatte über Ursachen und Folgen dieses Umstandes zu führen. Ich appelliere daher an alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses mitzuhelfen, daß wir in Hinkunft nicht über historische Fakten, sondern über einen aktuellen Status beraten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich mich im nachfolgenden fast ausschließlich mit dem Finanzschuldenbericht 1984 befasse, dann nicht nur deswegen, weil er zeitnähere Daten enthält, sondern auch deswegen, weil er eine Entwicklung dokumentiert, die Chefredakteur Wolf im Zusammenhang mit Finanzminister Salcher so charakterisierte: „Nicht er beherrscht das Budget, sondern das Budget beherrscht ihn.“ *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Besorgnisse und kritischen Feststellungen gelten zwei Bereichen, nämlich der Finanzschuld insgesamt und der Zunahme der Verschuldung, wobei das Tempo der Schuldzunahme für mich noch wesentlich beängstigender ist als die Höhe der Staatsschuld. Wäre, meine Damen und Herren, nur die ausgewiesene Finanzschuld zu beurteilen, würde ich viel ruhiger schlafen. Wir würden uns aber selbst Sand in die Augen streuen, wollten wir nicht wahrhaben, daß die Finanzschuld nur ein Teil der Staatsschuld ist.

Zur ausgewiesenen Finanzschuld zum 31. Dezember 1983, immerhin in der Höhe von 416 Milliarden Schilling, sind noch eine Reihe von Schuldverpflichtungen des Bundes hinzuzurechnen, die wegen der Gestaltung des Haushaltsrechtes entweder überhaupt nicht offiziell oder sozusagen nur unter dem Strich ausgewiesen werden.

Will man die tatsächliche Staatsschuld realistisch beurteilen, so muß man noch eine Reihe weiterer Schulselemente berücksichtigen. Es gehören ohne Zweifel die Verwaltungsschulden dazu, ich glaube, das steht außer Diskussion. Es gehören dazu die Vorbelastungen, die in keinem Budget aufscheinen. Es gehören dazu die parafiskalischen Verschuldungen, die Sondergesellschaften, zu denen — Androsch hat ja diese Flucht aus dem Budget begonnen — immer stärker Zuflucht gesucht wird. Und schließlich sind die von Jahr zu Jahr doch sehr stark steigenden Haftungsübernahmen nicht zu übersehen.

Erst die Summe dieser Verschuldungselemente macht es möglich, den Budgetspielraum für die kommenden Jahre zu beurteilen.

Die Kenntnis der Gesamtverschuldung sollte Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ebenso unruhig werden lassen wie die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und sollte Ihre Selbstzufriedenheit vertreiben, wenn Sie den Österreicherinnen und Österreichern tabellarisch suggerieren wollen, sie seien zum 31. Dezember 1983 mit — unter Anführungszeichen — „nur“ 62 300 S pro Kopf der Bevölkerung verschuldet, obwohl es in Wirklichkeit mehr als doppelt so viel ist.

Unter den gleichen Gesichtspunkten bekommen auch die internationalen Vergleiche, die im Staatsschuldenbericht angestellt werden und deren sich sicherlich die Redner der Regierungsparteien mit Stolz geschwellter Brust wieder rühmen werden, einen völlig anderen Stellenwert.

Ich möchte keinesfalls, meine Damen und Herren, einer Panikmache Vorschub leisten, da ich den Fleiß der österreichischen Bevölkerung und die Kraft der österreichischen Wirtschaft ungemein schätze und weiß, daß wir ihnen trotz SPÖ-Regierung eine relativ — ich lege Wert auf das Wort „relativ“ — gute internationale Stellung in der Staatsschuldengestion verdanken. Aber so glänzend, wie es uns die Tabellen weismachen wollen, stehen wir im internationalen Vergleich leider Gottes nicht da. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als Wirtschaftler muß man den Mut zur Wahrheit haben, weil nur die Kenntnis aller Umstände richtig handeln läßt. Ich fordere von den Regierungsparteien diesen Mut zur Verschuldungswahrheit.

Die in den einzelnen Staaten stark differierenden Haushaltsrechte lassen internationale Vergleiche nur sehr schwer zu. Ich würde bitten, folgenden Vorschlag, meine Damen und Herren, zu überdenken: Wir machen internationale Vergleiche, obwohl Fachleute genau wissen, daß derartige Vergleiche nur einen ziffernmäßigen, aber keinen tatsächlichen Wert haben, da die Bezugsgrößen so verschieden sind, daß man hier wirklich Zwetschken mit Birnen und Äpfeln vergleicht. Kein anderes Land hat beispielsweise die außerbudgetäre Verschuldung auch der Höhe nach so kultiviert wie Österreich. Wollten wir heute unsere Daten mit denen anderer Länder vergleichen, so müßten wir entweder in Österreich die außerbudgetäre Verschuldung mitberücksichtigen oder aber bei anderen Ländern die im Budget enthaltenen Schulden, die bei uns außerbudgetär sind, absetzen.

**Dr. Steidl**

Ich kann natürlich nicht verlangen, meine Damen und Herren, daß das mit allen Ländern so gemacht wird. Aber ich würde vorschlagen: Bemühen wir uns doch, beispielsweise mit der Bundesrepublik Deutschland, wo eine gewisse Währungsverbundenheit gegeben ist, und mit der Schweiz, wo Größenverhältnisse vergleichbar sind, solche Vergleiche anzustellen! Herr Finanzminister! Ich weiß, das ist ungemein schwierig. Wir sollten aber unsere Fachleute bitten, das zu versuchen. Ob es gelingt — ich möchte nicht die Hand dafür ins Feuer legen, weil einfach die Bezugsziffern zu verschieden sind —, weiß ich nicht.

Wie sollte man beispielsweise mitberücksichtigen, daß die Schweiz keine Staatsbetriebe hat, daß die Bundesbahn in der Schweiz nicht in staatlichen Händen ist? Wie sollte man berücksichtigen, daß die Schweiz 1945 nicht bei Null begonnen hat? Wie sollte man die Leasingfinanzierungen in Österreich miteinbauen, die es in anderen Ländern nicht in dieser Form gibt? Ich weiß nicht, ob es gelingt. Aber wir sollten zumindest — darum würde ich bitten — Fachleute ersuchen, echte Vergleiche zwischen den drei Ländern Österreich, Schweiz und Bundesrepublik Deutschland anzustellen, um endlich einmal zu wissen, wie wir wirklich dastehen. Wir rühmen uns immer einer besonderen internationalen Stellung, obwohl wir genau wissen, daß unsere Position auch nicht annähernd so gut ist, wie es in den Tabellen zum Ausdruck kommt.

Deshalb habe ich auch mit einem gewissen Vorbehalt die Feststellung des Vorstandes der Österreichischen Postsparkasse gelesen. Er sagt: Der Vergleich der österreichischen Staatsverschuldung mit jener anderer Industrieländer veranschaulicht die weiterhin günstige Situation Österreichs im internationalen Rahmen.

Meine Damen und Herren! Ich kann mich dieser Meinung nicht anschließen, weil ich glaube, daß hier einfach nur von Tabellen ausgegangen worden ist, aber nicht von den tatsächlichen Verhältnissen.

Aber auch der Blick nur auf die Finanzschuld ist nicht dazu angetan, Freudentänze aufzuführen. 416 Milliarden Schilling Schulden — nur Finanzschulden — zum 31. Dezember 1983 sind die bisher drastischste Erhöhung; eine Folge der falschen Budgeteinschätzung und eines Defizits, das wesentlich höher ausgefallen ist als prognostiziert.

Es ist interessant, die Entwicklung der Finanzschulden seit 1970 zu verfolgen. Wenn wir auf den Finanzschuldenbericht Bezug nehmen, wo die Vergleiche nur für eine beschränkte Zeit möglich sind, dann könnte man meinen, daß es gar nicht so schlecht sei. Vergleichen wir jedoch, was seit 1970 geschehen ist, so müssen wir feststellen, daß wir in einer geradezu besorgniserregenden Tempoverstärkung einem Schuldenberg zusteuern, den wir unter Umständen nur mehr sehr schwierig werden bewältigen können.

Die Finanzschuldenentwicklung von 1970 bis 1985 zeichnet sich durch zwei Quantensprünge aus. Ich möchte zuerst die Gegenüberstellung 1970 zu 1985 machen. Sie haben 1970 eine Finanzschuld von 47,7 Milliarden Schilling übernommen. Also das Erbe von 25 Jahren Wiederaufbauarbeit, das Erbe von ÖVP-Finanzministern waren 47 Milliarden Schilling Schulden. 1985 haben wir Schulden in der Höhe von 530 Milliarden Schilling. Bereits 1984 hatten wir nach 15jähriger SPÖ-Finanzministerschaft zehnmal mehr Finanzschulden, als während 25 Jahren durch ÖVP-Finanzminister angehäuft wurden.

Diese Quantensprünge betreffen die Jahre 1975 und 1983, an sich ein Jahr der Hochkonjunktur. Im Unterschied zum Jahr 1975, in dem der Quantensprung von Androsch gestaltet worden ist, ist der im Jahr 1983 unter Salcher, ich möchte sagen, passiert.

Wir hatten 1975 eine Zunahme der Finanzschuld von 61 Milliarden auf 100 Milliarden Schilling, also eine Zunahme der Schuld in einem Jahr um fast zwei Drittel. Wir haben 1983 eine Schuldzunahme von 341 Milliarden auf 416 Milliarden Schilling. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt heißt das: 1975 ist die Verschuldung von 9,93 Prozent auf 15,30 Prozent gestiegen, 1983 von 30,01 Prozent auf 34,52 Prozent. Derartige Quantensprünge in der Finanzverschuldung haben natürlich alle Dispositionen für längere Zeiträume illusorisch gemacht und haben dazu gezwungen, neue Überlegungen anzustellen.

In ähnlicher Weise haben sich auch die Haftungen entwickelt, wobei freilich in anderen Jahren interessanterweise entsprechende Erhöhungen erfolgt sind, insbesondere 1975 und 1976, und zwar 1975 von 74 Milliarden auf 104, 1976 auf 140, 1981 sind sie von 258 Milliarden auf 360 Milliarden Schilling gestiegen. Hier sind natürlich schon Dimensionen erreicht worden, an die unter ÖVP-Finanzministern überhaupt nicht gedacht werden konnte.

**Dr. Steidl**

Was mich noch mehr beunruhigt — ich sagte es schon —, ist das Tempo der Zunahme der Verschuldung. Auch darüber gibt der Finanzschuldenbericht sehr deutlich und klar Auskunft. Wenn wir nur die Zunahme der Finanzschuld von 1979 bis 1983 betrachten, so haben wir 1979 eine Zunahme von 15,9 Prozent, 1980 eine Zunahme von 13,1 Prozent, 1981 13,1, 1982 15,7 und 1983 besonders auffallende 21,8 Prozent.

Die Kennzahlen zur Veränderung der Finanzschuld in diesem Zeitraum im Verhältnis zum Budgetvolumen und zum Bruttoinlandsprodukt sind ebenso besorgniserregend und aufregend. Im Verhältnis zum Budgetvolumen sind sie von 11 Prozent 1979, 9,9 Prozent 1980, 10 Prozent 1981, 12,4 Prozent 1982 auf 18,3 Prozent 1983 gestiegen, in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes von 3,5 Prozent bis 6,2 Prozent. Das, meine Damen und Herren, sind Verhältniszahlen, die uns nicht in selbstgefälliger Zufriedenheit verharren lassen sollten, sondern die uns gemeinsam überlegen lassen sollten, was wir dagegen tun sollen.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat sich in der Budgetvorschau 1984 bis 1988 ausführlich insbesondere mit der Defizitentwicklung, dem Anstieg der Finanzschuld und der Entwicklung des Schuldendienstes beschäftigt.

Hat sich der Schuldendienst schon von 1979 auf 1984 verdoppelt, ist der Schuldendienst in nur fünf Jahren von 33,7 Milliarden Schilling auf 67,9 Milliarden Schilling angestiegen, so wird sich bis 1989, also in noch einmal fünf Jahren, neuerlich eine Verdoppelung ergeben, und wir werden, wenn, Herr Finanzminister, hier nichts passiert, 1989 einen Schuldendienst von 134 Milliarden Schilling haben. Das ist ein Betrag, der unter ÖVP-Finanzministern nicht einmal das gesamte Budget umfaßt hat.

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet dies, meine Damen und Herren, daß die Finanzschuld 1988 46,6 Prozent ausmachen und der Schuldendienst 33,3 Prozent betragen wird. Das bedeutet, daß 1988 schon jeder dritte Schilling der Nettoabgaben für den Schuldendienst verwendet werden muß und jeder sechste Schilling allein für Zinsen auszugeben ist.

Von allen Budgetausgaben erfährt die Position Finanzschuldenaufwand mit 58 Prozent die mit Abstand größte Steigerung. Diese Ver-

änderung der Ausgabenstruktur muß zwangsläufig zu Lasten anderer Aufgabenbereiche gehen.

Eine Modellrechnung der Industriellenvereinigung zeigt, daß in ganz besonderer Weise Investitionen und Investitionsförderung davon betroffen sind. Diese Position wird von 11,6 Prozent im Jahr 1985 auf 10,2 Prozent im Jahr 1989 zurückgehen.

Arbeitsplatzschaffende und konjunkturerhaltende Ausgaben werden gekürzt, weil durch eine falsche Budgetpolitik in Zeiten der Hochkonjunktur Verpflichtungen eingegangen wurden, die den Einsatz von Budgetmitteln für konjunkturelle Maßnahmen in den Folgejahren nur mehr eingeschränkt ermöglichen.

Defizit- und Finanzschuldenentwicklung sind in der Beiratsvorschau allerdings zu optimistisch dargestellt, weil eine Reihe von budgetwirksamen Maßnahmen, beispielsweise die Aufwendungen, die getätigt werden müssen, um die CA-Konzernbetriebe wieder liquid zu machen, zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorschau nicht bekannt waren. Aber auch diese Zahlen sind beängstigend.

Wir haben 1986 ein Bruttodefizit von 119 Milliarden Schilling zu erwarten und 1987 und 1988 ein solches von rund 140 Milliarden Schilling. Und das Nettodefizit wird in diesen Jahren von 67,4 Milliarden auf 84,3 Milliarden Schilling ansteigen.

Die realistische Prognose, weil später von der Industriellenvereinigung gemacht und daher diese Dinge, die inzwischen passiert sind, berücksichtigend, läßt für 1989 eine Finanzschuld von mindestens 855 Milliarden Schilling befürchten.

Diese Prognosen sollen aber nicht die Funktion einer Schlange haben, der der Staatsbürger erstarrt und reaktionsunfähig ins Auge blickt. Einnahmenseitig — das steht fest und ist durch die Einnahmementwicklung in den letzten Jahren empirisch bewiesen — ist eine Sanierung des Staatshaushaltes nicht möglich. Deshalb hat auch die Österreichische Volkspartei genauso wie bei einer Steuerreform, Herr Finanzminister, Überlegungen angestellt und ist offensiv geworden. Wir können diese Dinge nicht treiben lassen. Wir können nicht zusehen, wie die Verschuldung in dramatischer Weise zunimmt, wie der Schuldenberg von Jahr zu Jahr geradezu in Quantensprüngen höher wird, sondern wir haben deshalb Vorschläge gemacht, wie das Budget

**Dr. Steidl**

zu sanieren ist und wie es ausgabenseitig zu bewerkstelligen wäre.

Im Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Schüssel und Kollegen sind konkret die Maßnahmen angeführt, die getroffen werden müßten, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, das Budget zu sanieren.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Budgetsanierungskonzept zu erstellen, sie wird ersucht, ein Finanzmanagementkonzept aufzustellen, sie soll überprüfen, ob die gesetzlich fixierten Aufwendungen noch in bezug auf ihre Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit notwendig sind, sie soll Maßnahmen setzen, um die Wirtschaftlichkeit der Bundesbetriebe zu erhöhen.

Herr Finanzminister! Sie haben heute der Presse eine Reihe von Überlegungen mitgeteilt, zu denen wir absolut ja sagen können, weil sie das bestätigen, was wir jahrelang kritisiert haben und wo Sie von der Sozialistischen Partei uns zum Teil nicht ernst genommen haben.

Herr Finanzminister! Wir unterstützen Sie dabei, wenn Sie gegen das Förderungsdikt nicht ankämpfen wollen. Wir haben Ihnen immer gesagt, daß wir meinen, daß der Förderungsdschungel für Klein- und Mittelbetriebe undurchschaubar ist, daß die Förderungen vereinfacht werden müssen, daß auch die sogenannten Kleinen von den Förderungen etwas haben sollen.

Wir unterstützen Sie dabei, wenn Sie gegen die Förderungsprofis ankämpfen werden, gegen jene, die über eigene Interventionsbüros verfügen und in der Lage sind, alle Förderungen maximal auszunützen. Die kleinen und mittleren Wirtschaftsbetriebe, Herr Finanzminister, gehören in der Regel nicht dazu.

Wenn diese Maßnahmen dazu angetan sind, um diejenigen, die Arbeitsplätze sichern und Arbeitsplätze schaffen, zu mehr Förderungen gelangen zu lassen, dann haben Sie unsere volle Unterstützung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich höre — allein, der Glaube fehlt mir etwas —, daß Sie wieder mit der Nullbudgetierung beginnen werden. Wir haben das von Ihren Vorgängern Dr. Androsch und Dr. Salcher fast jedes Jahr bei der Budgetrede gehört. Die Ergebnisse, die in den Rechnungsabschlüssen vorliegen, zeigen, daß hier nur Ankündigungen gemacht worden sind. Das Ergebnis war — so wie Sie es als Nullbudge-

tierung angekündigt haben — tatsächlich allerdings Null in der Auswirkung.

Meine Damen und Herren! Trotz der Wertschätzung der Arbeit der Mitglieder des Staatsschuldenausschusses wird die Österreichische Volkspartei den Finanzschuldenberichten 1983 und 1984 nicht ihre Zustimmung geben, um nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, mit einer Budget- und Schuldenpolitik einverstanden zu sein, die immer mehr Mittel für Zinsen und Tilgungen zu Lasten investiver und damit arbeitsplatzschaffender Maßnahmen erfordert. *(Beifall bei der ÖVP.)* <sup>13.22</sup>

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky.

<sup>13.22</sup>

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ÖVP hat uns hier im Plenum nichts Neues gesagt. Wir haben schon im Finanz- und Budgetausschuß gehört *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber Sie wollen nicht hören!)*, daß diese Partei den Finanzschuldenbericht 1983 und 1984 ablehnen wird.

Wir haben damals der ÖVP schon gesagt, daß wir diese Vorgangsweise eigentlich nicht ganz verstehen können *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir können die Schulden nicht verstehen, Herr Dr. Veselsky!)*, denn in diesem Staatsschuldenausschuß wirken ja nicht nur der Regierung nahestehende Experten mit, sondern ganz hervorragende Vertreter der ÖVP.

Ich habe hier die Liste der Mitglieder. Unter dem Vorsitz von Universitätsprofessor DDr. Helmut Frisch ist unter anderem auch der Generalanwalt des Raiffeisenverbandes Generaldirektor Kommerzialrat Dr. Hellmuth Klauhs tätig, ehemaliger Finanzreferent der ÖVP. Es ist darüber hinaus Herr Direktor Dkfm. Dr. Helmut Dorn als Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft tätig. Und ich könnte Ihnen jetzt noch aus der Liste der Ersatzmitglieder jene Namen nennen, wo eindeutig klar ist — Ihnen, uns und der Öffentlichkeit —, daß es sich um der ÖVP nahestehende Experten handelt.

Als Ergebnis des Zusammenwirkens der Experten der verschiedensten Bereiche liegt nun dieser Bericht vor, und Sie sagen zu ihm nein. Sie sagen damit nein zur Arbeit auch eines Generaldirektors Dr. Klauhs. Sie sprechen ihm das Mißtrauen aus und nicht uns, meine Damen und Herren. Und das befrem-

7918

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

Dr. Veselsky

det uns bei dieser Gelegenheit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie nämlich insinuierten würden — und das hat Kollege Dr. Steidl, ich muß sagen dankenswerterweise, nicht getan —, daß dieser Finanzschuldenbericht verschönt wäre, geschönt wäre, unrichtig wäre, also verfälscht wäre, dann wäre das etwas, was wir auf das unterschiedenste zurückweisen müßten, denn es finden sich in diesem Bericht im Gegenteil sogar zwei Fehler, die die Situation Österreichs schlechter darstellen, als sie wirklich ist. Ich werde mir jetzt erlauben, Sie zu informieren.

Ich bitte Sie, mit mir den Finanzschuldenbericht 1984 zur Hand zu nehmen, Seite 38. Kollege Steidl wird ihn zumindest mithaben; die anderen Herren der ÖVP interessieren sich ja nicht dafür. Aber bitte, schauen Sie mit, Herr Kollege Steidl, Seite 38! Da steht unter anderem im letzten Absatz: „In bezug auf den Anteil der Verschuldung des Zentralstaates am Bruttoinlandsprodukt nahm Österreich 1982 wie in den Jahren davor den 4. Rang ein.“ Und darüber befindet sich nun die Tabelle, überschrieben mit „Verschuldung des Zentralstaates in Prozenten des Bruttoinlandsprodukts“. 1982 ist leicht aufzufinden. Schauen Sie sich diese Zeile mit mir an, dann finden Sie: Die stärkste Verschuldung hatte Schweden mit 60,6 Prozent, dann kam Großbritannien mit 47,2 Prozent, dann kam Japan mit 40,5 Prozent, dann kamen die USA mit 39,7 Prozent, dann die Niederlande mit 39,4 Prozent und dann Österreich mit 29,9 Prozent, das ist der 6. Platz nach Adam Riese. Aber in dem Finanzschuldenbericht, der angeblich so günstig ist für die Regierungspolitik, ist vom 4. Platz der Verschuldung die Rede, also offenbar etwas nicht ganz Richtiges.

Bei Tabelle 48 und in dem dazupassenden Text wiederholt sich dasselbe Bild. Auch hier wiederum: Wenn Sie sich die Tabelle anschauen, die effektiven Zahlen, dann ist die Verschuldung Österreichs die sechshöchste. (*Abg. Dr. Steidl: Das sind ja nur die Finanzschulden, Herr Kollege Veselsky! Sie müssen doch alle Schulden nehmen!*) Ich komme gleich darauf, Herr Kollege. Über diese Sache möchte ich mich dann noch eingehend unterhalten.

Herr Kollege! Es ist also in der Tat so, daß hier zweimal fehlerhafte Feststellungen getroffen werden, die die Situation Österreichs ungünstiger darstellen, als sie wirklich ist. Sie schütteln den Kopf? Selbstverständ-

lich ist der 4. Platz in der Staatsverschuldung ungünstiger als der 6. Platz! Und den 6. Platz haben wir wirklich eingenommen, der Staatsschuldenbericht spricht aber von einem unveränderten 4. Platz, also das ist doch schlechter!

Aber trotzdem stimmen wir zu, weil wir da keine böse Absicht dahinter vermuten. Es geht ja auch gar nicht darum, ob wir uns jetzt gar so aufplustern und schön zeigen oder ob wir uns gar so klein machen sollen, wie es Ihnen vorschwebt, meine Damen und Herren, sondern ich glaube, es kommt darauf an, die Dinge realistisch zu sehen.

Und das ist einer der Gründe, warum man die Politik in Österreich eigentlich immer mehr in Verruf gebracht hat. Denn die Menschen draußen haben ein sehr gutes G'spür dafür, daß die schlimmste aller Lügen die halbe Wahrheit ist. Und Sie sagen nur die halbe Wahrheit, wenn Sie erklären: Die Staatsverschuldung hat enorm rasch zugenommen! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das stimmt doch!*) Stimmt! Aber es ist die halbe Wahrheit. Sie müßten nämlich genauso sagen: Und im gesamten OECD-Bereich hat die Staatsverschuldung enorm rasch zugenommen. Dann wäre es die ganze Wahrheit. Und wenn Sie dies sagen — und ich glaube, das sollten wir uns vielleicht jetzt ausmachen, daß wir immer die ganze Wahrheit sagen —, dann werden die Menschen auch mehr Respekt davor haben, was Politiker sagen.

Und ich antworte auf Ihre Aufforderung, die ganze Wahrheit zu sagen, damit, daß ich sage: Sie haben recht. Es ist die Staatsverschuldung enorm rasch gewachsen, aber nicht nur in Österreich, sondern im Gleichschritt in der ganzen OECD.

Ich habe aus diesem Grund die Studie der OECD mit: Das ist nicht nur die Aussage eines Wissenschafters, denn was der eine Wissenschaftler sagt, wird vom anderen bestritten, und was der andere behauptet, wird vom ersten wiederum in Zweifel gestellt. Nein, das ist die Aussage der gesamten Gruppe der westlichen Industriestaaten! Und die ist zu Feststellungen gekommen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Die sagt, daß für die ganze OECD für 1971 bis 1982 das Phänomen gilt, daß die Budgetdefizite enorm explodiert sind.

Der Kollege Graf hat jüngst in der Öffentlichkeit etwas gesagt, was vollkommen stimmt: Die Menschen können sich darunter nichts vorstellen. In der Tat redet man bei

Dr. Veselsky

einer Diskussion über Defizite genau über das, was man nicht hat. Und die Menschen können sich darunter nichts vorstellen.

Also die Defizite haben im gesamten OECD-Bereich enorm zugenommen, und zwar im Schnitt um 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Und für Österreich gilt haargenau dasselbe. Und das wirkt sich jetzt klarerweise auch auf die Entwicklung der Staatsverschuldung aus. Und damit haben wir der Wahrheit die Ehre erwiesen. Das relativiert wahnsinnig viel. Das relativiert, daß wir uns eigentlich trotz aller Alleingänge, die es gegeben hat und auf die ich jetzt zu sprechen kommen werde, ich bin gerne bereit, darüber im Detail zu reden, doch auch wiederum sehr im internationalen Gleichschritt bewegt haben und bewegen.

Und Sie sagten, Herr Kollege Steidl: Ja, da gibt es aber einen Unterschied, wir haben noch die Verwaltungsschulden. *(Abg. Dr. Steidl: Und eine Reihe von Sonderfinanzierungen!)* Das haben andere Staaten ebenso. Es sind nämlich die Definitionsunterschiede zu berücksichtigen. Da könnten wir über viele Details reden.

Aber Sie finden in jedem Finanzschuldenbericht ein Sternderl bei Österreich, und dort steht, daß bei uns die Staatsbetriebe mit dabei sind, zum Unterschied von allen anderen Staaten. Und das weitet das österreichische Defizit optisch enorm aus.

Aber trotzdem stimmt die Regierungspartei dem Finanzschuldenbericht zu. Es geht uns nicht darum, zu schönen, es geht uns darum, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Dazu gehört: Die österreichische Staatsverschuldung ist enorm angewachsen — wer es bestreitet, sagt die Unwahrheit —, aber sie ist angewachsen im Gleichschritt mit der OECD.

Und für den Fall, daß jetzt der Zwischenruf gekommen wäre, ja, bitte, aber die Zahlen: Die habe ich auch hier, die habe ich vorbereitet. Also kommt der Zwischenruf? — Nein. *(Abg. Graf: Nein! Gerade nicht! — Heiterkeit.)* Er kommt nicht. Die Zahlen werden nicht verlangt. Sie begnügen sich mit den Ausführungen. Ich danke Ihnen im Interesse der Zuhörer, denn Zahlen erschlagen ja jeden, der zuhört. Beim Zuhören kann man ja nur Worte hören; Zahlen kann man lesen.

Ich bin bereit, Ihnen die Studie zur Verfügung zu stellen. Die Untersuchung heißt: „Die

Defizite des öffentlichen Sektors: Probleme und politische Folgewirkungen.“

Und jetzt sagt die OECD etwas, was sehr wichtig und was in Österreich überhaupt an uns vorbeigegangen ist, denn wir reden ja über andere Dinge in der Öffentlichkeit. Sie fragt: Was waren denn die Ursachen dafür, daß diese Budgetdefizite so explodiert sind in der ganzen westlichen Welt? Und sie kommt da zu einer sehr interessanten Antwort. Sie sagt: Ein Fünftel des Ganzen ist auf aktive Konjunkturpolitik zurückzuführen. Im Schnitt. Zwei Fünftel des Ganzen sind auf erhöhten Zinsendienst zurückzuführen; ein Budgetdefizit generiert ja das nächste, weil man dann nämlich höhere Staatsschuldenlasten zu tragen hat. Und drei Fünftel sind zurückzuführen im OECD-Durchschnitt aller 23 westlichen Industriestaaten auf erhöhte Arbeitslosigkeit. *(Abg. Graf: Jetzt sind wir aber schon bei sechs Fünfteln! Ich frage ja nur! Ich muß es nur wissen, dann bin ich einverstanden!)* Wir reden von Sechsteln, verzeihen Sie. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Graf: Ich wollte es nur wissen! Fühlen Sie sich nicht gestört!)* Sehr gut. Der Zwischenruf ist sehr gut. Ich bin Ihnen ausnahmsweise wirklich dankbar dafür.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn wir das wissen, dann gibt es eine österreichische Spezialität, nämlich erstens die, daß wir uns diese Untersuchung noch gar nicht in der Öffentlichkeit entsprechend angeschaut haben, und zweitens die, daß es in Österreich ja anders war, daß nämlich nicht nur ein Sechstel auf Deficit-spending zurückzuführen ist und drei Sechstel auf Arbeitslosigkeitserhöhung, sondern umgekehrt.

Das ist schon etwas sehr Wichtiges, weil wir uns Mitte der siebziger Jahre dazu entschlossen haben, sehr bewußt Deficit-spending im Interesse der Vollbeschäftigung zu betreiben, damit zwar in etwa die gleiche Defizitentwicklung auf lange Sicht haben, die gleiche Entwicklung der Staatsschuld haben wie andere, uns aber erspart haben die gigantische Ausweitung der Arbeitslosigkeit, die es woanders gegeben hat, und damit den Österreichern mehr Wohlstand verschafft haben.

Und jetzt rundet sich das Bild. Beim Staatsschuldenbericht reden wir nur über die Kosten, aber nicht darüber, was wir uns gekauft haben darum. Nämlich die Vollbeschäftigung haben wir uns lange Zeit damit gesichert, hohe Beschäftigung bis heute. Wir haben uns damit mehr Wachstum gesichert. Wir haben uns damit einen jährlichen Wachs-

**Dr. Veselsky**

tumsvorsprung von über 1 Prozent durch viele Jahre gesichert. Das ist den Österreichern zugute gekommen. Und die Rechnung dafür ist in etwa so, daß wir sagen können: Die Kosten sind ähnlich, wenn nicht gleich denen anderswo, meine Damen und Herren.

Ich komme damit zu dem Schluß, daß das eigentlich doch wiederum Teil des österreichischen Modells ist, Teil des österreichischen Erfolgs und Beweis der Richtigkeit des bisherigen österreichischen Weges, meine Damen und Herren.

Und sehen Sie, wir ertragen die ganze Wahrheit, die Sie von uns verlangt haben. Jawohl, die Staatsschulden sind in Österreich gewaltig gestiegen. Aber es ist auch der Wohlstand gestiegen, und wir haben die Beschäftigung aufrechterhalten können. Und da können wir sagen, Herr Kollege Steidl: Wir haben keinen Grund, uns zu schämen. Wir treten hin und sagen: Jawohl, so war es, das ist die ganze Wahrheit, wir stehen für sie ein.

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns aber diesen Staatsschuldenbericht nicht nur so ansehen: Jetzt gibt er also der Regierungspolitik recht, jetzt betont es der Sprecher der Regierungsparteien, und das andere wird von ihm übergangen. Ich glaube, das wäre nicht ganz fair, und das widerspricht genau dem, was ich mir vorgenommen habe als Tenor, als ich sagte: Die schlimmste Lüge ist sehr oft die halbe Wahrheit.

Es ist nämlich so, daß ich Ihnen ja sagte: In der gesamten OECD, bei allen 23 westlichen Industriestaaten, ist ein Mechanismus in Gang gekommen, daß nämlich die Defizite früherer Jahre neue Defizite hervorrufen durch den enorm angestiegenen Staatsschuldendienst.

Das bringt also für das Jahr 1986 laut Staatsschuldenbericht 1984 die Problematik, daß wir wesentlich höhere Rückzahlungen als zuletzt vor uns haben. Das ist keine kleine Aufgabe für den Finanzminister und die Bundesregierung und eine enorme Versuchung dann für die Opposition, die Ausweitung des Budgets, die sich daraus ergeben kann und wird, zum Anlaß zu nehmen, wieder eine Formalkritik zu erheben.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Schluß. Es ist erfreulich, hohe Beschäftigung zu haben. Es ist erfreulich, Wohlstandsvermehrung zu registrieren. Es ist unerfreulich, eine hohe Verschuldung feststellen zu müssen, und es ist nur ein halber Trost,

wenn diese Verschuldung im Gleichschritt mit der anderer Staaten der Welt gestiegen ist. Die Problematik vor uns ist keine österreichische, sie ist eine des gesamten westlichen Wirtschaftssystems. (*Abg. Dr. Steidl: Der Schweiz nicht!*) Des gesamten westlichen Wirtschaftssystems! Und Sie werden doch nicht glauben, daß die Schweiz dem Osten angehört.

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Problematik stärker und schwächer in den einzelnen Staaten, in den USA zum Beispiel enorm stark, in der Schweiz weniger stark, aber es ist eine Problematik für uns alle in der westlichen Industriegesellschaft. Wir nehmen vom Staat größere Gemeinschaftsleistungen in Anspruch, als wir bereit sind, gesellschaftlich bereit sind, zu finanzieren. Es ist in der Tat so, daß die gestiegene Arbeitslosigkeit einen eingebauten Defizitmechanismus bedeutet und damit die Budgetdefizite vergrößert. Es ist in der Tat so, daß der Staatsschuldendienst einen enorm gewachsenen Anteil einnimmt, und es sind viele, viele ungelöste Fragen vor uns. Aber bitte, es sind nicht Fragen Österreichs allein, es sind Fragen der gesamten westlichen Industriegesellschaften.

Und wir Österreicher haben unsere Sache bisher gar nicht so schlecht gemacht. Wir brauchen uns nicht als Bankrotteure zu fühlen. Wir sollen aber auch nicht glauben, daß wir der Nabel der Welt wären und schon alle Probleme gelöst hätten. Das sage ich im Bewußtsein dessen, daß ich versucht habe, nicht nur die halbe Wahrheit zu sagen, sondern die ganze. Sie ist nicht so unerfreulich und nicht so erfreulich.

Wir jedenfalls werden diesem Staatsschuldenbericht trotz dieser Fakten, die ich aufgezeigt habe, unsere Zustimmung geben, und das Adjektiv „gern“ erspare ich mir. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) <sup>13.41</sup>

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Helbich.

<sup>13.41</sup>

Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzschuldenbericht 1983 und 1984 zeigt deutlich, daß wir mit unseren Staatsschulden auf der Überholspur sind. Ich unterscheide mich hier sehr stark vom Herrn Dr. Veselsky. Ich stimme darin überein, wenn er sagt, daß die Schulden enorm gewachsen sind; in Ordnung. Aber ich bin ganz anderer Meinung, ich glaube nicht, daß wir im Gleich-



**Ing. Helbich**

schritt gegangen sind, sondern daß wir uns stärker verschuldet haben als alle anderen.

Wir verschulden uns von Jahr zu Jahr immer mehr und immer schneller. Während wir im Jahr 1974 — in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes — mit 9,9 Prozent verschuldet waren, stieg im Jahr 1982 der Prozentsatz auf 29,9 Prozent, eine Steigerung um 203 Prozent in diesem Zeitraum.

In den USA hingegen ist die Verschuldung im gleichen Zeitraum nur um 15 Prozent gewachsen, in Holland um 81 Prozent, in Frankreich um 84 Prozent, in Deutschland um 145 Prozent, in Schweden um 149 Prozent und bei uns in Österreich eben leider um 203 Prozent. In Großbritannien nahm die Staatsverschuldung in diesem Zeitraum sogar um 15,4 Prozent ab.

Aus all diesen Gründen, auf Grund dieser Situation können wir dem Finanzschuldenbericht natürlich nicht zustimmen.

Was können wir aber tun, um aus dieser Situation zu kommen? Wir müssen sinnvoll sparen, richtig investieren, wachsen und mehr exportieren. Dazu gehört natürlich ein wirtschaftsfreundliches Klima, bessere Rahmenbedingungen und Optimismus für die Zukunft. Wir brauchen neuen Mut für die Zukunft. Bei Optimismus wächst die Wirtschaft besser. Bei einem Klima von Angst und Zukunftspessimismus kann die Wirtschaft nicht erfolgreich sein. (*Abg. Fauland: Aber selber jammern Sie immer!*)

Wir müssen viel mehr die Chancen und nicht die Gefahren der kommenden Jahre sehen (*Abg. Peck: Das müssen Sie dem Herrn Mock sagen!*), dazu brauchen wir einen freien Rücken und nicht den Sozialminister im Nacken mit der Maschinensteuer. (*Beifall bei der ÖVP.*) Jawohl, nicht den Sozialminister im Nacken mit der Maschinensteuer.

Nur wer freien Rücken hat, kann sich in dieser wandelnden und innovativen Zeit auf den neu zu gewinnenden Märkten durchsetzen. Da muß man langfristig kalkulieren können und Sicherheit haben, daß nicht mit neuen Belastungen gedroht wird.

Wirtschaftswachstum muß qualitatives Wachstum sein im Sinne eines oft tiefgreifenden Strukturwandels. Sinnvolles Wirtschaftswachstum mit hochentwickelten Produkten bringt eine geringere Umweltbelastung, geringeren Rohstoff- und Energieverbrauch.

Wir müssen alles tun, um junge Wissenschaftler als Mitarbeiter und Mitunternehmer in die Wirtschaft zu bekommen, um mit ihnen gemeinsam zukunftssträchtige, wachstumsorientierte, umweltfreundliche Produkte zu erzeugen.

Wir brauchen, wie schon so oft gesagt, eine neue Gründerzeit, die nur durch den unternehmerischen Menschen, ganz gleich, ob Mitarbeiter, Mitunternehmer oder Unternehmer, geschaffen werden kann. Entscheidend dabei ist immer wieder der dynamische, der erneuerungsfreudige und risikoreiche Unternehmer.

Leistung muß sich wieder lohnen, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, und nicht nur beim Sport. Wir beklatschen die Sieger des Sports voller Stolz und machen sie zu Volkshelden. Übertragen wir das auch auf die Wirtschaft. Freuen wir uns, wenn sie erfolgreich ist in Produktion und in mehr Export in fremde Länder. Dort kann sie nur bestehen, wenn sie schneller, besser, ideenreicher als ihre Konkurrenten am Markt ist. Das sind oft erbitterte, harte Kämpfe, risikoreich und weit entfernt. Das sind die Voraussetzungen für einen internationalen Erfolg.

In der Hochtechnologie ist eine große Chance für Klein- und Mittelbetriebe. Hier gibt es große Möglichkeiten.

In der Welt arbeiten hervorragende Österreicher in modernsten Betrieben mit großem Wissen. Holen wir sie wieder zurück, geben wir ihnen eine Möglichkeit, bei dieser neuen Gründerzeit mitzuarbeiten und mitzugestalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bieten wir ihnen für ihr großes Können, ihre reichhaltige internationale Erfahrung die Möglichkeit, Mitunternehmer oder selbst Alleinunternehmer zu werden, mit günstigem Wagniskapital für risikoreiche, innovatorische Investitionen. Sie könnten uns helfen, den Strukturwandel schneller durchzuführen, um schneller zu rationalisieren, um wieder in die Gewinnzonen zu kommen und damit bedrohte Arbeitsplätze wieder zu sichern.

Rationalisierung ist als Mittel zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit allem anderen vorzuziehen, da ein Abblocken neuer Techniken Arbeitsplätze gefährdet. Die Maschinensteuer wäre eine schwere Rationalisierungsbremse mit furchtbaren Folgen.

Ein Nationalökonom sagte einmal, die These von der Rationalisierungsarbeitslosigkeit

Ing. Helbich

keit hat sich immer als falsch erwiesen. Wer die Arbeiter vor Rationalisierung schützt, der schützt sie vor Lohnerhöhungen.

Die arbeitsparende Technik, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Unglücksfall, sondern eine Sicherung für die Zukunft. Der weltweite Bedarf an immer perfekteren Computern und Robotern schafft Tausende neue Arbeitsplätze. Bald ist der Computerbau das größte Geschäft der Welt.

Was heute noch Luxus ist, wird morgen Massenluxus sein und übermorgen jedermanns Lebensstandard. So einer schnellen Entwicklung gehen wir entgegen.

Tun wir daher alles, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir diese Zukunftsentwicklung bewältigen und unsere Staatsschulden verkleinern. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.47

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

13.47

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Lassen Sie mich eingangs doch eine Korrektur vornehmen. Herr Kollege Helbich, ich hoffe, Sie haben gewußt, von welchen Budgetjahren wir hier reden. Ich hoffe, Sie wissen, daß wir hier die Finanzschuldenberichte über die Jahre 1982 und 1983 behandeln und nicht, so wie Sie gesagt haben, 1983/84. Denn nach dem, was Sie hier zu diesen Staatsschuldenberichten gesagt haben, kann ich Ihnen wenig seherische Fähigkeiten zubilligen. Ich glaube kaum, daß Sie imstande sind, bereits jetzt den Finanzschuldenbericht für das Jahr 1984 zu kommentieren. Sie haben es nicht einmal für das Jahr 1982/83 getan, sondern offensichtlich hier noch schnell vor den Handelskammerwahlen eine Wahlrede gehalten.

Ich glaube, es wäre schon soviel Sorgfaltpflicht notwendig, sich hier zu überzeugen und die Finanzschuldenberichte zu lesen, dann wüßte man auch, was man dazu zu sagen hat und würde nicht mit der falschen Voraussetzung, daß man über die falschen Jahre redet, beginnen. Ein Jahr haben Sie richtig gesagt, das ist das Jahr 1983. *(Ruf bei der ÖVP: Die Jahre sind doch unwichtig, wenn man über Fakten spricht!)* Das Jahr 1984 werden Sie nächstes Jahr bekommen, aber nicht vorher.

Es setzt natürlich die Ausführungen eines

Abgeordneten ins rechte Licht, wenn man schon von vornherein von falschen Voraussetzungen und zu falschen Budgetjahren spricht. Das nur eingangs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verschuldung des Staatshaushaltes stellt natürlich für eine Volkswirtschaft ein ernstes Problem dar, doch zeigt die Arbeit der sozialliberalen Regierung bereits erste und erkennbare Erfolge. So ist erstmals seit dem Jahre 1979 der Voranschlag 1984 unterschritten worden, und das Defizit hat sich verringert. In Anbetracht der aus den Jahren der sozialistischen Alleinregierung — aber nicht nur aus dieser Zeit — übernommenen Schuldenlast ist das Einfrieren des Defizits wichtigste Zielsetzung der Koalitionsregierung.

Sicher ist man in dieser Zeit, als wir diese Schulden etwas leichtfertig aufgenommen haben, einer falschen Einschätzung der Konjunktorentwicklung unterlegen. Sicher haben wesentliche Leute, die damals dafür verantwortlich waren, offensichtlich jenen Weitblick nicht gehabt, den ich in relativ kurzer Zeit beim derzeitigen Finanzminister bemerken kann. Wir erkennen das, und wir sind dankbar, daß sich der Herr Finanzminister Vranitzky in so kurzer Zeit so schnell über die tatsächlichen, wichtigen Maßnahmen im klaren war und dieser Bundesregierung und dem Parlament die entsprechenden Konsequenzen vorgeschlagen hat.

Die Zunahme der Finanzierungsausgaben ist kaum zu beeinflussen, da Schuldaufnahmen früherer Jahre jetzt zu tilgen sind. Gleichzeitig hat sich aber auch — das war wohl etwas, wo man einer Fehleinschätzung unterlegen ist — das Zinsniveau erhöht.

Die Maßnahmen dieser Bundesregierung zur Budgetkonsolidierung tragen jedoch erste erkennbare Früchte. Durch Einsparungen konnten die Ausgaben für den Sachaufwand des Bundes 1984 um 2,7 Milliarden Schilling reduziert werden. Auf Grund der erfolgreichen Wirtschaftspolitik und der damit verbundenen Konjunkturbelebung mußte im Gegensatz zu 1983 der Konjunkturausgleichshaushalt nicht mehr eingesetzt werden.

Der freiheitliche Koalitionspartner begrüßt deshalb die Bestrebungen des Herrn Finanzministers und seines Staatssekretärs, eine stärkere Anwendung der Nullbudgetierung und einen erleichterten Zugang zu Förderungsmaßnahmen zu erreichen. In diesem Zusammenhang findet allerdings die Erschwerung einer mißbräuchlichen Inan-

**Grabher-Meyer**

spruchnahme von Förderungsmaßnahmen die volle Zustimmung der freiheitlichen Fraktion.

In diesem Zusammenhang darf man aber auch den Fachleuten, die diese Finanzschuldenberichte über die Jahre 1982 und 1983 ausgearbeitet haben, Dank sagen. Es sind interessante, es sind übersichtliche und informative Zusammenstellungen der Finanzschulden von Bund, Ländern und Gemeinden, und wir von der Freiheitlichen Partei werden deshalb diese Berichte zur Kenntnis nehmen.

Die sozial-liberale Koalition ist sich der Schuldenproblematik voll bewußt und betreibt deshalb energische Bemühungen zur Budgetkonsolidierung. Erfolge dieser neuen Budgetpolitik sind bereits eingetreten. Dies wird ja auch vom Wirtschaftsforschungsinstitut voll bestätigt. Die Analyse des Budgetvollzuges 1984 durch das Wirtschaftsforschungsinstitut ergibt eine Verminderung des Brutto-defizits gegenüber dem Bundesvorschlag für 1984 von 4,5 Milliarden Schilling und eine Verminderung des Nettoabganges gegenüber dem Bundesvoranschlag um 4,8 Milliarden Schilling.

Die Ursachen für diese Verbesserung, laut Wirtschaftsforschungsinstitut, sind die Zurückhaltung bei Ausgaben, zum Beispiel bei Post und Sozialversicherung, die Umschichtung bei den Investitionen von überdimensionierten Bauten zu Ausrüstungen. Der Konjunkturausgleichsvoranschlag 1984 mußte wegen der positiven Wirtschaftsentwicklung, wie ich schon gesagt habe, nicht in Anspruch genommen werden.

Die Staatsschuld wird weiterhin von Auslands- zu Inlandsschulden verlagert, wie es den Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses entspricht. Auslandsschulden wurden verstärkt zurückgezahlt. 1984 konnten per Saldo auch wieder Kursgewinne bei der Auslandsschuld erzielt werden, wodurch sich diese immerhin um netto 2 Milliarden Schilling verringerte.

einer Anregung des Rechnungswesens, ein Teil des Budgetdefizits aus den verbleibenden Kassenbeständen zu decken, durch mußten weniger Kredite, die in Anspruch genommen wurden, als Staatsschul-

einem Interview gegenüber einer österreichischen Zeitung gesagt hat.

Wir begrüßen diese energischen Bemühungen des Herrn Finanzministers. Wir bedanken uns für diese kooperative Zusammenarbeit bei den Überlegungen, wie der Staatshaushalt dieses Landes in Ordnung gebracht werden kann. Mit den strengeren Budgetrichtlinien wird die langjährige freiheitliche Forderung nach Nullbudgetierung erfüllt. Auch bei der Subventionsgebarung liegt die Koalition in dieser Frage auf einer Linie.

Herr Finanzminister! Es ist richtig, wie Sie gegenüber einer Zeitung erklärt haben, daß wir uns besonders anstrengen müssen, daß Sie sich für das Budget 1986 um verschärfte Richtlinien bemühen werden, daß Sie auch gegenüber Ihren Ressortkollegen deutlich erklärt haben, wo die Schwerpunkte für dieses Budget liegen müssen, wo die notwendigen Einsparungen angesetzt werden müssen und daß man sich bei den Ausgaben sehr genau überlegen muß, ob sie konjunkturbelebend sind oder nicht.

Selbstverständlich gibt es einige Bereiche, wo natürlich auch der Finanzminister nichts anderes machen kann als Sachzwängen nachzugeben. Der Personalaufwand ist unvermeidlich. Er wird ja durch die Sozialpartnerschaft festgelegt, und der Finanzminister hat dem zu entsprechen.

Aber es gibt eben Möglichkeiten im Bereich des Sachaufwandes, wo gespart werden kann, und gerade Ihre Absichtserklärungen, Herr Bundesminister, in diesem Bereich sind unserer Auffassung nach der richtige Weg.

Ich möchte deshalb abschließend gerade anläßlich der heutigen Debatte über den Bericht der Staatsverschuldung Ihnen, Herr Finanzminister, sagen, daß Sie sicher sein können, daß Sie in der freiheitlichen Fraktion, sollten Sie diesen Weg weiter beschreiten, einen Verbündeten haben und Sie auf diese Weise in Zukunft eine bessere, für die Bürger erträgliche Finanzpolitik und Budgetpolitik betreiben können. Unsere Unterstützung werden Sie dafür uneingeschränkt haben. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 13.57

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Vranitzky.

13.57

Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Steidl! Ich

**Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky**

komme zurück auf unsere Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß. Sie haben natürlich recht, daß internationale Vergleiche immer unter dem Mangel leiden, daß die Statistiken nicht erfaßbar sind und daß die politischen Strukturen in den verschiedenen Ländern es auch nicht erlauben, die Statistiken vergleichbar zu machen.

Es geht aber eigentlich auch gar nicht darum — und ich möchte das wirklich in aller Deutlichkeit betonen —, sich sozusagen in der Abgabe von Jubel- oder Verzweiflungsberichten Wettbewerbskämpfe zu liefern, sondern es geht darum, durch die internationalen Vergleiche die eigene Position zu definieren und die eigene Position so zu definieren, daß man daraus auch Schlußfolgerungen ziehen kann. Selbst wenn IMF oder OECD oder UNO und von wem immer es internationale Statistiken gibt, dieselben Probleme haben, die einzelnen Länder statistisch zu erfassen, dann kann man aus der Kontinuität der Fehlerquelle dennoch eine gewisse Glättung der Statistiken ablesen.

Genauso mit Zweifeln behaftet ist natürlich der Vergleich, den Sie immer anstellen, nämlich das Jahr 1985 mit den Jahren der sechziger oder der siebziger Jahre zu vergleichen.

Wir alle wissen, daß wir uns in einer beweglichen Wirtschaft befinden. Wir wissen, daß die Geldwerte sich leider verdünnt haben. Wir wissen, daß wachsende Wirtschaften wachsende nominelle Aggregate mit sich bringen, wir wissen aber auch — und das ist doch wirklich das Wichtigste —, daß die achtziger Jahre in unserem Land und in der ganzen industrialisierten Welt strukturpolitisch ganz anders gelagert sind als die siebziger Jahre oder die sechziger Jahre. Wir wissen, daß unser Wirtschaftswachstum und unser Aufschwung etwa der sechziger und siebziger Jahre ganz maßgeblich getragen waren vom Aufholprozeß der Europäer gegenüber den Amerikanern; ein Prozeß, der abgeschlossen ist. Aus diesem Grund ergibt sich schon sehr viel weniger Wachstumstempo und Wachstumsdynamik.

Ich sage das hier, meine Damen und Herren, mit so großem Nachdruck, weil ich auch unter dem Eindruck zweier großer Konferenzen stehe, an denen ich in den letzten Tagen teilgenommen habe. Die Strukturpassung ist das Problem der Industriestaaten. Sie ist nicht nur ein Problem Österreichs, sondern der Industriestaaten schlechthin.

Es wird Sie interessieren, daß die Schwellen-

länder und die Entwicklungsländer von den Industriestaaten verlangen, eine expansive Wirtschaftspolitik zu betreiben, eine Politik, die von den Budgetrestriktionen weggeht, eine Politik der Zinssatzsenkungen, eine Politik des Verzichts auf Rückzahlungen et cetera. Wenn ich das auf unsere staatsfinanzielle Situation umlege, dann würde das ganz maßgebliche Belastungen bedeuten.

Ich darf Ihnen auch berichten, daß die große Mehrheit der Industriestaaten dieses Ansinnen der Schwellenländer ablehnt, daß die Finanzminister und Regierungschefs der europäischen, aber auch der außereuropäischen Industriestaaten sagen: Das ist alles sehr gut und schön, wir werden international kooperieren, aber sozusagen als zweiter Schritt, erst nachdem wir unsere eigenen Wirtschaftsbereiche in Ordnung gebracht haben. — Daraus ist abzulesen, daß wir an Überlegungen internationaler Konjunktursolidarität oder etwas ähnlichem keine großen Hoffnungen knüpfen dürfen.

Wenn man das wieder auf unsere Situation umlegt, muß man auch wissen, daß wir in vielem, was wir an Strukturpassungen zu erledigen haben, ganz auf uns allein gestellt sein werden und nicht auf den internationalen Zusammenhang warten können.

Es ist uns schon sehr viel an Strukturpassungen gelungen. Ich denke etwa an die österreichische Papier- und Zellstoffindustrie. Ich denke an weite Bereiche der Textilindustrie. Man kann die Aluminiumindustrie, man kann den Fremdenverkehr und man kann bestimmte Dienstleistungen hernehmen. Schauen Sie sich an, wie positiv sich der Städtetourismus entwickelt hat! Wir haben aber auch viele andere Bereiche, in denen diese Strukturpassung eben nicht oder noch nicht gelungen ist und daher noch vor uns liegt.

Wenn der Herr Abgeordnete Helbich hier in beredten Worten für die Strukturverbesserung, für die Leistungssteigerung und für die Begeisterung der jungen Fachleute an unserer Wirtschaft einen flammenden Appell hält, dann pflichte ich ihm bei. Dieser ist allerdings an die Adresse der Wirtschaft zu richten. Die Regierung kann sich nur bemühen, die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Jetzt können Sie sagen: Die Rahmenbedingungen sind eben so schlecht. Ich habe schon darauf gewartet, daß Sie jetzt den Kopf schüteln werden. Aber wenn die Rahmenbedingungen so schlecht sind, dann müßten

**Bundesminister für Finanzen Dr. Vranitzky**

eigentlich für alle gleich schlecht sein. Nur gibt es in Ihren Kreisen welche, die gute Gewinne haben, und welche, die ununterbrochen Riemergasse-verdächtig sind. Also irgend etwas muß es auch damit zu tun haben und nicht nur mit den Rahmenbedingungen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir werden uns in vielen Beratungen, parlamentarisch und außerparlamentarisch, mit dem Bundeshaushalt zu beschäftigen haben. Wir werden sehr viele strukturelle Maßnahmen zu beraten haben, und zwar gemeinsam. Ich nehme das sehr gerne auf. Wir werden uns im Finanz- und Budgetausschuß sicherlich darüber unterhalten. Aber bei allem Bemühen sollten wir nicht vergessen, daß das Budget das monetäre oder finanzielle Spiegelbild unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist, und es wird auch geboten sein, bei aller Entschiedenheit, mit der wir vorgehen müssen, die Maßnahmen so zu setzen, daß wir nicht in gesellschaftliche und politische Anspannungen kommen, die dann dieses Vorhaben erst recht mißlingen lassen. Ich bitte, das auch bei allen Maßnahmen, die uns haushaltsrechtlich und haushaltstechnisch noch zu beschäftigen haben, zu bedenken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.05

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Schüssel.

14.05  
Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Hohes Haus! Ich will mich zuerst kurz mit meinen Vorrednern beschäftigen. Ich stimme dem Finanzminister völlig zu, wenn er sagt, internationale Vergleiche oder auch Vergleiche mit der Vergangenheit, den sechziger oder siebziger Jahren seien relativ. Das sei ohneweiters zugestanden. Diese Vergleiche dienen nur der jeweiligen Positionsbestimmung — ja. Aber wichtig sind solche Vergleiche und internationale Berichte deshalb — ich werde dann noch auf den OECD-Bericht zu sprechen kommen —, weil man daraus Konsequenzen ziehen sollte. Und genau darum geht es uns!

Es kann nicht genügen, zu jammern, schwarzzumalen, wie schlimm es werden könnte, und eine möglicherweise heraufdämmernde Krise gerade bei den Finanzierungsmöglichkeiten unseres Staates zu beklagen. Wir wollen Sie dazu zwingen, endlich die Konsequenzen aus derartigen international vorliegenden Berichten und aus den katastrophalen Vergleichen zu ziehen. Darum geht es uns, um nichts anderes! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann überhaupt nicht beipflichten, Herr Minister, wenn Sie sagen, der Aufholprozeß Europas gegenüber Amerika sei die Ursache gewesen, daß wir in den sechziger, siebziger Jahren eine ganz andere Situation hatten, aber das sei jetzt abgeschlossen. Da muß ich mich wohl verhört haben! Ich habe nicht den Eindruck, daß der Aufholprozeß Europas abgeschlossen sei. Im Gegenteil, die Amerikaner sind uns in vielen Bereichen — ich erwähne nur etwa die Hochtechnologie — wieder meilenweit davongezogen. Und wir sind auf dem besten Weg, abgekoppelt zu werden; wir können uns da nicht selbstzufrieden zurücklehnen.

Sie haben gesagt, Umschuldungen oder Forderungen nach einer Erhöhung der Entwicklungshilfe seien nicht machbar, weil sie nicht finanzierbar sind. Ist das eine ehrliche Antwort, Herr Finanzminister? Ich glaube, daß es eher so ist, daß wir es nicht gerne tun, wie alle anderen Länder auch. *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Vranitzky.)* Doch, Schwellenländer, Umschuldungen waren ein Thema, das Sie angeschnitten haben.

Ich glaube, daß wir jetzt still und heimlich gezwungen sind, für derartige Dinge auch in den Budgets vorzusorgen, weil sie uns eben über internationale Umschuldungsabkommen ganz einfach abverlangt werden. Und das geschieht in steigendem Ausmaß.

Der letzte Themenbereich, den Sie angesprochen haben: Rahmenbedingungen und unternehmerisches Fehlverhalten.

Natürlich gibt es unternehmerisches Fehlverhalten. Es gibt gute und schlechte Unternehmer, genauso wie es gute und schlechte Politiker gibt. Aber eines, bitte, sei gesagt: Den Hinweis auf die Rahmenbedingungen würde ich an Ihrer Stelle schon ernster nehmen, denn sogar im OECD-Bericht ist bereits die gestiegene Zahl von Insolvenzen kritisch vermerkt. Irgendwo hat das natürlich etwas mit dem dramatisch geschwundenen Eigenkapital zu tun, für das leider Gottes diese Regierung offensichtlich sehr wenig Verständnis hat.

Zum Abgeordneten Veselsky eine Bemerkung: Er hat kritisiert, wir würden den Finanzschuldenbericht ablehnen, obwohl doch auch Experten, die uns nahestehen, mit im Staatsschuldenausschuß vertreten sind. Sie haben natürlich völlig recht, es wird dort mitgearbeitet. Aber, Herr Abgeordneter Veselsky: Beschließen wir heute eigentlich

**Dr. Schüssel**

einen Bericht über Experten, die Zahlen gesammelt haben über eine Entwicklung, die längst Geschichte ist, oder wird nicht heute vielmehr über einen Bericht über die Schuldenpolitik dieser Regierung abgestimmt? Genauso, meine Damen und Herren von den Koalitionsparteien, wie wir die Budgets dieser Koalitionsregierung ablehnen, die ja die Voraussetzung der hohen Finanzschulden sind, lehnen wir auch die Folgen ab, die sich eben im Finanzschuldenbericht niederschlagen. Deshalb erfolgt unser Nein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen noch einige Zahlen in Erinnerung rufen, die diese dramatische Entwicklung im Finanzschuldenbereich verdeutlichen.

Die explodierenden Staatsschulden sind das Ergebnis einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Sie haben früher einmal gesagt, Schulden seien Ihnen lieber als Arbeitslose. Heute haben wir einen Berg Schulden und steigende Arbeitslosenraten von immerhin beinahe 5 Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)*

Die Schulden betragen, in Prozenten des Bruttoinlandsprodukts: 1970 12,5 Prozent, 1980 über 26 Prozent, 1985 bereits 38,6 Prozent. Wenn es Ihnen in absoluten Zahlen pro Kopf lieber ist: 1970 war jeder Österreicher mit gerundet 6 000 S verschuldet, 1980 mit 35 000 S, und 1985 ist er es bereits mit 70 000 S. Das sind dramatische Entwicklungen!

Ich nehme sehr ernst, was Abgeordneter Nowotny im Finanzausschuß gemeint hat, nämlich wir sollten, wenn wir über Schulden reden, auch über die Mittelverwendung reden. — Akzeptiert! Laßt uns also über die Mittelverwendung reden, und zwar differenziert.

Der einzige wirkliche Wachstumsbereich in den öffentlichen Haushalten sind die Finanzschulden, die Zinsen und Tilgungen. Das läßt sich einfach nicht wegdiskutieren. Ich behaupte: Die Zinsen — nichts anderes! — fressen heute in steigendem Ausmaß das Budget auf. In Prozent der Nettoeinnahmen: Zinsenzahlungen 1970 5,3 Prozent, 1980 12,4 und 1985 19,5 Prozent. Das heißt, jeder fünfte Steuerschilling muß heute bereits für Zinsen bezahlt werden, wozu natürlich noch die Rückzahlungen kommen.

Wollen Sie es wieder auf pro Kopf der Bevölkerung umgelegt haben, so machen die

Zinsen und Rückzahlungen bereits 10 000 S pro Österreicher aus, die bezahlt werden müssen, ob er will oder nicht.

Zur Mittelverwendung. Wir machen heute weit mehr Schulden, als wir investieren. Wiederum ein kleiner Vergleich mit früheren Zeiten, den Sie sicher nicht sehr gerne hören. Das Nettodefizit betrug 1970 2,2 Milliarden Schilling, die Bruttoanlageinvestitionen des öffentlichen Sektors hingegen 17,5 Milliarden, also 2 gegenüber 17; 1980 29 Milliarden Nettodefizit, aber 41,6 Milliarden Investitionen; heute 60 Milliarden Nettodefizit, aber nur mehr 41,8 Milliarden Investitionen.

Das heißt, das Nettodefizit — und das sind natürlich die Schulden von heute — übertrifft die Investitionen bereits um 50 Prozent. Meine Damen und Herren! Das ist wirklich besorgniserregend!

Nun habe ich mir mitgenommen — weil der Herr Abgeordnete Veselsky gesagt hat, wir sollen nicht Halbwahrheiten sagen — die Titelseite der „Arbeiter-Zeitung“, wo drübersteht: „Österreich kreditwürdiger denn je“, wir sind unter den zehn Besten. Dabei wird Bezug genommen auf eine Studie des Institutional-Investor, eine Art jährliches Länderrisikobarometer, das den Stellenwert der einzelnen Länder angeben soll.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß dieser zehnte Platz überhaupt nichts Sensationelles ist. Wir waren bereits auf dem neunten, wir waren aber auch schon auf dem elften Platz. An der Spitze dieses Länderrisikobarometers aber stehen Staaten, deren Wirtschaftspolitik gerade von den Rednern der Sozialistischen Partei immer besonders heftig kritisiert wird, nämlich die Vereinigten Staaten, Japan, die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland und interessanterweise auch Großbritannien.

Nach Ihrer eigenen Darstellung — „Arbeiter-Zeitung“ — wären das daher Staaten, die kreditwürdiger sind als Österreich, demnach also auch eine solidere Wirtschaftspolitik machen. Uns kann es ja nur recht sein, wenn Sie daraus auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Was haben diese Länder gemacht? — Sie haben mehr Sparsamkeit und weniger Verschwendung auf ihre Fahnen geschrieben, mehr der Privatinitiative und weniger dem Staat vertraut, mehr Eigenverantwortung und weniger Steuern bevorzugt und die Bürokratie zurückzudrängen versucht.

**Dr. Schlüssel**

Noch etwas ist interessant bei diesem Länderrisikobarometer. Österreich lag auch 1980 an zehnter Stelle, aber damals — in einer 100-Punktliste — laut einer Jury der hundert größten internationalen Bankinstitute mit 87,6 Punkten an zehnter Stelle, im März 1985 nur mehr mit 82,5 Punkten. Das heißt also, die Kreditwürdigkeit Österreichs hat in den letzten fünf Jahren mehr als fünf Punkte eingebüßt. Relativ sind wir durchaus gleichgeblieben, aber das war bei Gott kein Grund zu irgendeiner Jubelschlagzeile, wie wir sie in der „Arbeiter-Zeitung“ finden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber noch einen Punkt erwähnen — ich hätte es gar nicht getan, wenn ihn nicht der Herr Abgeordnete Veselsky so ausführlich erwähnt hätte —, nämlich den OECD-Bericht über Österreich. Das ist eine wirklich interessante Studie, ich bin ihn zwar nicht „in der Öffentlichkeit durchgegangen“, aber ich habe ihn daheim gelesen. Er ist wirklich lesenswert.

Und was steht in diesem Bericht wirklich drinnen? Erstmals — zum Unterschied von früheren Jahren — enthält dieser Bericht auffallend viele kritische Bemerkungen über die österreichische Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Situation.

Dabei muß man wissen, daß dieser Bericht ja nicht von irgendwelchen Experten geschrieben wird, die das allein machen. Von Regierungsseite wurde ja sofort kritisiert, das sei bereits der Neoliberalismus in der Wirtschaftspolitik, der hier durchgeschlagen habe. Nein, dieser Bericht wird mit der österreichischen Bundesregierung abgestimmt und enthält auch damit Positionen der österreichischen Regierung, die in dieses Papier mit eingegangen sind.

Was sagt nun dieser Bericht? Ganz anders, als Sie behauptet haben, Herr Abgeordneter Veselsky — wörtliches Zitat, Seite 37, für Sie zum Mitlesen —: Der Anstieg der öffentlichen Schuld in den letzten zehn Jahren hat sich rascher vollzogen als im OECD-Durchschnitt. — Rascher, nicht im Gleichschritt! — Die sich daraus ergebende kräftige Zunahme des Schuldendienstes und seiner Kosten hat den Spielraum der Fiskalpolitik bereits beträchtlich eingeschränkt.

Da macht sich die OECD berechtigt Sorgen um die rasche Ausweitung außerbudgetärer Finanzierungen, vor allem in Form von Bürgschaften.

Dies verdient Aufmerksamkeit, weil die

daraus für das Budget letztlich entstehenden Kosten nicht klar sind.

Die OECD regt sich darüber auf, daß ein längerfristiges Finanzierungssanierungskonzept fehlt. Und die OECD empfiehlt Österreich harte Sparmaßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg.

Immer, wenn Alois Mock von Kurswechsel sprach, haben Sie geschmunzelt. Was Ihnen die OECD-Experten empfehlen, ist ein Kurswechsel, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wiederum wörtlich sagen die OECD-Prüfer: Da die Zinszahlungen und andere Ausgabenposten rascher steigen als die Einnahmen, ist klar geworden, daß zur Wiederherstellung einer hinreichenden budgetpolitischen Flexibilität durch längere Zeit bedeutende und oft schwierige defizitabbauende Maßnahmen erforderlich sind.

Meine Damen und Herren! Ich gebe mich nicht zufrieden mit der Zitation von OECD-Worten, auch wenn ich sie für richtig halte. Mich interessieren vielmehr die Konsequenzen, die aus dieser Studie zu ziehen sind. Lassen Sie mich abschließend einige wenige Sätze dazu sagen:

Erstens: Der OECD-Bericht sollte für uns alle ein ernstes Warnsignal sein, die zurzeit herrschende wirtschaftspolitische Absenz der Regierung unverzüglich zu beenden. Die konjunkturelle Atempause darf nicht verschlafen werden, sondern muß zur Lösung der aufgezeigten Probleme rasch genützt werden.

Zweitens: Die bisher vom Finanzminister medial gezogenen Schlußfolgerungen aus dem OECD-Bericht sind für uns zum Teil unzulänglich und zum Teil einfach falsch. Sie sollten möglichst rasch überprüft und revidiert werden, denn zum Abbau der von der OECD mit Besorgnis registrierten rasch wachsenden Jugendarbeitslosigkeit brauchen wir nicht ein schlecht konzipiertes, schlecht dotiertes Jugendbeschäftigungsprogramm, sondern — wiederum sei es gesagt — einen generellen Kurswechsel in der Struktur- und Industriepolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das vom Finanzminister selbst genannte Budgetsanierungsziel, das in Wahrheit nichts anderes heißt, als das Nettodefizit soll gleich hoch bleiben, ist zuwenig ambitioniert und geht am eigentlichen Problem vorbei.

Meine Damen und Herren! In den Budgets

**Dr. Schüssel**

1986 und 1987 muß es harte Schnitte geben, damit wir überhaupt wieder einen neuen Spielraum für die Wirtschaftspolitik bekommen.

Eine weitere Schlußfolgerung, die mit der OECD übereinstimmt, ist: Eine Steuerreform ist unverzichtbar, wenn man die von der OECD im Detail herausgearbeiteten Mängel im Eigenkapital- und Forschungsbereich tatsächlich beseitigen will.

Die von Vranitzky vorgeschobenen Gründe für die Ablehnung einer Steuersenkung sind nicht stichhältig, wenn auf der Ausgabenseite des Budgets endlich gespart wird. Daß das geht, haben uns die Deutschen ganz eindeutig vorexerziert. (*Abg. Dr. Nowotny: Und welche Erfolge haben sie gehabt?*) Ich nenne Ihnen gleich die Erfolge. (*Abg. Dr. Nowotny: Noch höhere Arbeitslosenraten!*) Aber ist ja überhaupt nicht war. Die gleiche Arbeitslosenrate wie bei Amtsübernahme. Nur: Was die SPD-FPD-Koalition jahrelang versäumt hat, ist heute noch nicht bewältigt; das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber beim Budget hat die deutsche Bundesregierung seit der Wende vor zweieinhalb Jahren wirklich etwas zustande gebracht. Hören Sie sich das einmal in Ruhe an. Wir hatten damals vor zweieinhalb Jahren in Ziffern das genau gleiche Nettodefizit wie die Bundesrepublik, nur wir in Schilling und die Deutschen in DM, was ungefähr der Wirtschaftskraft unserer Länder entspricht. Aber seit dieser Zeit haben die Deutschen wirklich auf der Ausgabenseite gespart, und sie sind heute — 1985 — auf etwas knapp über 20 Milliarden herunter.

Unsere Neuverschuldung hingegen steigt in Richtung 70 Milliarden an, jetzt 60, nächstes Jahr wahrscheinlich 70 Milliarden. Das heißt, von einem Verhältnis 1:1 kommen wir auf ein Verhältnis 3:1, und dabei können die Deutschen 1986 bereits die erste Etappe einer sehr ordentlich dotierten Steuersenkung — 11 Milliarden DM — finanzieren. Das machen Sie Ihnen nach, daraus könnte man lernen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hingegen ist seit dem Amtsantritt der österreichischen Koalitionsregierung ein Einsparungspotential von rund 35 Milliarden Schilling — das ist die tatsächliche Abweichung gegenüber unserem von Mock vor der Wahl vorgelegten Sanierungsprogramm zum Budget — unerfüllt geblieben. Sie haben diesen Spielraum einfach leichtsinnig vergeben.

Robert Graf hat vor wenigen Tagen wiederum ganz konkrete, zum Teil harte Maßnahmen vorgeschlagen. Lernen Sie doch daraus! Übernehmen Sie diese Vorschläge! Im Dienstpostenbereich wären 7 000 Dienstposten durch Nichtnachbesetzung einzusparen. Die Zuschüsse der Bundesbetriebe, besonders der Bundesbahnen sollen endlich unter die 20-Milliarden-Schilling-Marke gedrückt werden. Die direkte Wirtschaftsförderung kann ohne Substanzverlust jährlich um 10 Prozent reduziert werden. (*Abg. Dr. Nowotny: Agrarbudget!*) Bitte nehmen Sie doch alles zusammen! Es ist möglich, glauben Sie es mir! Unsere Zustimmung können Sie, wenn Sie auch bei den anderen Dingen mitgehen, voraussetzen.

Die Zusammensetzung der Budgetausgaben darf sich nicht länger nach der Ellenbogenstärke der einzelnen Ressortminister richten. Robert Graf hat gesagt, abgesehen von Umweltschutz und Jugendarbeitslosigkeit soll es in allen Bereichen rigorose Ausgabenüberprüfungen geben, damit die Ausgabensteigerung unter die Inflationsrate kommt.

Meine Damen und Herren! Unser Wirtschaftssprecher ist — und ich kann ihm nur beistimmen — für eine ungeschminkte Bestandsaufnahme auch bei den Transferausgaben eingetreten. Ich weiß, das sind sicher unpopuläre Maßnahmen. Wir haben den Mut dazu. Folgen Sie uns! Begnügen Sie sich nicht mit regierungsamtlichen Weihrauchkörnern, die sehr bald einen eher ungünstigen Geruch erzeugen könnten! (*Beifall bei der ÖVP.*) <sup>14.22</sup>

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm und mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam. (*Abg. Graf: Der wird sich selbst berichtigen!*)

<sup>14.22</sup>

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich veranlaßt, zwei Ausführungen des Kollegen Schüssel zu berichtigen:

Erstens hielt er mir entgegen, daß meine Feststellung, daß sich Österreichs Staatsverschuldung im Gleichschritt mit der der OECD entwickelt habe, laut OECD-Bericht falsch wäre.

Ich stelle hier fest, daß sie nicht auf dem OECD-Bericht, den er nannte, basierte, sondern auf einer Spezialstudie der OECD: Public sector deficit — das verstehen Sie wahr-



**Dr. Veselsky**

scheinlich nicht, wenn ich es Ihnen vorlese (*Abg. Dr. Schwimmer: Weil Sie so gut verstehen, sind Sie nicht Staatssekretär!*) — problems and policy implications.

Hätten Sie meinen Ausführungen genau zugehört, dann hätten Sie sich auch ... (*Abg. Graf: Muß eine Belastung sein, wenn man so gescheit ist, in so einer Umwelt leben zu müssen!*) Wahrscheinlich verstehe ich es wesentlich besser als Sie, denn Sie haben es nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Ich korrigiere Kollegen Schüssel in einem weiteren Punkt. Er sagte, daß die USA zum Unterschied von Österreich eine Wirtschaftspolitik mit ... (*Abg. Graf: Das muß Ihnen weh tun!*) Ich habe nur 5 Minuten, Herr Kollege, das wissen Sie. (*Abg. Graf: Ich kann nichts dafür! Ich habe nicht die Geschäftsordnung gemacht! Carpe diem!*)

Kollege Schüssel sagte weiters, daß die USA im Unterschied zu Österreich eine Wirtschaftspolitik der Sparsamkeit betrieben hätten und aus diesem Grund auch erfolgreich gewesen wären.

Richtig ist, daß zwar die Ziele in diese Richtung formuliert wurden, das Budgetdefizit der USA aber größer geworden ist und beispielsweise im Jahre 1982 — auch aus dieser Studie erhellend — größer war, in Prozent des BIP, als in Österreich, nämlich mit 3,8 Prozent gegenüber Österreich mit 2,5 Prozent. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Wissen Sie überhaupt, was Sie berichten?*) 14.25

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Berichte getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1983 der Österreichischen Postsparkasse, III-18 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Ausschusses abstimmen, den Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Finanzschuldenbericht 1984 der Österreichischen Postsparkasse, III-61 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

**5. Punkt: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (572 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird (604 der Beilagen)**

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (572 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird (604 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Scheucher. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Scheucher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf ist auf die Aufhebung von Teilen des § 25 Abs. 2 des Zollgesetzes 1955 (Beschlagnahme von Waren) durch den Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit mit Wirkung ab 1. Juni 1985 zurückzuführen.

Der Zollausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 10. April 1985 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der Fassung eines gemeinsamen Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Lenzi, Eigruber und Koppensteiner mit Stimmeinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Zollausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (572 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

**Präsident Dr. Stix**

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich erteile es ihm.

14.27

Abgeordneter Dr. Lenzi (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das österreichische Zollgesetz stammt aus dem Jahr 1955 und hat sich in seinen Grundsätzen und Grundelementen bewährt.

Auf Grund nationaler Entwicklungen und internationaler Veränderungen im Güter- und Reiseverkehr ergab sich die Notwendigkeit, einzelne Vorschriften und bestimmte Verfahren im Zollrecht den neuen Gegebenheiten und Anforderungen anzupassen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist sicherlich nicht Gegenstand einer großen Novelle. Trotzdem enthält er eine ansehnliche Reihe von Verbesserungen. Wie noch im einzelnen darzulegen sein wird, wird darin dem berechtigten Wunsch nach Vereinfachung der Verwaltung und damit nach Rationalisierung der Zoll- und Grenzabfertigung in bestimmten Bereichen des internationalen Waren- und Reiseverkehrs Rechnung getragen.

Die ins Auge gefaßten Maßnahmen werden mit 1. Juni dieses Jahres in Kraft treten und daher noch vor der Sommerpause Vereinfachungen für die Zollämter einerseits und für die Transportwirtschaft und Reisenden andererseits bringen.

Mit ein Grund für die Ausarbeitung dieser Regierungsvorlage war die Tatsache, daß der Verfassungsgerichtshof wesentliche Elemente des Beschlagnahmerechtes der Zollorgane als verfassungswidrig aufgehoben hat.

Aus Gründen der Zollaufsicht und überhaupt zur Vollziehung der Aufgaben der Zollbehörden ist es aber unbedingt erforderlich, daß die Zollverwaltung mit bestimmten Rechten zur Beschlagnahme ausgestattet ist.

Die Beschlagnahme von Waren muß immer eine vorläufige Maßnahme darstellen, die dann in einen endgültigen Entzug der Ware mündet oder mit einer Freigabe oder Rückgabe abgeschlossen wird.

Für die Beschlagnahme sind folgende Gründe vorgesehen: Zur Ausübung der allgemeinen Zollaufsicht — die Beschlagnahme soll hiebei aber nur subsidiär zulässig sein, das heißt, wenn andere Maßnahmen nicht möglich sind —; ferner zur Durchsetzung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten und überdies zur Sicherung der Einbringung

von Schuldsigkeiten oder zur Sicherung von Beweisen im Zollerhebungsverfahren.

Im Rahmen der Behandlung des vorliegenden Entwurfes wird aber auch die Gelegenheit wahrgenommen, die sonstigen besonderen Befugnisse der Zollorgane auf eine solche Weise zu regeln, daß sich Schwierigkeiten in der Abgrenzung gegenüber dem Finanzstrafgesetz nicht ergeben können. So wurden die Rechte zur Festnahme und zur Vorführung von Personen sowie zur Hausdurchsuchung im Finanzstrafgesetz geregelt, weshalb sich dieser Entwurf lediglich auf eine entsprechende Verweisung beschränkt.

Was die Befreiung von der Stellungspflicht in der Ausfuhr betrifft, sieht der Entwurf eine verwaltungsmäßige Vereinfachung des Verfahrens vor. Erstens soll die Zuständigkeit für die Befreiung von der Stellungspflicht vom Finanzministerium auf die Zollämter erster Klasse übertragen werden.

Zweitens sollen gewisse Anordnungen lediglich im zollamtlichen Bescheid getroffen werden.

Meine Damen und Herren! Die Novelle sieht auch eine Erleichterung der Grenzabfertigung im Straßengüterverkehr vor. Auf diesem Sektor wird künftig eine Zusammenfassung aller zollamtlichen Agenden in einer einzigen behördlichen Erledigung möglich sein. Dadurch wird die Basis geschaffen, zum Beispiel die Kommissionsgebühren, die Kraftfahrzeugsteuer und den Straßenverkehrsbeitrag gemeinsam mit den Eingangsabgaben in einer einzigen Bestätigung des Zollamtes vorschreiben zu können.

Auch für den Bereich der Zollager bietet die Novelle Vereinfachungen an. Um einem Bedürfnis der Wirtschaft zu entsprechen, können nunmehr auch Lagerflächen im Freien in die Zollager einbezogen werden. Eine weitere Verbesserung wird sich im Zollagerverkehr auch dadurch ergeben, daß für Einlagerungen von Waren die Beschau nicht mehr zwingend vorgeschrieben sein wird.

Fühlbare Erleichterungen wird es auch bei den verschiedenen Lagerbehandlungen geben. Überdies wird die bisherige vollständige Aufzählung der zulässigen Behandlungen beseitigt.

Auch die Neuregelung der Vorschriften über den Zwischenauslandsverkehr hat die Vereinfachung der Verwaltung zum Ziel. Deshalb wurde der neue Paragraph 127 wesent-

**Dr. Lenzi**

lich problemloser gestaltet. Dieses Zollverfahren fand bisher im Straßenverkehr über kurze Strecken, im Hilfswegedienst der Eisenbahnen, im Luft-, im Post- und im Reiseverkehr statt. In Hinkunft entfällt dieses Zollverfahren unter bestimmten Voraussetzungen im Eisenbahn- sowie im Reiseverkehr. In der Praxis werden sich diese Erleichterungen im Eisenbahnverkehr zum Beispiel auf der Strecke Kufstein—Salzburg oder bei Beförderungen in den Bezirk Reutte in Tirol über deutsches Gebiet sehr vorteilhaft auswirken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Im Reiseverkehr wird beispielsweise über das Kleine deutsche Eck, also von Salzburg über Lofer nach Tirol und natürlich auch in der Gegenrichtung, eine Abfertigung zum Zwischenauslandsverkehr nicht mehr notwendig sein. Eine wichtige und sehr praxisbezogene Vereinfachung bietet auch die Neufassung des § 172 Absatz 5 Zollgesetz. Hier soll zwecks Beschleunigung des Reiseverkehrs die Möglichkeit der Abwendung eines Finanzstrafverfahrens ausgedehnt werden, und zwar durch Erhöhung der Betragsgrenze von 1 000 S auf 2 000 S, und durch eine Neuregelung für jene Fälle, in denen die Verzollung nicht möglich ist. Wenn also ein Reisender Waren mitführt, auf die Eingangs- oder Ausgangsabgaben von nicht mehr als 2 000 S entfallen, und hiebei die Stellungs-, Erklärungs-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht verletzt oder zu verletzen versucht, sind solche Finanzvergehen nicht zu verfolgen, wenn der Reisende neben den Abgaben eine Abgabenerhöhung in der Höhe dieser Abgaben entrichtet und auf das Rechtsmittel der Berufung verzichtet oder bei fehlenden Voraussetzungen für die Zollabfertigung die Vernichtung der Ware beantragt.

Schließlich wird durch Ergänzung des § 172 die im vergangenen Jahr geschaffene Vereinfachung der Grenzabfertigung im Reiseverkehr durch Kennzeichnung der Fahrzeuge mit E-Scheiben gesetzlich normiert. Auf Grund des im Zollausschuß gemeinsam eingebrachten Abänderungsantrages wurde der ursprüngliche Wortlaut durch eine bessere Formulierung ersetzt. Durch das Anbringen der E-Scheibe bekundet der Reisende gegenüber den Organen des Grenzzollamtes, daß er keine zollpflichtigen Waren mitführt. Über die sonstigen Verbesserungen im Zollrecht wird mein Fraktionskollege Heinz Grabner noch sprechen.

Meine Damen und Herren! Eine objektive Betrachtung der gegenständlichen Novelle läßt den Schluß zu, daß die darin enthaltenen

Neuerungen einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung und Rationalisierung des österreichischen Zollrechtes leisten werden. Die SPÖ-Fraktion wird daher dieser Regierungsvorlage sowie dem erwähnten Abänderungsantrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* <sup>14.37</sup>

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Koppensteiner.

<sup>14.37</sup>

Abgeordneter **Koppensteiner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An sich bedaure ich es, daß diese Regierungsvorlage dadurch zustande gekommen ist, daß wesentliche Teile des § 25 Abs. 2 des Zollgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben wurden und die vorhandenen Mängel nunmehr saniert werden müssen. Ich glaube, diese Materie hätte es verdient, ohne diesen Anstoß behandelt zu werden. Dafür gibt es viele Gründe.

Es ist aber erfreulich, daß ein wenn auch kleiner Schritt in Richtung einer längst fälligen Reform des gesamten Zollrechtes getan wurde. Kollege Lenzi hat im Detail dazu Stellung genommen, sodaß ich mir diesbezügliche Ausführungen ersparen kann. Die Tätigkeit des Zollausschusses sowie die Behandlung einschlägiger Materien findet im Hohen Haus überlicherweise kaum Beachtung. Wohl auch deshalb, weil es sich kaum um kontroverielle oder gesellschaftspolitisch relevante Themen handelt. Ich darf dazu aber feststellen, daß die Zollgesetze beziehungsweise jene Gesetze, die von den Zollorganen administriert werden, nahezu jeden Staatsbürger treffen, wenn auch nicht immer individuell feststellbar.

Für moderne Industriestaaten von der Größe Österreichs ist die außenwirtschaftliche Verflechtung insbesondere auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation von eminenter Bedeutung. Diesem Erfordernis Rechnung tragend sind die nominellen Importe in den letzten zehn Jahren auf das über 23fache, die Importquote, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 20 Prozent auf 36 Prozent gestiegen. Die Importstruktur hat sich allerdings auf Kosten der Warenimporte zu den Dienstleistungen und den Reiseverkehrausgaben der Österreicher im Ausland verschoben.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigten auch die Exporte. Sie stiegen im gleichen Zeitraum auf das fast 24fache und damit wesentlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt mit einem Plus von 9,2 Prozent. Die Exportquote erhöhte sich von 20 auf 37 Prozent.

**Koppensteiner**

So erfreulich diese Entwicklung rein statisch ausschaut, muß dazu doch kritisch vermerkt werden, daß Klein- und Mittelbetriebe trotz enormer Steuer- und Abgabenbelastung sowie beeinträchtigt durch zu viel Bürokratie und die von meinem Kollegen Helbich erwähnte Rute des Sozialministers im Fenster trotzdem die wesentlichen Träger unserer Exporte sind, und dies unter Konkurrenzbedingungen, die, gemessen an Konkurrenzländern, nicht gerade die besten sind.

Ich würde Wert darauf legen, daß diese Kriterien auch für den Bereich der verstaatlichten Wirtschaft angewendet werden. Hier werden Exporte — man kann es wörtlich sagen — um jeden Preis durchgeführt, wobei die Differenz der österreichische Steuerzahler zu berappen hat.

Nur: Die private Wirtschaft muß Gewinne ausweisen. Wenn sie keine Gewinne hat, führt der Weg zum Insolvenzgericht. Der Weg der verstaatlichten Betriebe führt zum Finanzminister, zum Parlament um Zuschüsse in Milliardenhöhe. Das kann man im Einzelfall tun, aber es darf nicht zu einer Dauereinrichtung werden, denn eine Dauereinrichtung kann es nicht sein, daß ein Großteil der Bevölkerung — Selbständige, Unselbständige und Bauern — dafür aufzukommen hat, daß in anderen Bereichen (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) — auch die Bauern! (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann — weitere Zwischenrufe bei der SPÖ*) — das Geld sehr locker ausgegeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der großen Regierungspartei! Das sind nüchterne Feststellungen. Ich wiederhole, was Kollege Schüssel schon gesagt hat: Schließen Sie sich doch unseren Vorstellungen an — Steuerreform, Beschäftigungsprogramm, Wirtschaftsgesetze! Auch Ferlach gehört zu Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik. (*Ruf bei der SPÖ: ... verzollen müssen!*) Der Zoll wäre dann relativ hoch, denn meine Aussagen sind kostbar, Herr Kollege! (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP*)

Schließen Sie sich also unseren Vorstellungen an, und es gibt sicher einen gemeinsamen Weg.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits ausgeführt, daß der grenzüberschreitende Verkehr sowohl im Hinblick auf Waren und Dienstleistungen, aber auch im Reiseverkehr nahezu jeden Staatsbürger trifft. Die Tätigkeit der Organe der Zollverwaltung wird landläufig so gesehen: Sie stehen an der Grenze,

zum Teil unter recht schwierigen Bedingungen; Abgase, und was noch dazugehört. Haben Sie was zu verzollen? — Und jeder freut sich, wenn er mit einer Flasche Chianti oder mit einer Stange Zigaretten dann einmal so über die Grenze kommt. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, so einfach ist es, bitte, nicht! Es ist sicher spektakulär und spricht für die Qualität unserer Zollverwaltung, wenn immer wieder Rauschgifthändler aufgegriffen werden, wenn ihnen das Handwerk gelegt wird. Aber das ist die Tätigkeit, die nach außen sichtbar wird. Hinter den Kulissen sieht es anders aus.

Der Vollzug von Zollgesetzen ist eher von untergeordneter Bedeutung, da Zölle, bedingt durch die wirtschaftliche Integration, kaum noch eingehoben werden. Die Tätigkeit erstreckt sich daher auf den Vollzug vieler anderer Gesetze und Verordnungen, die mit dem Zoll im engeren Sinn überhaupt nichts zu tun haben, wohl aber im grenzüberschreitenden Verkehr anzuwenden sind.

Ich habe mir die Mühe gemacht — und das ohne Anspruch auf Vollständigkeit —, jene Gesetze aufzulisten, die jedes Zollorgan vollziehen muß. Ich bin dabei auf die stattliche Anzahl von 75 Gesetzen gekommen.

Einige Beispiele. Das fängt im engeren Bereich an: Zolltarifgesetz, Zollgesetz, Durchführungsverordnung, Wertzollgesetz, Taragesetz, Außenhandelsgesetz. Und dann geht es hinein in die direkten Steuern: Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Alkoholabgabe, Schaumweinsteuer, Tabakgesetz. Dann andere Bereiche: Beschußgesetz, Salzmonopol, Sicherheitskontrollgesetz, Fernmeldegesetz, Punzierungsgesetz, Devisengesetz, Kraftfahrzeugsteuergesetz, Grenzkontrollgesetz.

Ich glaube, meine Damen und Herren, demonstrativ reicht es; taxativ sind es 75 Bundesgesetze, die hier vollzogen werden müssen! Dazu Verordnungen, Erlässe, Judikatur.

Das gilt zunächst einmal für die Kolleginnen und Kollegen Beamten. Ein schwerer Dienst. Dafür werden sie bezahlt. Aber der Staatsbürger, der dafür nicht bezahlt wird, muß unter Strafsanktion diese Gesetze buchstabengetreu beachten, und die Wirtschaft muß über ihren Verwaltungsapparat die Voraussetzungen auf Kosten der Wirtschaft schaffen. (*Abg. Tonn: Wieviel von den 75 hat es schon 1970 gegeben? — Abg. Graf: Eine interessante Frage! — Abg. Tonn:*

**Koppensteiner**

... daß Sie keine Ahnung haben!) Herr Kollege! Mit Zoll habe ich mich schon vor 30 Jahren beschäftigt, und zwar beruflich! (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Tonn.*) Die Zollorgane haben diese Gesetze zu beachten! Sie haben nicht zugehört, Herr Kollege! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Tonn.*) Kein Mensch hat behauptet, daß diese Gesetze neu geschaffen wurden, sondern ich zähle sie auf, um an Sie alle zu appellieren, endlich hier eine Vereinfachung herbeizuführen, wobei wir gerne mittun, denn es ist einfach zuviel Bürokratie. Der Behörde und dem Staatsbürger wird zuviel zugemutet. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwimmer: Der Tonn...! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dienst der Zollwache betrifft natürlich auch die Grenzsicherung. Nur: Im Hinblick auf die aufgeführten anderen Aufgaben kommen sie ja kaum dazu, und die Grenzsicherung erfolgt bei uns gemeinsam mit der Exekutive. Allerdings, möchte ich sagen, eher sporadisch. Dafür gibt es im Kärntner Grenzgebiet Beispiele. Ich habe es schon einmal angeführt.

Es ist eher kabarettreif und gehört in eine Faschingszeitung, daß jugoslawische Grenztruppen nicht wissen, wie österreichische Exekutivorgane in Winteruniform ausschauen. Es wurde nämlich eine ganze Patrouille verhaftet, einen Tag festgehalten und amikal wieder freigelassen. Ich glaube, so etwas dürfte nicht passieren. Das spricht nicht gerade für die Qualität und für die Effizienz unserer Grenzüberwachung, wo tagtäglich aus dem südlichen Raum irgend etwas einsickert, was wir an sich nicht wollen.

Ich empfehle daher — bitte, da genau zuzuhören, damit ich nicht in den Geruch komme, die Bürokratie ausweiten zu wollen! —: Es erschiene mir überlegenswert, im Rahmen des Bundesheeres dafür speziell ausgebildete Einheiten mit der reinen Grenzsicherung zu betrauen, ohne — wie es in Deutschland mit dem Bundesgrenzschutz oder in Italien mit den Carabinieri der Fall ist — einen eigenen Exekutivkörper zu schaffen. Ich glaube, das wäre eine Aufgabe des Bundesheeres im Dienste des Staates. Die Zollwacheorgane hätten mehr Zeit, könnten sich gründlicher ausbilden und das tun, was sie nämlich tun sollen: den Waren- und Personenverkehr an den Grenzübertrittsstellen vollziehen. (*Zwischenrufe.*)

Und ein weiteres Anliegen: Bei der Schwie-

rigkeit der Materie — ich weiß schon, daß eine Vereinfachung nicht von heute auf morgen gehen wird, denn hier gibt es international Hemmnisse, das kann ja nicht im Alleingang gemacht werden, sondern das muß akkordiert geschehen — sollte man deshalb unsere Kollegen gründlichst schulen, denn es ist ja nicht selbstverständlich, was theoretisch gefordert wird, daß heute ein Zollorgan Techniker, Chemiker, Biologe oder ein dem ähnlicher Experte sein kann. Ich kann es mir sehr wohl vorstellen, daß es schwierig ist, bei der Kontrolle eines Containers, die stichprobenweise durchgeführt ist, festzustellen, ob es sich um bemaltes Alteisen oder um eine Uranerzaufbereitungsanlage handelt. Diese Entscheidung mußte ja auch irgendwer treffen. Aber ich gebe zu, sie war nicht leicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will aber auch sagen, daß man hier den Organen, die unmittelbar an der Front, militärisch ausgedrückt, Dienst machen — und es wurden ja Agenden verlagert —, doch etwas mehr an die Hand gehen könnte, und zwar zu Lasten der Zentralstellen. In Kärnten werden 300 Zollwachebeamte von drei Offizieren betreut, davon macht einer reinen Verwaltungsdienst. Ich glaube, die sollten mit Rat und Tat zur Verfügung stehen, und hier sollte man etwas großzügiger sein, zu Lasten von Zentralstellen und anderen Verwaltungsaufgaben, die vielleicht nicht so wichtig sind.

Nun noch ein konkretes Anliegen. Herr Bundesminister! Sie haben also vom Rektor der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz ein Schreiben bekommen, und zwar betrifft es den § 31 des Zollgesetzes, der nunmehr nicht mehr das Gebiet der Einfuhrumsatzsteuer umfassen soll. Es ist richtig, man soll hier die Abgaben trennen, aber es gibt ja auch Möglichkeiten, das Umsatzsteuergesetz zu novellieren.

Und gerade dieser § 31 war für die Kunsthochschulen deshalb von ganz erheblicher Bedeutung, weil er die Eingangsabgabenbefreiung für jene Instrumente enthält, die in Österreich nicht erhältlich sind oder nicht in entsprechender Form erzeugt werden. Wenn diese Befreiungsmöglichkeit entfällt, würde dies eine empfindliche Mehrbelastung des Hochschulbudgets bedeuten. Eine Kunsthochschule ist aus fachlichen Gründen gezwungen, laufend Instrumente, Klaviere, Blasinstrumente, aber auch audiovisuelle Geräte im Ausland zu kaufen. Bisher wurden diese Ankäufe im Ausland immer ohne die Bezahlung der Eingangsabgaben getätigt. Durch eine Änderung der derzeitigen Rechts-

7934

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Koppensteiner**

lage würde sich für die inländischen Erzeuger keinesfalls eine Besserstellung ergeben, wie dies in den Erläuterungen zu der geplanten Novelle vermeint wird. Für eine ganze Reihe von Instrumenten gibt es nämlich in Österreich gar keine Erzeuger.

Wir bekennen uns also sicher dazu, unsere heimische Wirtschaft weitestgehend zu schützen, aber für Produkte, die nachgewiesenerweise bei uns nicht erhältlich sind, soll man die Latte vom Finanziellen her nicht höher hängen, und insbesondere nicht im Bereich von Wissenschaft und Kunst.

Ich würde daher bitten — was Sie im Ausschuß auch angedeutet haben —, zunächst durch eine bessere Dotierung im Wissenschaftsbudget Abhilfe zu schaffen, aber in weiterer Folge auch legislativ wieder etwas zu tun, sodaß man einen Rechtsanspruch hat und nicht zu irgend jemanden bitten gehen muß. Ich glaube, das wäre ein Zustand, den wir uns alle wünschen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen.

Ich habe bereits ausgeführt, daß wir dieser Vorlage und dem Abänderungsantrag, der ja von allen drei Parteien eingebracht wurde, die Zustimmung geben, dies als einen ersten Schritt in die richtige Richtung betrachten, aber nicht rasten sollten, es dabei nicht belassen, sondern uns wirklich bemühen sollten, hier eine grundlegende Reform aller Gesetze — bitte, das ist jetzt nicht ein Vorwurf, sondern eine Einladung — in Angriff zu nehmen, die den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr regeln, im Interesse der Wirtschaft, aber auch im Interesse jedes Staatsbürgers, der aus irgendwelchen Gründen Waren aus dem Ausland bezieht oder eigene Waren ins Ausland verbringt, und der Touristen. Ich glaube, es wäre also für alle nur positiv und sicher nicht kontroversiell, weil es eine gute Sache ist. Die Wirtschaft wird es begrüßen, wenn es einfacher und damit auch billiger wird.

In den Vertretern der Österreichischen Volkspartei werden Sie hier, wenn es zu einer Vorlage kommt, die diesen Vorstellungen Rechnung trägt, ehrliche Mitstreiter finden. *(Beifall bei der ÖVP.)* <sup>14.54</sup>

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Haigermoser.

<sup>14.54</sup>

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Einige Randbemerkungen zu den vorangegangenen Ausführungen des Kollegen Koppensteiner.

Es verwundert mich, daß im Ausschuß Einstimmigkeit dokumentiert wurde und er jetzt zu diesem Gesetz derartige Absagen beziehungsweise insgesamt Absagen zu Reformen im Zusammenhang mit der Verwaltungvereinfachung gemacht hat.

Herr Kollege Koppensteiner! Mit dem Aufzählen von Gesetzen ändern Sie überhaupt nichts. Besser wäre es gewesen, wenn Sie Vorschläge eingebracht hätten, denn das wäre die positive Arbeit, die Zusammenarbeit gewesen, von der Sie so oft sprechen. Offensichtlich leiden Sie unter Ihrer inneren Zerrissenheit, die halt in der ÖVP so oft vorhanden ist. Es war wieder einmal die typische Jein-Politik à la Graff, à la Mock. Ich glaube, daß der Sache damit nicht gedient war. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wer hat denn bei den letzten Gemeinderatswahlen in Niederösterreich so stark gewonnen?)* Herr Kollege! Wenn Sie keine anderen Argumente haben, dann ist das eher schwachbrüstig! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Zur Uniformkunde, Herr Kollege Koppensteiner! Vielleicht können Sie — Sie haben von Kabarett und so weiter gesprochen — in Jugoslawien dafür sorgen, daß der Arbeitstitel „Uniformkunde“ bei den entsprechenden Exekutivorganen eingeführt wird.

Jedenfalls sind von Österreich alle Maßnahmen getroffen worden, um derartige Vorkommnisse in der Zukunft hintanzuhalten. Ich glaube, das ist der bessere Weg, auf diplomatischem Wege für Ordnung zu sorgen, als hier von diesem Pulte aus von Kabarett zu sprechen. Derartige Äußerungen disqualifizieren sich jedenfalls selbst. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn ich zur Sache spreche und ausführen darf, daß mit der Zollgesetznovelle 1985 Verwaltungsvereinfachungen und damit verbunden weniger Bürokratie in die Tat umgesetzt werden, ist dies erfreulich. Und gerade diese Verwaltungsvereinfachung ist es ja, die dazu geführt hat, daß diese Novelle schlußendlich in dieses Haus gekommen ist.

Ausgangspunkt der vorliegenden Novelle war die Aufhebung von Beschlagnahmungsbestimmungen durch den Verfassungsgerichtshof, wie dies auch schon beim Finanz-

## Haigermoser

strafgesetz der Fall war. Im Finanzstrafgesetz wurde dieser Passus bereits im Herbst vorigen Jahres „repariert“, wie wir alle wissen. Eine genauere Überarbeitung dieses Gesetzes erfolgt derzeit im Ministerium; die Beratungen sind bereits so gut wie abgeschlossen. Also auch hier wird aufgezeigt, daß das Finanzministerium in dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung vorzüglich und rasch arbeitet.

Beim Zollgesetz wurde gleich der Weg einer gründlichen Überarbeitung beschritten, was wir Freiheitliche sehr positiv beurteilen.

Mit der gegenständlichen Regierungsvorlage wird der taugliche Versuch unternommen, zahlreiche der im Zollbereich vorhandenen Probleme zu beherrschen.

Daß im Zollwesen Probleme bestehen, ist ja nichts Neues. Bereits 1981 hat das Bundesministerium für Finanzen einen Ministerialentwurf ausgearbeitet, der aber nicht zur parlamentarischen Behandlung gelangte, sondern seinerzeit quasi im Ministerrat hängen blieb.

Es ist ein unbestreitbares Verdienst dieser sozialistisch-freiheitlichen Koalition, nunmehr eine Zollgesetznovelle zustande gebracht zu haben. Mit der heute zu erwartenden einstimmigen Annahme anerkennt auch die Opposition die Entbürokratisierungsmaßnahmen dieser Bundesregierung. Ob diese heutige Anerkennung durch die Opposition nur eine Eintagsfliege ist oder ob die ÖVP die bisherige Graffsche „Hau-den-Lukas-Politik“ fortsetzt, wird die Zukunft weisen. Vielleicht zeichnet sich doch ein glaubwürdiger Schimmer am Horizont der Oppositionspolitik ab; die Hoffnung darf auch dabei nie begraben werden, werte Damen und Herren.

Was bringt nun die Novelle im einzelnen?

Zuvor und an erster Stelle sind Verwaltungsvereinfachungen zu reihen, durch die das Ministerium kompetenzmäßig entlastet, gleichzeitig aber den nachgeordneten Zollbehörden eine weitaus größere Verantwortung als bisher eingeräumt wird. Diese Verantwortung der nachgeordneten Zollbehörden darf aber keineswegs zu mehr Amtskappel führen, sondern muß auch in stärkere Bemühungen um eine verstärkte Ausbildung und Schulung des Zollpersonals münden.

Zur Europaplakette, die ja von meinem Kollegen Lenzi schon angeführt wurde. Dazu eine Schlagzeile in den „Salzburger Nachrichten“ vom 18. März 1985. Hier heißt es unter

dem Übertitel „E-Spur: Freie Fahrt für Kriminelle“: „Innenministerium äußert Bedenken — Schmuggel von Diebsgut nimmt zu.“ Das ist vom 18. März 1985. Im Text fortfahrend:

„Die E-Spur, die Autofahrern ohne zollpflichtige Waren den Grenzübertritt erleichtern soll, heißt im Zöllner-Jargon bereits H-Spur, wobei der Buchstabe ‚H‘ für Heroin steht. Besonders intensiv werde die ‚Freie Fahrt‘ neuerdings aber auch von Gaunern genützt, die gestohlene Kulturgüter schmuggeln, erklärte Freitag ein Sprecher der Kripo.“

Des weiteren: „Ministerialrat Walter Drauschke von der Interpol in Wien meinte Freitag, sicherheitspolizeilich sei die E-Spur als ‚sehr bedenklich‘ einzustufen.“

Soweit das Zitat aus den „Salzburger Nachrichten“. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn nun diese Europaplakette gesetzlich verankert wird, so erklärt jene Person, welche dieses sogenannte Pickerl benutzt, rechtsverbindlich, keine verzollungs- oder erklärungs-pflichtigen Waren mitzuführen. Diese Bestimmung soll eben auch verhindern, daß in Zukunft diese Europaspur von Kriminellen benutzt wird, wie schon Kollege Lenzi ausgeführt hat.

Wenn diese Maßnahme dazu führt, die Bedenken der Exekutive — die Praxis bestätigt leider allzuoft diese Bedenken der Exekutive — zu zerstreuen, so kann auch die gesetzliche Verankerung der Europaplakette mit Vorbehalt gutgeheißen werden. Daher muß die Entwicklung auf den Europaspuren an den Grenzen aufmerksam verfolgt werden. Es darf einfach nicht passieren, daß die Europaspur zu einer Heroinspur wird.

Für die Transportwirtschaft besonders wichtig erscheint aus freiheitlicher Sicht, daß beim mitgeführten Treibstoff bis 200 Liter Zollfreiheit eingeführt und die Formularwirtschaft — und das ist ein ganz besonders wichtiger Punkt — eingebremst wird. Dem Finanzminister und seinem Staatssekretär gehört ein Lob der Wirtschaft, daß früher für jede Abgabensart an der Grenze ein eigenes Formular notwendig war, jetzt aber ein einziges genügt. Das nennen wir von dieser Stelle aus eine von der sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung praktizierte Entbürokratisierung. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Und das ist ein Vorteil, der auf keinen Fall von der Opposition zerredet werden kann.

**Haigermoser**

Zum Thema „Gleichberechtigung für die heimische Wirtschaft“. Die wissenschaftlichen Einrichtungen konnten diese Geräte aus dem Ausland importieren, ohne Einfuhrumsatzsteuer entrichten zu müssen. Das waren eindeutig Nachteile für die heimische Wirtschaft und standen auch einer technischen Weiterentwicklung im weiten Maße entgegen. Auch dieses Manko wird mit der vorliegenden Zollgesetznovelle repariert. Damit wird ein großer Fortschritt für die heimische Wirtschaft erreicht. Bis dato ist ja die Bundeswirtschaftskammer, die diese Blankoscheine ausstellte, sehr großzügig zum Schaden der österreichischen Wirtschaft vorgegangen.

Jedenfalls, im großen und ganzen bringt die Zollgesetznovelle aber eine Reihe interessanter und praktischer Neuerungen, die zu begrüßen sind.

Wie jedoch der Rechnungshof in seiner Stellungnahme zum Begutachtungsverfahren ausführte, werden wir alle mitsammen die Entwicklung im Zollwesen genau beobachten müssen, um alle bestehenden Schwachstellen aufzuspüren, wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden, bürokratisches Handeln auf das notwendige Maß zu beschränken und vor allem Mißbräuche abzustellen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß ich selbst bei einem Betriebsbesuch, den ich jüngst in einer der erfolgreichsten Salzburger Speditionen durchführte, von der Firmenleitung wie von Mitarbeitern gleichermaßen darüber informiert wurde, daß bei der Entwicklung verwaltungsvereinfachender Maßnahmen engste und positive Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium besteht.

Dies widerlegt eindeutig die ÖVP-Jammerpolitik, diese Bundesregierung hätte für die Wirtschaft nichts übrig. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Gerade wegen der fortschrittlichen Gesinnung, welche der sozialistischer Freiheitlichen Bundesregierung eigen ist, werden wir in Zukunft um eine generelle Neufassung des Zollverfahrensrechtes nicht herumkommen.

Das gefällt natürlich den Konservativen zu rechter Hand nicht, daß wir fortschrittlich, positiv und aktiv an der Wirtschaftsgestaltung arbeiten. (*Abg. Graf: Mir gefällt an Ihnen gar nichts, wenn Sie das beruhigt!*) Es freut mich, Herr Abgeordneter Graf, daß ich Sie aus Ihrer Wochenendstimmung herausgerissen habe.

Auch die Diskussion um die Einführung des harmonisierten Zollsystems ist bereits in vollem Gange. Dabei werden wir trachten müssen, daß beim neuen System die Vorteile stark gegenüber dem alten System herausgearbeitet werden. (*Zwischenruf des Abg. Graf.*) Sie werden schuld sein mit Ihren Zwischenrufen — die übrigens nicht sehr viel Inhalt haben —, wenn Ihre Kollegen aus den Bundesländern den Vier-Uhr-Zug nicht mehr erreichen, Herr Kollege! (*Abg. Dr. Lichal: Immer sind andere schuld bei Ihnen!*)

Abschließend zur Zollgesetznovelle 1985 soll festgestellt werden, daß der Zoll in erster Linie die Aufgabe hat, die Chancengleichheit der österreichischen Wirtschaft zu gewährleisten, und daß hier einmal nicht das Wort Goethes gelten darf, der seinen Clavigo sagen läßt: „Wer am Zoll sitzt, ohne reich zu werden, ist ein Pinsel.“

Vielmehr soll die Philosophie des Zollwesens die Denkschrift des Friedrich von Motz vom Juni 1829 an den König von Preußen sein. Inhalt:

„Wenn es staatswissenschaftliche Wahrheit ist, daß Zölle nur die Folge politischer Trennung verschiedener Staaten sind, so muß es auch Wahrheit sein, daß Einigung dieser Staaten zu einem Zoll- und Handelsverbände zugleich auch Einigung zu einem und demselben politischen System mit sich führt.“ Ende des Zitats. (*Abg. Steinbauer: Am wievielen Juni war das?*)

Die zeitgemäße Interpretation dieser Denkschrift muß sein, daß möglichst konfliktfreie Handelsbeziehungen am ehesten zu einem einigen und freien Europa führen — einem Europa, welches nicht am Eisernen Vorhang endet, sondern vielmehr den Unfreien die Freiheit bringen muß.

Wir Freiheitlichen werden diesen Weg mitbeschreiten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 15.06

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Heinz Grabner.

15.06

Abgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Gesetzesvorlage, mit der das Zollgesetz 1955 geändert werden soll, findet, wie wir aus den Ausführungen meiner Vorredner gehört haben, heute die ungeteilte Zustimmung dieses Hohen Hauses — allerdings nicht, ohne daß der Kollege Koppensteiner auch hier das obligate Wort vom „ja, aber“



**Dipl.-Ing. Heinz Grabner**

eingebraucht hätte, das die ÖVP schon seit einigen Wochen immer wieder verwendet. (*Abg. Elmecker: Monaten! — Abg. Ing. Hobl: Jahren!*) Er sagte auch schon im Ausschuß grundsätzlich ja zu diesem neuen Gesetz, das schließlich mit 29 Punkten ganz wesentliche Bereiche des alten Zollgesetzes 1955 ändert, aber es wäre ihm doch in einigen Punkten zu wenig.

Meine Vorredner haben sich mit den wesentlichen und entscheidenden Änderungen schon auseinandergesetzt, sodaß ich mich ganz kurz darauf beschränken kann, diese „Aber“ noch einmal zu durchleuchten, die hier im Raum stehen. Ich bin überzeugt, daß es mir gelingt, diese kleinen Kritikpunkte, die uns scheinbar noch trennen, auch deutlich zu machen und abzuwenden.

Einige dieser Punkte scheinen mir doch noch bei Ihnen vorhanden zu sein, wenn Sie zum Beispiel im Ausschuß gemeint haben, ja, aber die Reformen wären Ihnen zu wenig weitgehend. Ich habe schon erwähnt, daß es schließlich 29 Punkte sind, die verändert werden sollen, und der Herr Minister hat schon im Ausschuß klargestellt, wie sehr gerade Zollgesetze immer wieder an die Grenzen des Machbaren stoßen, weil es doch gilt, sich an das Ausland anzulehnen oder anzupassen, weil sie darauf Rücksicht nehmen müssen. (*Abg. Steinbauer: Zoll ist meistens an den Grenzen!*) Ich weiß schon, daß Ihnen dieses Wortspiel auf der Zunge liegt; ich habe es bewußt vermieden.

Diese Regierungsvorlage nimmt sehr wohl Rücksicht auf die Notwendigkeit, sich an das Ausland anzulehnen oder anzupassen, wenn es darum geht, Bestimmungen grenzüberschreitend gegenseitig abzusprechen.

Das ist zum Beispiel im Punkt 7 der Regierungsvorlage bei der Treibstoffverzollung der Fall, mit der sich mein Vorredner schon beschäftigt hat. Die Änderung besteht im wesentlichen darin, daß die bisherigen Bestimmungen an jene Bestimmungen angeglichen werden, die zurzeit in der EWG gelten. Es ist also eine erforderliche Anpassung an die Bestimmungen der EG, aber auch — und das wurde ebenfalls schon erwähnt — eine ganz deutliche Verfahrens- und Verwaltungsvereinfachung.

Wir haben auf Befragung im Ausschuß auch darüber Auskunft erlangt, wie das vor sich gehen wird, und wir haben die Auskunft bekommen, daß in einem speziellen Falle, um nur einen Punkt anzuführen, anstelle der bis-

her üblichen sieben Formulare, die ein Lkw-Fahrer an der Grenze auszufüllen hatte, alles auf einem Formblatt, in einem Akt abzuwickeln sein wird.

Die Treibstoffverzollung für Lkw ist auch in einigen Punkten deutlich vereinfacht worden. Man hat aber sehr wohl die bestehenden Bestimmungen belassen, die für den Fremdenverkehr so maßgeblich sind, und hat die Omnibusse von dieser Bestimmung der Obergrenze von 200 Litern ausgenommen.

Zum zweiten hat der Herr Finanzminister auf Ihre Frage im Ausschuß, Herr Kollege Koppensteiner, auch deutlich gemacht, daß diese Novelle ein Schritt ist, dem durchaus weitere folgen können.

Gerade mit einem Punkt, der heute noch nicht Erwähnung gefunden hat, hat die Regierung bewiesen, daß sie sehr wohl auf Neuerungen rasch und sofort reagieren kann. Es wurde klargestellt, daß die neue wissenschaftliche Entwicklung, die die Organverpflanzung mit sich bringt, auch ihre zollrechtliche Regelung erfahren muß. Man hat sehr wohl auf eine Entwicklung eines anderen wissenschaftlichen Gebietes auch hier flankierend sehr rasch reagiert.

Es wurde festgelegt, daß menschliche und tierische Körperteile, die eingeführt werden, vom Zoll befreit sind, wenn sie für einen bestimmten Menschen vorgesehen sind und nicht den kommerziellen Interessen jener Organbanken dienen, die da und dort schon beginnen, mit menschlichen Körperteilen Handel zu treiben. Ich denke hier an die Blutbanken, an die Hautbanken und ähnliches mehr.

Ein weiteres „Aber“ kam von Ihnen, Herr Kollege Koppensteiner, als Sie darauf verwiesen, daß uns allen Zuschriften von der Rektorenkonferenz, von einigen Rektoren verschiedener hoher Schulen zugegangen sind, wo man sich Sorge macht, daß die Änderung des § 31 nunmehr die budgetären Mittel der hohen Schulen zusätzlich belasten würde.

Wenn man die Regierungsvorlage genau studiert, dann wird man auf Seite 6 eine Passage finden, wo sehr wohl klargestellt ist — schon in der Regierungsvorlage —, daß alle jene zusätzlichen Einnahmen, die durch diese neue Zolleinnahme, durch die Einfuhrumsatzsteuer, dem Bund zufließen, sofort wiederum in derselben oder in annähernd gleicher Höhe jenen Instituten zufließen werden, die sich, wie wir schriftlich erfahren haben, so

7938

Nationalrat XVI. GP — 88. Sitzung — 19. April 1985

**Dipl.-Ing. Heinz Grabner**

große Sorgen gemacht haben. (Abg. *Koppensteiner*: Das ist eine Politik!)

Auch auf Ihre Frage hatte der Minister das im Ausschuß schon klargestellt. Sie finden ja ein weiteres Indiz dafür in dem Umstand, daß gerade dieser Punkt der Regierungsvorlage erst mit 1. 1. 1986 in Kraft treten wird, um die budgetäre Vorsehung schon für das Jahr 1986 zu ermöglichen.

Es ist ganz einfach nicht möglich, die einzelnen Instrumentarien wie zum Beispiel Mikroskope — ich denke hier an die Firma Reichert, die sich schwer darüber beklagt, daß sie in absoluter Konkurrenz unterliegen muß, weil die ausländischen Importe um jenes Steuermaß von etwa 30, 32 Prozent zu teuer sind für das österreichische Fabrikat —, also es ist ganz einfach nicht möglich, alles das aufzulisten, was in dem § 31 unter die wissenschaftlichen Geräte für Forschung und Unterricht zu zählen ist. Man kann nicht sagen, das eine Gerät könnte zwar in Österreich erzeugt werden, das andere wird erzeugt und das eine nicht, das würde sichtlich zu weit führen.

Ich bin der Überzeugung, daß es der richtige Weg ist, zu sagen, jene Geräte, die geschützt werden müssen, weil sie auf dem österreichischen Markt ebenso erhältlich sind, sind durch dieses Gesetz geschützt und für diese Bereiche, wo die Erzeugung nur im Ausland erfolgt, werden den wissenschaftlichen Instituten die Mehrkosten auf dem Budgetweg rückerstattet.

Meine Damen und Herren! Auch dieses letzte „Aber“, das noch zwischen uns stand, scheint mir damit ausgeräumt. Ich glaube, wir können durchaus gemeinsam dieser guten Regierungsvorlage unsere Zustimmung erteilen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 15.13

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 572 der Beilagen in der Fassung des Ausschußberichtes 604 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist ebenfalls einstimmig. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1263/J bis 1267/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 8. Mai 1985, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 15 Uhr 20 Minuten**